

4. Bezirk – Wieden

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2023

ANTRAG IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. MÄRZ 2022**ERHALT DES ORF RADIO-SYMPHONIEORCHESTERS Wien – RSO Wien**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden, der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte, der Klub von Neos, die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr stellen den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Wieden erklärt sich solidarisch mit dem Radio-Symphonieorchester Wien und spricht sich für den dessen Erhalt aus. Eine Auflösung des RSO gefährdet den Bestand des Sendesaals im Funkhaus.

Begründung:

Das Radio-Symphonieorchester ist aus Wien und der Wiener Kulturlandschaft nicht wegzudenken. Es ist zudem ein Vorzeigeorchester mit dem höchsten Frauenanteil, einer künstlerischen Leiterin und der großartigen Chefdirigentin Marin Alsop. Daher ist es wichtig, Finanzierungswege für das Radio-Symphonieorchester zu finden. Im Zuge der Finanzierungsdebatte rund um den ORF ist bekannt geworden, dass sich der ORF angesichts der Einsparungspläne derzeit nicht in der Lage sieht, das RSO weiterhin zu finanzieren. Das Radio-Symphonieorchester ist eine kulturelle Institution und damit ist es von öffentlichem Interesse, den Fortbestand zu sichern.

Weiters ist zu bedenken, dass der denkmalgeschützte Sendesaal im ORF Funkhaus ohne ‚sein‘ Stammorchester in seiner Erhaltung gefährdet sein könnte.

Für Wien und die Wieden sind das RSO Wien und das Funkhaus wichtige kulturelle Einrichtungen, die nicht dem Sparstift zum Opfer fallen dürfen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte die nachstehende

Resolution

betreffend

Maßnahmenpaket zu E-Scootern

Die Bezirksvertretung Wieden begrüßt das Maßnahmenpaket der Stadt Wien zur strengerer Regulierung von E-Scootern und dessen schnellstmögliche Umsetzung.

Begründung

E-Scooter können eine wichtige Ergänzung öffentlicher Verkehrssysteme darstellen. Das aktuelle Aufstell- und Nutzungsverhalten diverser Anbieter bringt aber eine Vielzahl von Konflikten und Problemen für Anwohner:innen und Fußgänger:innen mit sich.

Die Wiener Mobilitätsstadträtin Mag.^a Ulli Sima hat daher jüngst ein umfassendes Regulierungspaket für E-Scooter angekündigt, das im Laufe des Jahres 2023 umgesetzt werden soll:

- Scooter-Höchstzahlen: Die Zahl der E-Scooter in den Bezirken 2 bis 9 und 20 soll mit 1.500 begrenzt werden.
- Parkverbot auf Gehsteigen: Das Abstellen von E-Scootern ist künftig nicht mehr gestattet, sondern muss in der Parkspur oder in fix vorgesehenen Abstellflächen erfolgen. Solche Flächen werden im Vierten v.a. an Verkehrsknotenpunkten (z.B. Treitlstraße am Karlsplatz oder Südtiroler Platz) geprüft, um eine Anbindung von der U-Bahn für die letzten hundert(e) Meter zu gewährleisten.
- Konsequente Strafen gegen Verstöße: Betreiber müssen mit eigenen Ordnerdiensten für richtig abgestellte Scooter sorgen. Verstöße gegen Abstellpflichten können durch ein digitales Dashboard auch rückwirkend erkannt und abgestraft werden.
- Mehr Verkehrssicherheit: Die Leihfahrzeuge müssen künftig Blinker, 2 unabhängig voneinander wirkende Bremsvorrichtungen, akustische Warnzeichen und passende Ständer haben.

Die Bezirksvertretung Wieden begrüßt dieses Maßnahmenpaket und spricht sich für eine zeitnahe Umsetzung aus.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte und der Klub der Grünen Wieden die nachstehende

Resolution

betreffend

Tage der offenen Botschaft

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, nach der pandemiebedingten Unterbrechung, die Veranstaltungsreihe „Tage der offenen Botschaften“ wieder aufzunehmen.

Begründung

Fast ein Fünftel aller Wiener Konsulate und Botschaften befinden sich auf der Wieden. Im Jahr 2012 startete der Bezirk auf Initiative des früheren Bezirksvorstehers Leo Plasch und der jetzigen Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl gemeinsam mit einer Vielzahl ausländischer Vertretungen erstmals die „Tage der offenen Botschaften“. Damit sollte den Anwohner:innen diese Tür zur Welt geöffnet und eine Besichtigung der vielfach auch architektonisch beeindruckenden Gebäude ermöglicht werden. Die Pandemie machte eine Unterbrechung dieser sehr erfolgreichen Veranstaltungsreihe notwendig. Die Bezirksvertretung unterstützt die Wiederaufnahme dieser Veranstaltungsreihe.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte nachstehenden

Antrag

betreffend

Planungskapazitäten der Baugruppe

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, sicherzustellen, dass für den Bezirk bei Straßenbauprojekten keine zusätzlichen Planungskosten für Agenturen oder Planungsbüros entstehen bzw diese erforderlichenfalls aus dem Zentralbudget übernommen werden.

Begründung

In den vergangenen Jahren wurde das Bauvolumen für den Straßenbau zur Neuverteilung des öffentlichen Raums zwischen den Mobilitätsformen sowie für die Attraktivierung der Aufenthaltsqualität und die Schaffung neuer Grünflächen stark erweitert. Die Wieden profitiert dabei insbesondere durch Förderungen von Seiten des Zentralbudgets und konnte dadurch viele neue Projekte verwirklichen (so etwa in der Weyringergasse, der Schelleingasse, der Unteren und der Oberen Favoritenstraße oder der Phorusgasse) sowie weitere neue Projekte initiieren (so etwa in der Argentinierstraße oder der Wiedner Hauptstraße). Zugleich sind die neuen Projekte im Rahmen der bestehenden bezirksbezogenen Kapazitäten der Baugruppe immer schwieriger zu planen, weswegen vielfach auf den Ankauf von Leistungen von Agenturen und Planungsbüros gesetzt werden muss.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr den nachstehenden

Antrag

betreffend

“Schreib, was du nicht sagen kannst” – Briefkästen an Wiedner Volksschulen

Der zuständige Amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Christoph Wiederkehr, wird ersucht, im Rahmen des neuen Kinderschutz-Konzeptes der Stadt Wien Kummer-Briefkästen an Wiedner Volksschulen aufzuhängen und von einem Team aus Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen, Pädagog:innen und Polizist:innen betreuen zu lassen.

Begründung

In Frankreich läuft seit zwei Jahren eine Vorreiter-Kampagne gegen Kindesmissbrauch : Unter dem Motto: "Wenn du es nicht sagen kannst, dann schreibe es" hängen in Schulen oder Sportvereinen über 200 weiße Briefkästen, in die Kinder Briefe oder Zeichnungen über ihre Sorgen und Nöte werfen können. Die meisten Briefkästen hat man in Grundschulen aufgestellt, weil dort die Kinder selten Handys haben, um bei einer Hilfshotline (in Österreich „Rat-auf-Draht“) anzurufen.

Jedes Mal, wenn ein Briefkasten installiert wird, werden die Kinder über das Projekt aufgeklärt. Über 2.000 Briefe haben französische Kinder in zwei Jahren eingeworfen. Einmal pro Woche werden sie abgeholt und von einem Team aus Psycholog:innen, Ärzt:innen, Pädagog:innen und Polizist:innen ausgewertet – gemeinsam versucht das Team, Lösungen für die Probleme der Kinder zu finden.

Die Briefe der Kinder haben zu mehreren polizeilichen Ermittlungen geführt und einen schockierenden Einblick in das Ausmaß des Kindesmissbrauchs in Frankreich gegeben. Bei 13% der Einsendungen ging es um Mobbing in der Schule, bei 21% um körperliche Misshandlung und bei 7% um sexuellen Missbrauch (70% betrafen Mädchen).

Die offiziellen Fallzahlen von Kindesmissbrauch sind in Österreich ähnlich wie in Frankreich. Die Meldungen und Anzeigen steigen, dennoch ist die Dunkelziffer riesig.

Die Stadt Wien hat nach den Missbrauchsvorwürfen gegen einen Pädagogen in einem städtischen Kindergarten einen „Aktionsplan Kinderschutz“ in Leben gerufen. Bundesweit hat die

Bundesregierung nach dem Fall Teichtmeister im Jänner härtere Strafen für Täter angekündigt. Das Maßnahmenpaket zum Schutz von Kindern sieht auch mehr finanzielle Mittel für Opferhilfe und eine Aufstockung der ermittelnden Kriminaldienststellen im Bereich Kindesmissbrauch vor. Teil davon sind auch Kinderschutzkonzepte in Schulen und Sportvereinen. Verbände wie die Bundesjugendvertretung fordern weitere Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche umfassend vor Gewalt zu schützen. Die Kinderschutzorganisation "Die Möwe" betont in einer Aussendung besonders das Problem der hohen Dunkelziffer. Die Briefkästen wollen die Bemühungen der Bundes- und Stadtregierung um einen besseren Kinderschutz unterstützen und sind ein unbürokratischer Weg, einen Teil der Dunkelziffer ans Licht zu holen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

Benennung der Wohnhausanlage Margaretenstraße 31 nach Herma Nothelfer

Die zuständige Amtsführende Stadträtin für Wohnbau Kathrin Gáal wird ersucht, im Zuge der anstehenden Sanierung der städtischen Wohnhausanlage Margaretenstraße 31 eine Benennung nach Herma Nothelfer zu prüfen.

Begründung

Die von 1970-1972 errichtete Wohnhausanlage soll in nächster Zeit saniert werden. Im Zuge der notwendigen Arbeiten soll geprüft werden, diese Anlage nach der früheren Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Herma Nothelfer zu benennen.

Herma Nothelfer (24.5.1911 – 24.6.1997) war nach Absolvierung der Handelsschule ab 1928 als Sekretärin der freien Gewerkschaften tätig. Nach dem 12. Februar 1934 wurde sie aus politischen Gründen entlassen, setzte aber ihre freigewerkschaftliche Tätigkeit in der Illegalität fort. Als Mitarbeiterin der Sozialistischen Arbeiterhilfe (SAH), die Spenden für Angehörige politisch Verfolgter sammelte, setzte sie ihre antifaschistische Widerstandstätigkeit auch nach 1938 fort.

1946 wurde sie für die SPÖ in die Wiedner Bezirksvertretung gewählt, der sie bis 1973 angehört. 1966 wurde sie zur ersten weiblichen Bezirksvorsteher-Stellvertreterin der Wieden gewählt und war damit auch wienweit eine weibliche Pionierin der Bezirkspolitik. Ab 1969 war sie bis 1973 die einzige Frau in der Riege der Wiener Bezirksvorsteher und ihrer Stellvertreter. In dieser Phase auch der Gemeindebau Margaretenstraße 31 errichtet.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr den nachstehenden

Antrag

betreffend

Benennung einer Wohnhausanlage nach Richard und Adele Singer

Die zuständige Amtsführende Stadträtin für Wohnbau Kathrin Gáal wird ersucht, eine Benennung der Wohnhausanlagen Rainergasse 13 oder 26-28 nach Richard und Adele Singer zu prüfen.

Begründung

Dr. Richard Singer (1871-1942) war als Vertragsarzt der Arbeiter-Krankenkasse in der Schönburgstraße im vierten Bezirk tätig. Seine Frau Adele (1880-1956) engagierte sich ehrenamtlich in der Vorläuferorganisation der Volkshilfe, dem Fürsorgeverein Societas. Nach der Machtübernahme der Nazis wurde dem bereits pensionierten Richard Singer die Approbation entzogen, im Juni 1942 wurde das Ehepaar nach Theresienstadt deportiert. Richard Singer wurde im Konzentrationslager ermordet, seine Frau Adele überlebte und kehrte 1945 nach Wien zurück.

Mit der Benennung einer Wohnhausanlage und einer begleitenden Erinnerungstafel in der Nähe der früheren Ordination von Dr. Richard Singer könnte die Erinnerung an ein Ehepaar unter vielen wachgehalten werden, das sich Zeit seines Lebens für eine solidarische Gesellschaft eingesetzt hat und die von den Nazis aufgrund der jüdischen Herkunft verfolgt und um ihr Leben gebracht wurden. Es könnte damit auch ein Beitrag zur Gedenkpolitik im öffentlichen Raum geleistet werden, die 2023 Jahresschwerpunkt auf der Wieden ist.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

Restwartezeitanzeigen Linie 59A

Der zuständige Amtsführende Stadtrat KR Peter Hanke wird ersucht, sich bei den Wiener Linien für eine zeitnahe Aufstellung von Restwartezeitanzeigen an den Haltestellen der Linie 59A im vierten Bezirk einzusetzen und die Frau Bezirksvorsteherin über den Zeitplan für eine solche Umsetzung zu informieren.

Begründung

Das Programm der Wiener Linien zum Ausbau von Restwarteanzeigen entlang von Öff-Haltestellen im vierten Bezirk konnte im Bereich der Wiedner Hauptstraße und des Gürtels flächendeckend und für den 13A bereits weitgehend umgesetzt werden. Noch vor der Pandemie musste es nach Informationen der Wiener Linien aus vergaberechtlichen Gründen unterbrochen werden. Die Errichtung von Restwarteanzeigen auf der Strecke der Linie 59A ist immer wieder Gegenstand von Anfragen von und Gesprächen mit Bezirksbewohner:innen. Die Bezirksvertretung ersucht daher um Fortsetzung des Ausbauprogramms.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

Restwartezeitanzeigen Linie D

Der zuständige Amtsführende Stadtrat KR Peter Hanke wird ersucht, sich bei den Wiener Linien für eine zeitnahe Aufstellung von Restwartezeitanzeigen an den Haltestellen der Linie D im vierten Bezirk einzusetzen und die Frau Bezirksvorsteherin über den Zeitplan für eine solche Umsetzung zu informieren.

Begründung

Das Programm der Wiener Linien zum Ausbau von Restwartezeitanzeigen entlang von Öff-Haltestellen im vierten Bezirk konnte im Bereich der Wiedner Hauptstraße und des Gürtels flächendeckend und für den 13A bereits weitgehend umgesetzt werden. Noch vor der Pandemie musste es nach Informationen der Wiener Linien aus vergaberechtlichen Gründen unterbrochen werden. Die Errichtung von Restwartezeitanzeigen auf der Strecke der Linie D ist immer wieder Gegenstand von Anfragen von und Gesprächen mit Bezirksbewohner:innen. Die Bezirksvertretung ersucht daher um Fortsetzung des Ausbauprogramms.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

Pilotversuch Gelbe Tonnen in Wohnhäusern

Der zuständige Amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht, die Magistratsabteilung 48 mit der Durchführung eines Pilotversuchs im vierten Bezirk zu beauftragen, um die Sammel- und Recyclingquote durch eine gemeinsame Aufstellung von gelben Tonnen und Restmüll- und Altpapiercontainern in Wohnhäusern zu erhöhen.

Begründung

Mit Jänner 2023 wurde das Spektrum der in der gelben Tonne zu entsorgenden Wertstoffe um alle Verpackungsmaterialien aus Plastik (z.B. Joghurtbecher, Luftpolsterfolie, Umverpackungen von Mineralwasserflaschen oder auch Wurst- und Käseverpackungen) erweitert. Damit wird Recycling wesentlich erleichtert. Der Anteil der in der gelben Tonne zu entsorgenden Müllmenge wurde deutlich erhöht. Die Aufstellung von gelben Tonnen in den Wohnhäusern – wie sie z.B. für Altpapier schon lange Standard ist – könnte die Sammelquoten noch deutlich erhöhen.

Seitens der MA 48 bestehen auf Basis einzelner Testversuche Bedenken, ob dadurch die Recyclingquoten tatsächlich erhöht werden. Um zu dieser Frage umfassende und statistisch aussagekräftige Daten zu sammeln regt die Bezirksvertretung Wieden an, einen Pilotversuch in einem Bezirk bzw. einem ganzen Bezirksteil durchzuführen. In größerem Zusammenhang könnten die Auswirkungen eigener gelber Tonnen in den Wohnhäusern auf die Mülltrennung und die Recyclingquoten getestet werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

Bienenfreundliche Wieden

Die Magistratsabteilung 42 wird ersucht in den Parks, in Grünstreifen und Baumscheiben des 4. Bezirks Jausenstationen und Naschgärten für Bienen zu errichten.

Begründung:

Um den Bestand der Bezirkswildbienen zu erhöhen ist es erforderlich, Futter - und Nistplätze (Insektenhotels) anzubieten.

Heimische Wiesenblumen und Kräuter (Beispiel Bergminze am Südtiroler Platz) locken nicht nur Bienen sondern auch eine Vielzahl von Nützlingen an.

Für die Verwirklichung bieten sich folgende Standorte an:

- Alois Draschepark - im Grünstreifen von der Seisgasse zur Kolschitzkygasse,
- Alois Draschepark - im Grünstreifen von der Seisgasse zur Hauslabgasse
- sämtliche Baumscheiben in der Große Neugasse



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. MÄRZ 2023

WIRTSCHAFTLICHE ABBRUCHREIFE BEIM HOFTRAKT KAROLINENGASSE 13/MOMMSENGASSE 14 (EHEM. GASTHAUS SPERL)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Vize-Bürgermeisterin Kathrin Gaál wird ersucht für den verbliebenen baufälligen Hoftrakt beim ehem. Gasthaus Sperl zu prüfen, ob die wirtschaftliche Abbruchreife gegeben ist und ggf. den Abbruch zu verordnen.

BEGRÜNDUNG:

Der Hoftrakt ist nach dem überstürzten Abbruch des straßenseitigen Biedermeierhauses im Juni 2019 stehengeblieben, und war teilweise ohne Dach jahrelang der Witterung ausgesetzt. Für diesen Gebäudeteil müsste ja ebenso die wirtschaftliche Abbruchreife gelten, wie für das Hauptgebäude. Der Hoftrakt ist ja lediglich vom Abriss verschont geblieben, um eine zusätzliche bebaubare Fläche für den Neubau zu gewinnen. Aus diesem Grund scheint für den verbliebenen Hoftrakt ebenfalls die Abbruchreife zu gelten, weil sich die Gebäudesubstanz ja kaum von der des Hauptgebäudes unterscheiden könnte.

BRin Mag.^a Barbara Neuroth



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. MÄRZ 2023

UMGESTALTUNG KINDERSPIELPLATZ SANKT ELISABETHPLATZ

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin, Mag^a Ulli Sima, für Innovation Stadtplanung und Mobilität, und die zuständige Magistratsabteilung 28 und 42, werden ersucht, die Umgestaltung des Kinderspielplatzes Sankt Elisabethplatz in Abstimmung mit der Sankt-Elisabeth-Schule und der Nachmittagsbetreuung durchzuführen.

BEGRÜNDUNG:

In der Antragsbeantwortung S2381405/22/3 zum Antrag „Ausstattung mit Volksschüler*innen entsprechendem Spielgerät“ wird berichtet, dass „Die Aufstellung von Spielgeräten (ist) Bestandteil des gerade in Ausarbeitung befindlichen Projektes Radweg Argentinerstraße“ ist. Anscheinend finden in der MA62 Planungen zur Umgestaltung des Sankt Elisabeth Platzes statt, die nicht kommuniziert oder sonst wie veröffentlicht werden. Eine Einbindung der Hauptnutzer dieses Platzes – der Schülerinnen und Schüler – ist unumgänglich.

Fabian Setznagel, Klubobmann



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. März 2023

RADFAHREN GEGEN DIE EINBAHN IN DER MAYERHOFGASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulrike Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen in der Mayerhofgasse Radfahren gegen die Einbahn zu ermöglichen.

BEGRÜNDUNG:

Eine Möglichkeit die Mayerhofgasse gegen die aktuelle Fahrtrichtung zu befahren, wäre ein wichtiger Lückenschluss für Radfahrer*innen zwischen den beiden zentralen Verkehrsachsen Favoritenstraße und Wiedner Hauptstraße. Dies wäre insbesondere in Vorbereitung der Neugestaltung der Wiedner Hauptstraße ein wichtiger Aspekt. Kürzlich wurde auch erst eine neue permanente Parkspur gleich um die Ecke in der Favoritenstraße eingerichtet, wodurch auch der etwaige Wegfall einiger Parkplätze in der Mayerhofgasse leicht verschmerzbar wäre.

BR Mathias Tausig



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. März 2023

RADFAHREN GEGEN DIE EINBAHN IN DER WOHLLEBENGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Mag.^a Stadträtin Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, in der Wohllebengasse Radfahren gegen die Einbahn zu ermöglichen.

Begründung:

Um die ‚Fahrradstraße Argentinierstraße‘ für Radfahrende besonders attraktiv zu gestalten, ist die Zufahrtmöglichkeit von der Prinz-Eugen-Straße zur Argentinierstraße über die Wohllebengasse ein sinnvoller Lückenschluss.

BR Pascal Riepl



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. MÄRZ 2023

RADFAHREN GEGEN DIE EINBAHN SCHELLEINGASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin, Mag.^a Ulli Sima, für Innovation Stadtplanung und Mobilität, und die zuständige Abteilung der Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten, MA46, werden ersucht, die Schelleingasse von der Favoritenstraße bis zur Argentinierstraße so auszugestalten, dass das Radfahren gegen die Einbahn sicher und komfortabel gewährleistet ist.

BEGRÜNDUNG:

Es ist Radfahrer*innen, insbesondere in Begleitung von Kindern, nicht möglich, vom Gürtelradweg und der Argentinierstraße kommend in der Schelleingasse als „Radfahrer*in gegen die Einbahn“ auf der Fahrbahn mit entgegenkommendem Verkehr sicher und komfortabel bis zur Favoritenstraße zu radeln.

Fabian Setznagel, Klubobmann



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23.03.2023

GESTALTUNG DER NEUEN FAHRRADSTRASSE ARGENTINIERSTRASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, den Verkehr im Grätzl um die neue Fahrradstraße Argentinierstraße so zu leiten, dass keinerlei Durchzugs- und Querverkehr von motorisiertem Individualverkehr auf der Fahrradstraße stattfindet. Dies soll mit einer komplett neuen Verkehrsführung mittels Schleifenlösungen, Sackgassen und Wohnstraßen, erreicht werden.

BEGRÜNDUNG:

Das vorgestellte Konzept der Verkehrsführung der Fahrradstraße führt zu einer Verschlechterung für die Fahrradfahrenden, da ein Verlegen des Radverkehrs auf die Fahrbahn nur dann von Vorteil ist, wenn es nur den absolut notwendigen MIV (Anrainer*innenverkehr) gibt.

Pascal Riepl
Bezirksrat



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. MÄRZ 2023

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen folgenden **ANTRAG**:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin, Maga Ulli Sima, für Innovation Stadtplanung und Mobilität, und die zuständige Abteilung der Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten, MA46, werden ersucht, die in § 67 der Straßenverkehrsordnung 1960 geltenden Bestimmungen einer Fahrradstraße im Fall der ‚Fahrradstraße Argentinerstraße‘ anzuwenden, insbesondere das „Verbot jeden Fahrzeugverkehrs [...]“, sowie den ‚Kriterienkatalog Fahrradstraße‘ der Stadt Wien voll auszuschöpfen.

BEGRÜNDUNG:

Der Kriterienkatalog der Stadt Wien für Fahrradstraßen (<https://www.wien.gv.at/verkehr/radfahren/bauen/anlagearten/fahrradstrasse.html>) beinhaltet ein breites Spektrum an Möglichkeiten, welche bei der Planung der Fahrradstraße Argentinerstraße zu berücksichtigen sind:

Durchfahren für KFZ ist nicht gestattet. Unerwünschte Durchfahrten sollen durch physische Durchfahrtssperren sowie gegenläufige Einbahnen unterbunden werden.

Als Beispiel sei hier die Strecke von der ‚Ausfahrt Tiefgarage Arbeiterkammer‘ bis zur Plößlgasse genannt, hier könnten mittels physischer Sperren unerwünschte KFZ Durchfahrten unterbunden werden.

Die momentane Planung schafft auf eine Länge von 1km ganze 2 (!) gegenläufige Einbahnen und keinerlei physische Sperren.

Natürlich wollen wir Grüne, dass Anrainer*innen zu ihren Wohnungen und Patient*innen zu ihren Ärzt*innen fahren können. Aber der Durchzugsverkehr über Schelleingasse zur Goldeggasse zu Stoßzeiten, wenn hunderte KFZ durch das Grätzl rollen, weil kein Abbiegen am Wiedner Gürtel in die Prinz-Eugen-Straße möglich ist und weil auf der Favoritenstraße nichts mehr geht, hat auf einer ‚Fahrradstraße Argentinerstraße‘ nichts verloren.

Fabian Setznagel, Klubobmann



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23.03.2023

FLÄCHENDECKENDES TEMPO 30

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, flächendeckendes Tempo 30 auf der Wieden umzusetzen.

Ausgenommen davon sollen nur öffentliche Busse und Straßenbahnen sein.

BEGRÜNDUNG:

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO2-Ausstoß.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl
Bezirksrat

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23.03.2023****50% mehr E-Auto-Ladestationen pro Jahr**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Amtsführende Stadtrat KR Peter Hanke wird ersucht, die für Ladestationen zuständige Wien Energie anzuweisen, die Anzahl an Ladestationen pro Jahr um 50% zu steigern.

BEGRÜNDUNG:

Die aktuelle Auslastung der Ladestationen ist bereits am oberen Limit. Es sind in den kommenden Jahren Zuwachsrraten von rund 50% bei E-Autos zu erwarten, weshalb auch der Ausbau von Ladestationen in derselben Geschwindigkeit voranschreiten muss. Um den positiven Trend nicht zu bremsen, ist es unbedingt erforderlich, dass ausreichend freie Ladestationen zu jedem Zeitpunkt und nahe der Wohnungen unserer Bürger*innen zur Verfügung stehen.

Pascal Riepl
Bezirksrat



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23.03.2023

Umbau Wiedner Hauptstraße

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführenden Stadträt*innen Mag.^a Ulli Sima und KR Peter Hanke werden ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, folgende Punkte bei der Sanierung der Gleiskörper und dem Umbau auf der Wiedner Hauptstraße umzusetzen:

- Beschleunigung der drei Straßenbahn-Linien
- Autos dürfen der Straßenbahn nicht im Weg sein, speziell beim Linksabbiegen
- hochwertige Radinfrastruktur (im besten Fall ein baulich getrennter Radweg)
- Durchfahrt für Radfahrer*innen stadteinwärts bei der Paulaner Kirche (die ersten Anträge haben wir hierzu bereits 1998 gestellt)
- Die Versetzung der stadtauswärtigen Station Paulanergasse Richtung Waaggasse
- Zusätzliche Bäume und Begrünung
- Stationen, bei denen die Fahrgäste nicht über die Straße gehen müssen oder zumindest Ampeln, um die Fahrgäste zu schützen
- Grüngleis, wann immer sich die Bim die Fahrbahn nicht mit Autos teilt (auch in Haltestellen)
- neueste, leise Schienentechnik
- keine Betonplatten, sondern Asphalt zwischen den Gleisen

BEGRÜNDUNG:

Der Umbau auf der Wiedner Hauptstraße kostet Millionen und wird daher in weiterer Folge für Jahrzehnte unverändert bleiben. Eine besondere Weitsicht und Zukunft-Orientiertheit sind daher unumgänglich.

Pascal Riepl
Bezirksrat



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23.03.2023

FAHRRADSTÄNDER PLÖSSLGASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen einen Radständer in der Plößlgasse auf Höhe der Arbeiterkammer zu errichten.

BEGRÜNDUNG:

Die vorhandenen Radständer bei der Arbeiterkammer sind zumeist voll ausgelastet. Um das Radfahren für Bürger*innen weiter attraktiv zu gestalten, ist es notwendig im Straßenraum ausreichend Fahrradabstellplätze vorzufinden.

Pascal Riepl
Bezirksrat



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. MÄRZ 2023

ILLEGALES PARKEN IN DER KLEINSCHMIDGASSE UND AM GEHSTEIG RIENÖSSLGASSE VERHINDERN

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 werden gebeten für den Durchgangsbereich Kleinschmidgasse zwischen Rienößlgasse und Schäffergasse eine Lösung zu finden, die das Halten im Bereich vor der Schule und das Befahren und Halten auf dem Gehsteig Rienößlgasse verhindert.

BEGRÜNDUNG:

Anrainer:innen in der Rienößlgasse habe zu Recht die gesetzwidrige Nutzung des Gehsteigs in der Rienößlgasse dokumentiert, mit der Bezirksvorstehung kommuniziert und kämpfen seit der Generalsanierung der Schule um ein lebenswertes Umfeld für die Schule. Die Kleinschmidgasse und der Gehsteig mit einer Platane und Sitzplatz wird regelmäßig und für mehrere Stunden von diversen Lieferfahrzeugen für die Schule, Gärtnerbetriebe, Magistratsdienstfahrzeuge, Biomüll-LKWs, Handwerker-Kleinbus, aber auch Privat-PKWs benutzt. Nachhaltig Abhilfe kann ein umlegbarer Poller für die Kleinschmidgasse schaffen, der das Parken in dem unmittelbaren Bereich vor der Schule, der eng ist und von den Schülerinnen und Schülern beim Kommen und Gehen von und zur Schule benutzt werden muss, verkehrs frei zu halten und sicher zu gestalten.

BRin Barbara Neuroth



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. MÄRZ 2023

GESTALTUNG UND BEGRÜNUNG DES PLATZELS RUND UM DIE PLATANE IN DER KLEINSCHMIDGASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46, sowie 42 werden gebeten für den Durchgangsbereich Kleinschmidgasse auf der Seite der Rienößlgasse eine Gestaltung des Platzes rund um die große Platane vorzuschlagen, die eine wesentliche Verbesserung für Aufenthaltsqualität für Schüler:innen und die Nachbarschaft bietet.

BEGRÜNDUNG:

Anrainer:innen in der Rienößlgasse habe zu Recht die gesetzwidrige Nutzung des Gehsteigs in der Rienößlgasse dokumentiert, mit der Bezirksvorstehung kommuniziert und kämpfen seit der Generalsanierung der Schule um ein lebenswertes Umfeld für die Schule. Das Platzl rund um die schöne und ausladende Platane ist hässlich, die Einzelsitze werden nicht genutzt und laden nicht zum Verweilen ein.

Derzeit ist diese Asphaltfläche zum lieblosen Hundeklo verkommen und die breite Fläche des übergangslosen Gehsteigs, der jetzt als Abstellfläche für Lieferfahrzeuge und Privat-PKW genutzt wird, ist alles andere als attraktiv oder einladend. Eine breite süd-östlich ausgerichtete Feuermauer bietet sich für bodengebundene Fassadenbegrünung an. Hier besteht die Chance mit geringen Mitteln (Entsiegeln, attraktive Bänke, Fassadenbegrünung) ein kleines begrüntes Platzl im verkehrsberuhigten Umfeld der Schule zu attraktivieren und für Schüler:innen und Nachbar:innen zu begrünen.

BRin Barbara Neuroth

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. März 2023

VERKEHRSBESCHLEUNIGUNG AM MITTERSTEIG

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, die Ampelanlage an der Kreuzung Mittersteig Ecke Phorusgasse abzubauen.

BEGRÜNDUNG:

Am Mittersteig gibt es entlang des Pensionisten-Wohnhauses zwei Ampelanlagen. Insbesondere die hintere der beiden an der Ecke Phorusgasse (bzw. Straußengasse) ist im Anbetracht des geringen Verkehrsaufkommens nicht notwendig. Vor allem in der Phorusgasse gibt es jenseits der Autobuslinie 13A so gut wie gar keinen Verkehr, was zu unnötigen Wartezeiten entlang des Mittersteigs führt. Die Vorfahrt des Autobusses ist Aufgrund der bereits vorhanden Stopptafel am Mittersteig auch ohne Ampel weiterhin und ohne zusätzliche Baumaßnahmen gegeben.

Eine zusätzliche Problematik des Status Quo ist die aktuelle Ampelschaltung, die viele Autofahrende an der Ampel davor (Ecke Ziegelofengasse) zu einem „Kavalierstart“ mit erhöhter Geschwindigkeit verleitet, was die Verkehrssicherheit, v.a. von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, reduziert.

BR Mathias Tausig

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. MÄRZ 2023



FUSZGÄNGER.İNNEN-ERTÜCHTIGUNG STATT AMPEL-ERTÜCHTIGUNG

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 werden gebeten für den Kreuzungsbereich Johann-Strauß-Gasse/Rainergasse und Schönburgstraße/Rainergasse ein Konzept für Gehsteigvorziehungen und ggf Kreuzungsplateaus aus zu arbeiten, welches einen ampellosen, sicheren Übergang für Zu-Fuß gehende ermöglicht.

BEGRÜNDUNG:

Die Ampeln für diese beiden Kreuzungen sollen um hohe finanzielle Kosten „ertüchtigt“ werden. Stattdessen sollen die Bedingungen für die Zu-Fuß-Gehenden „ertüchtigt“ und verbessert werden. Die Fördermittel der Stadt Wien für Ampelertüchtigung sollen in den fußgänger:innenfreundlichen Umbau gesteckt werden, die Ampeln zeitnah abgebaut werden. Das dient der Flüssigkeit des Verkehrs (Bus, Taxis), der Durchzugsverkehr wird durch die Umgestaltung der Belvederegasse bald nicht mehr gegeben sein.

Eine zukunfts- und klimafitte Stadt soll Bedingungen schaffen, die das Zufuß-gehen fördern und angenehm gestalten. Wartezeiten (auch auf „Augenhöhe“) in wenig befahrenen Straßen sind nicht mehr zeitgemäß. Finanzielle Mittel (auch wenn sie aus dem Zentralbudget bezahlt werden) sind für aufwändige Umbauten von Ampelanlagen nicht mehr zeitgemäß. Diesen Paradigmenwechsel sollten wir rasch begreifen und die Gestaltung des Straßenraums und der Gehsteige intuitiv und sicher vornehmen. Die bisherige Ampelschaltung hat hingegen Wartezeiten für den Bus bedeutet und die Autofahrenden sowohl von der Rainergasse als auch von der Johann Strauß-Gasse kommenden verleitet auf das letzte Gelb-blinken noch aufs Gas zu steigen. Zu-Fuß gehende ignorieren oft die Ampel, nicht weil sie sie nicht sehen, sondern weil keine Autos kommen. All das sind Indikatoren um die Sinnhaftigkeit dieser beiden Ampeln zu hinterfragen. Auch für den Schulweg für das Gymnasium Rainergasse sind im Dialog die Vorteile für bessere Sichtbeziehungen durch Gehsteigvorziehungen darzulegen.

BRin Barbara Neuroth

Betrifft: Ampel Mommsengasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 23. März 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 33 „Wien leuchtet“ möge die Ampel bei der Kreuzung Weyringergasse/Mommsengasse niedriger bzw. so tief als möglich montieren.

Begründung

Die Ampel bei der Kreuzung Weyringergasse/Mommsengasse ist aktuell so hoch montiert, dass sie oftmals übersehen wird. Darüber hinaus ist für alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen im Sinne der Verkehrssicherheit wichtig, dass Ampeln bereits von Weitem klar und deutlich erkannt werden.

Betrifft: Argentinierstraße – keine langen Umfahrungen durch Neugestaltung

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 23. März 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Magistratsabteilung 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten soll bei der Erarbeitung der Detailpläne für die Neugestaltung der Argentinierstraße gemäß Abstimmungsergebnis besonderes Augenmerk darauf legen, dass bei etwaigen neuen Verkehrsführungen bzw. Veränderungen bei z. B. Einbahnen dennoch entsprechende Zufahrten ohne große Umfahrungen möglich sind.

Begründung

Der geplante Radhighway Argentinierstraße darf nicht zu weiteren Verschlechterungen in der Lebensqualität für die Anrainerinnen und Anrainer führen. Ebenso dürfen Wirtschaftsbetriebe nicht weiter durch beispielsweise lange Umfahrungen belastet werden. Darüber hinaus bedeuten lange Umfahrungen auch mehr Emissionen was nicht im Sinne des Umweltschutzes stehen kann.

Betrifft: Argentinierstraße – bei der Geschwindigkeit sich nicht auf „quasi Selbstregulierung“ verlassen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 23. März 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Magistratsabteilung 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten soll im Zuge der Neugestaltung der Argentinierstraße unbedingt klare Tempolimits in der neu gestalteten Argentinierstraße für den Rad- wie Autoverkehr verordnen.

Begründung

Vor allem Radfahrerinnen und Radfahrer fahren bereits heute meist mit überhöhter Geschwindigkeit die Argentinierstraße stadteinwärts. Dadurch setzen sich vor allem Fußgängerinnen und Fußgänger einer erhöhten Gefahr des Zusammenstoßes mit den Radfahrerinnen und Radfahrern aus.

Außerdem befindet sich entlang des Fahrradweges Argentinierstraße der Eingang zum Anton-Banya-Park, welcher von Kindergartenkindern, Schulkindern und Kleinkindern mit Eltern und Anrainerinnen und Anrainern benutzt wird. Daher wird der Park täglich von vielen verschiedenen Personengruppen, im Speziellen aber von Kindergarten- und Volksschulkindern frequentiert.

Um auch für deren Sicherheit zu sorgen, ist es besonders wichtig, dass der Rad- und Autoverkehr durch entsprechende Maßnahmen entschleunigt bzw. verlangsamt wird. Eine Selbstregulierung der Geschwindigkeit, wie von der Magistratsabteilung 28 - Straßenverwaltung und Straßenbau in einem Schreiben vom 27. Jänner 2023 an die Frau Bezirksvorsteherin vorgeschlagen, kann nicht im Sinne der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sein.

Betrifft: Baumscheiben und Beete in der Weyringergasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 23. März 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 42 „Stadtgartenamt“ möge die neuen Baumscheiben und Beete in der Weyringergasse laufend pflegen und sauber halten.

Begründung

Die neuen Baumscheiben und Beete in der Weyringergasse sind noch keine „Augenweide“ und sollten laufend gepflegt werden, damit zumindest ein etwas positiverer erster Eindruck entsteht.

Betrifft: Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduktion am neu geplanten Radhighway Argentinierstraße im Eingangsbereich zum Anton-Banya-Park für mehr Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger, vor allem Kleinkinder und Kinder

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 23. März 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag. Ulli Sima möge die MA 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten beauftragen, eine Vorkehrung zur Geschwindigkeitsreduktion am Radweg Argentinierstraße stadteinwärts beim Eingang Anton-Banya-Park einzuplanen.

Begründung

Ziel muss ein Mehr an Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger, vor allem Kleinkinder und Kinder sein.

Entlang des neu geplanten Fahrradweges Argentinierstraße befindet sich der Eingang zum Anton-Banya-Park, welcher von Kindergartenkinder, Schulkinder und Kleinkinder mit Eltern und Anrainerinnen und Anrainern benutzt wird. Daher wird der Park täglich von vielen verschiedenen Personengruppen, im Speziellen aber von Kindergartenkindern und Volksschulkindern frequentiert.

Um für deren Sicherheit zu sorgen, ist es besonders wichtig, dass gerade in diesem Bereich die Geschwindigkeit der Radfahrerinnen und Radfahrern vor allem stadteinwärts reduziert wird. Sind die Radfahrerinnen und Radfahrer mit sehr hohem Tempo unterwegs, gefährden sie die oben angeführten Personengruppen und können einen möglichen Zusammenstoß nicht verhindern.

Betrifft: Info für Anrainerinnen und Anrainer im Zusammenhang dem Umbau Wiedner Hauptstraße

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 23. März 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Im Zusammenhang mit dem geplanten Umbau bzw. den Umbauarbeiten in der Wiedner Hauptstraße mögen die zuständigen Fachabteilungen rasch und zeitgerecht die betroffenen Anrainerinnen und Anrainer über die drohenden Verkehrsbehinderungen/Einschränkungen und die Dauer der Arbeiten informieren.

Begründung

Bis dato erfolgte keine ausreichende Info an die Anrainerinnen und Anrainer im Zusammenhang mit dem Umbau in der Wiedner Hauptstraße.

Betrifft: Schaffung Parkplätze Graf-Starhemberg-Gasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte Tamar Chadoian und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 23. März 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Magistratsabteilung 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten soll Überlegungen anstellen, wie kurzfristig in der Graf-Starhemberg-Gasse und im Grätzel Parkplätze für Anrainerinnen und Anrainer geschaffen werden können. Das Ergebnis soll der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Die Verkehrspolitik der vergangenen Jahre auf der Wieden hat auch das Grätzel rund um die Graf-Starhemberg-Gasse nicht verschont. Im großen Stil wurden konsequent und beharrlich Parkplätze gestrichen und der Parkplatzdruck steigt daher von Tag zu Tag an. Aktuell wird die Situation noch durch Großbaustellen zusätzlich verschärft, daher ist die kurzfristige Schaffung von Parkplätzen dringend geboten.

Betrifft: Nein zur Begegnungszone Schleifmühlgasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Philipp Meisel und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 23. März 2023 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich klar gegen eine Begegnungszone in der Schleifmühlgasse aus.

Begründung

Gerade die Anrainerinnen und Anrainer des „Schleifmühlgrätzels“ haben in den vergangenen Jahren auf Grund einer falschen Verkehrs- und Grätzelpolitik viel mitmachen müssen. Laufend wurden Parkplätze bewusst verringert, Zufahrten und Liefermöglichkeiten eingeschränkt sowie die Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger weiter und weiter reduziert.

Eine Begegnungszone in der Schleifmühlgasse würde diesen negativen Trend für die Anrainerinnen und Anrainer fortsetzen.

Die NEOS Bezirksräte_innen
Ana Badhofer
Anna Stürgkh
Philipp Wörndle

An die
Bezirkvorstehung Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl
Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 23.03.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend

Ampelschaltung Operngasse / Faulmanngasse

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 33 zu prüfen, ob die Ampelschaltung an der Kreuzung Operngasse / Faulmanngasse so umgestellt werden kann, dass die aus der Faulmanngasse kommenden Fahrzeuge zugleich mit den aus der Schauerhofgasse kommenden Fahrzeugen in die Operngasse einfahren könnten. Im Falle der Umsetzbarkeit werden die zuständigen Magistratsabteilungen ersucht, die entsprechenden Schritte zur Umsetzung zu veranlassen.

Begründung:

Die Grünphase für die aus der Faulmanngasse kommenden Fahrzeuge beträgt 14 Sekunden, für die aus der Schauerhofgasse kommenden Fahrzeuge hingegen 44 Sekunden. Warum man in der Faulmanngasse den wenigen aus der Schauerhofgasse kommenden Fahrzeuge 30 Sekunden lang zuschauen muss, ist nicht nachvollziehbar, zumal in der Operngasse ohnedies zwei Fahrstreifen vorhanden sind und die aus der Faulmanngasse und der Schauerhofgasse abbiegenden Fahrzeuge zugleich abbiegen können bzw. die Gegenverkehrsregel gilt.

Die NEOS Bezirksräte_innen
Ana Badhofer
Anna Stürgkh
Philipp Wörndle

An die
Bezirkvorstehung Wieden
z.Hd. Frau Bezirkvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS und die Bezirksräte_innen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 23.03.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend

Verkehrsinsel Untere Favoritenstraße

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 42 Begrünungsmöglichkeiten, wie eine Entsiegelung oder etwa Blumentröge, für die Verkehrsinsel auf der Favoritenstraße auf der Höhe der Ordnungsnummer 12 zu prüfen, und bei positiver Prüfung umzusetzen.

Begründung:

Im gesamten unteren Bereich der Favoritenstraße herrscht überwiegend eine Betonwüste. Von der neuen Flaniermeile ist in diesem Abschnitt wenig zu sehen oder zu spüren und im Sommer erzeugt dies eine Hitzeinsel. Im Sinne des Klimas und der Ästhetik tut sich diese Verkehrsinsel als ungenützte Fläche auf und bietet sich dabei für mobile Bäume oder eine etwaige andere Ausgestaltung an. Der Platz könnte aber auch für Kunst im öffentlichen Raum genutzt werden.



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 die folgende

RESOLUTION**betreffend****AUSSTELLUNG „DIE SCHWARZE WIEDEN“**

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, erstmalig im Februar 2024 eine kostenlos zugängliche Ausstellung im Amtshaus auf der Wieden zur Geschichte von Schwarzen Menschen zu veranstalten. Die Wieden wird sich dafür Unterstützung von der Stadt Wien und stadtnahen Organisationen bzw. Organisationen des Bezirks einholen.

BEGRÜNDUNG

Der jedes Jahr im Februar weltweit stattfindende Black History Month dient dazu, „über Schwarze Geschichte und Kultur zu informieren, das Bewusstsein für ihre Existenz zu fördern sowie das Schwarze Selbstbewusstsein im Kampf um Gleichberechtigung zu stärken“ (BlackAustria.info).

In diesem Sinne wollen wir auf der Wieden ein Zeichen setzen, indem wir mit einer Ausstellung diese Menschen sichtbar(er) machen, ihnen Platz im öffentlichen Raum geben, Themen wie Gleichberechtigung und Anti-Rassismus verfolgen.

Die Wieden gehört uns allen. Wir alle formen und prägen unseren Bezirk.

Viele Stimmen und Geschichten, wie die von Schwarzen Frauen zum Beispiel, sind in der Öffentlichkeit aber viel zu wenig bis gar nicht sichtbar.

Rassismus ist nach wie viel zu stark in unserer Gesellschaft, in unserem Bezirk verankert.

Auf der Wieden gibt es zum Beispiel im Rauchfangkehrermuseum eine Vitrine mit „Schwarzen Köpfen“. Diese Vitrine fördert rassistische und kolonialistische Zuschreibungen.

Die Bezirksvertretung Wieden setzt sich zum Ziel, die Perspektive von marginalisierten Menschen, die dem Rassismus ausgesetzt werden, stärker in den Fokus zu rücken, um einer gleichberechtigten Wieden ein Stück näher zu kommen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 den folgenden

ANTRAG
betreffend
DEMOKRATIEFORUM WIEDEN

Der Amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Jürgen Czernohorszky wird ersucht, im Sinne der Politischen Bildung und Teilhabe aller Mitbürger*innen auf der Wieden unabhängig von Alter und Geschlecht und unabhängig von Staatsbürger*innenschaft, ein politisches Informations- und Partizipationsformat zu etablieren, das vor allem jene Menschen in den Fokus stellt, die auf der Wieden wohnen und/oder arbeiten, aber an keinen Bezirkswahlen teilnehmen dürfen.

BEGRÜNDUNG

In Zeiten von Krisen und gesellschaftlichen Herausforderungen muss die demokratische Teilhabe aller Wiedner*innen, ob wahlberechtigt oder nicht wahlberechtigt, unser gemeinsames Anliegen sein.

Fast jede dritte Wiedner*in kann auch auf Bezirksebene nicht wählen, viel zu viele Stimmen und Vorschläge werden so kaum gehört.

Ein Ziel der Bezirkspolitik auf der Wieden ist es, neben den schon bisherigen Werkzeugen für die Möglichkeit der Teilhabe aller Bezirksbewohner*innen ein unterstützendes, inklusives und niederschwelliges Instrument zu entwickeln.

Unter der bestehenden Situation leidet vor allem die Repräsentativität und damit Legitimität der Demokratie im Bezirk.

„Eine Demokratie lebt von der Beteiligung einer möglichst großen Zahl jener Menschen, die den beschlossenen Gesetzen unterworfen sind.“ (Quelle: Integrationsmonitor der Stadt Wien)

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 den folgenden

ANTRAG**betreffend****VERÖFFENTLICHUNG VON SOZIALRAUMSTUDIEN WIEDEN**

Der mit der Umsetzung der zwei von der Bezirksvertretung Wieden am 29.9.2022 beschlossenen Sozialraumstudien beauftragte Amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker, wird ersucht, die Ergebnisse der Studien „Team-Focus-Sozialraumstudie am Karlsplatz“ auf der Homepage des 4. Bezirks (<https://www.wien.gv.at/bezirke/wieden/>) veröffentlichen sowie im Amtshaus Wieden zur öffentlichen Einsicht auflegen zu lassen, damit sich alle Interessierten über die Ergebnisse und die Kosten informieren können.

BEGRÜNDUNG

Seit 1. Jänner 2023 sieht Art. 20 (5) B-VG Veröffentlichungspflichten für Bund, Länder und Gemeinden vor:

„Alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe haben Studien, Gutachten und Umfragen, die sie in Auftrag gegeben haben, samt deren Kosten in einer für jedermann zugänglichen Art und Weise zu veröffentlichen, solange und soweit deren Geheimhaltung nicht gemäß Abs. 3 geboten ist.“

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 den folgenden

ANTRAG**betreffend****UMWANDLUNG SCHRÄG- IN LÄNGSPARKER HEUMÜHLGASSE**

Die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 28 mögen die Umwandlung der Stellplätze im sogenannten Heumühlbogen zwischen Margaretenstrasse und Schönbrunnerstrasse vor den Häusern Heumühlgasse 2a bis 4 prüfen und ggf. umsetzen.

BEGRÜNDUNG

Der Heumühlbogen ist ein ziemliches Nadelöhr.

Fußgeher*innen, Radfahrer*innen auch gegen die Einbahn, sowie Autofahrer*innen und zwei Schanigärten auf dem Gehsteig (Zweitbester und Guzzi, ersterer ganzjährig, letzterer in der warmen Jahreszeit) teilen sich den engen öffentlichen Raum.

Die modernen Autos sind immer größer, brauchen mehr Platz und oft gibt es im Heumühlbogen Stau, weil das Durchkommen sehr schwierig ist. Die Autos der Schrägparker*innen ragen weit in den Straßenbogen hinein.

Die Autos nehmen mehr Platz auf Kosten der Umwelt und auf Kosten der anderen Verkehrsteilnehmer*innen ein. Je eher man vor der eigenen Haustür einen Parkplatz hat, desto weniger nimmt man den Weg zur nächsten Haltestelle in Kauf.

Klimaexpert*innen fordern deshalb schon lange weniger Parkplätze. Sie sehen in der Stellplatzverordnung eine wichtige Stellschraube für den Klimaschutz und fordern gesetzliche Änderungen.

In Wien dürften die Pflichtparkplatzzahlen laut Stellplatzverordnung um bis zu 90% reduziert werden. Aus Klimaschutzgründen könnten die Klimamusterstadt Wien und der Klimabündnisbezirk Wieden weniger Stellplätze vorsehen und Stellplätze kürzen.

Ein ökologische Ziel der Klimamusterstadt Wien lautet:

"Bis 2025 sollen 80 Prozent der Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln, auf dem Rad oder zu Fuß zurückgelegt werden. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs, so der Plan, soll zugleich von derzeit 28 auf 20 Prozent gesenkt werden.“

In der Heumühlgasse könnte durch die Umwandlung der Schrägstellplätze in Längsstellplätze der Prozentsatz der Autos, die den öffentlichen Raum vor Ort besetzen, ganz leicht reduziert werden.

Jedes Auto weniger bedeutet mehr Chancengleichheit zwischen dem öffentlichen Verkehr und dem Auto, bedeutet mehr Platz im öffentlichen Raum zum Leben und sichert die Zukunft für die nächsten Generationen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 den folgenden

ANTRAG**betreffend****MEHR EMANZIPATION AUF DER WIEDEN**

Der Amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker wird ersucht, im Sinne der Mitsprache, Partizipation und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen die Wieden dabei zu unterstützen, rasch Maßnahmen zu setzen, damit sich das Leben für Bewohner*innen mit Behinderung im Bezirk spürbar verbessert.

BEGRÜNDUNG

Menschen mit Behinderung auf der Wieden sollen durch Maßnahmen nicht inkludiert, sondern emanzipiert werden.

Sie dürfen auf gar einen Fall inkludiert - im Sinne von „eingeschlossen“ werden. Denn das würde bedeuten, sie in einen Raum zu zwingen und ihnen jedes Außen zu verwehren.

Es braucht eine politische Initiative, die gerechte Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung in einem demokratischen Bezirk, einer demokratischen Stadt, einer demokratischen Gemeinschaft schafft.

Eine Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung wäre in der Bezirkspolitik auch wünschenswert.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 den folgenden

ANTRAG**betreffend****UNBETREUTES WOHNEN IN GEMEINDEBAUTEN**

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadtneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, möge prüfen, ob und unter welchen Bedingungen Wohnungskontigente der Stadt Wien im Bezirk barrierefrei als unbetreute Wohnform für Menschen mit Behinderung bewohnbar gemacht werden können.

BEGRÜNDUNG

Der Fonds Soziales Wien (FSW) hat das Programm „Inklusive Wien 2030 - eine Stadt für alle“ mit erforderlichen Maßnahmen initiiert.

Menschen mit Behinderung auf der Wieden sollen jedoch wirklich emanzipiert werden.

Selbstbestimmt zu leben ist auch nach Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention rechtlich festgelegt. Selbstbestimmt Leben heißt für Menschen mit Behinderung eben auch unbetreut.

Segregation und Bevormundung sollen auf der Wieden so rasch wie möglich ein Ende finden und nicht frhestens 2030.

Die Wohnungen der Stadt Wien sind im Bezirk ein wertvolle Ressource, die wir auf der Wieden nutzen sollten.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 den folgenden

ANTRAG
betreffend
ZÄHLUNG ABSTELLPLÄTZE AUF DER WIEDEN

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständigen Magistratsabteilung 46 und 28, eine Bestandsaufnahme das heißt Zählung der aktuell vorhandenen PKW-Parkplatzmöglichkeiten sowohl im öffentlichen Raum als auch in Parkgaragen sowie ggf. andere private Abstellplätze auf der Wieden durchzuführen.

Dieser Zahl soll dann die Zahl der im Bezirk zugelassenen PKWS gegenübergestellt werden.

Die Ergebnisse mögen dann der Bezirksvorsteherin vorgelegt und allgemein veröffentlicht werden.

BEGRÜNDUNG

Vor einem Jahr wurde in Wien flächendeckend das Parkpickerl eingeführt. Laut Angaben der Stadt ist die Parkplatzauslastung stark gesunken.

Die Frage inwieweit die Parkplatzauslastung auf der Wieden gesunken ist, bleibt bisher unbeantwortet.

Wir brauchen Antworten.

Erst nach können wir im Bezirk sagen, welche Effekte aufgetreten ist und diese dement sprechend berücksichtigen.

Wir brauchen die Zahlen, damit wir die richtigen Maßnahmen ergreifen können, z. B. Gehsteigplätze auf die Fahrbahn verlegen, Schrägparkplätze zu Längsparkplätzen machen und Ähnliches, damit wir den ohnehin knapp bemessenen öffentlichen Raum im Bezirk rasch umverteilen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 die folgende

RESOLUTION
betreffend
BAUMPLÄTZE STATT AUTOSTELLPLÄTZE

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, dass für jede neu errichtete Wohnung auf der Wieden ein neuer Baum gepflanzt wird.

BEGRÜNDUNG

Die Wieden ist einer der am dichtesten verbauten Bezirke Wiens und hält einen der geringsten Anteile an Grünflächen wienweit.

Während es eine Stellplatzverordnung gibt, die beim Aufstocken von Häusern und der Errichtung neuer Wohnungen - auf der Wieden sind das in erster Linie viele Luxuswohnungen - die Schaffung neuer Stellplätze vorsieht, gibt es keine Verordnung, die durch das Begrünen und Pflanzen von Bäumen einer weiteren Überhitzung des Bezirks und der bestehenden Hitzeinseln auf der Wieden entgegenwirken würde.

„Baumpflicht bedeutet die Wiederherstellung des Dialoges mit der Natur. Es geht um eine fundamentale Kehrtwendung, um eine fundamentale Neuorientierung ... Es geht nicht darum, mehr städtisch gepflegte Rasenflächen anzulegen, sondern darum, der echten Natur auch im Stadtbild zu ihrem Recht zu verhelfen.“ (Friedensreich Hundertwasser, 1980)

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 die folgende

RESOLUTION**betreffend****Wien sind WIR! Wir sind WIEN!**

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich gegen die Unterteilung in “willkommene” und “nicht willkommene” Menschen auf der Wieden und in Wien aus. Damit spricht sie auch gegen jede Form von Rassismus aus.

BEGRÜNDUNG

Auf Puls 4 sprach FPÖ Landesrat Gottfried Waldhäusl einer Schülerin ihre Daseinsberechtigung in Wien ab.

Wenn sie und ihre Mitschüler*innen nicht wären, dann wäre Wien noch Wien.

Das ist so rassistisch wie boshart.

ÖVP Bundeskanzler Karl Nehammer bezeichnete erst vor ein paar Tagen Gastarbeiter*innen als Fehler, weil diese wider Erwarten hier geblieben wären und damit Probleme verursacht hätten. Es war ein ÖVP Bundeskanzler, der die Gastarbeiter*innen-Abkommen unterzeichnet hat und damit Menschen nach Österreich und Wien geholt hat.

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich gegen Ausgrenzung und Abwertung von Menschen - egal welchen Alters - aus.

Die Wieden ist ein Bezirk für alle, in dem niemand ausgegrenzt oder rassistisch behandelt werden darf.

Auf der Wieden leben 43,4 Prozent Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürger*innenschaft oder mit Geburtsorten oder Geburtsorten ihrer Eltern, die nicht im heutigen Österreich liegen. (Quelle: Daten und Fakten zur Migration, Wiener Bevölkerung 2022)

Rassismus ist leider nach wie vor ein fester Teil unserer Gesellschaft und unseres Bezirks. Auch auf der Wieden gibt es rassistische Graffitis, Pickerl und im Alltag rassistische Übergriffe.

„Die echte Wiedner*in/Wiener*in hat schließlich eine bosnische Großmutter, einen serbischen Großvater, jede Menge Freund*innen, Nachbar*innen und Kolleg*innen vom Balkan und macht Urlaub auf der ganzen Welt. Tagtäglich.“ (angelehnt an Ernst Hinterberger)

Mag^a Amela Pokorski

ANTRAG ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 23. MÄRZ 2023

ENTFERNEN DER GEWISTA PLAKATE AM ST. ELISABETH PLATZ IM ZUGE DER VORBEREITUNGSSARBEITEN UND LEITUNGSSARBEITEN FÜR DIE „FAHRRADSTRASSE“ ARGENTINIERSTRASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die LINKS-Bezirksrätin Mag.^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 werden gebeten im Zuge Vorbereitungsarbeiten und der Leitungsarbeiten am St. Elisabeth-Platz zu prüfen, ob die beiden beleuchteten Gewistaplakate entfernt werden können.

BEGRÜNDUNG:

Am St. Elisabeth-Platz wird diesen Sommer viel aufgegraben werden um die Leitungen zu erneuern, bevor die Umbauarbeiten zur „Fahrradstraße“ Argentinierstraße erfolgen können. Deshalb wäre jetzt der geeignete und kostengünstigste Zeitpunkt um die beiden Gewistaplakate entfernen zu lassen, die schon lange die Sichtbeziehungen für Zu-Fuß-Gehende am viel genützten Platz stören. Bei der jüngsten Sitzung der Lokalen Agenda Wieden haben wir diese Möglichkeit erkannt und wünschen uns die Entfernung der beiden Gewistaplakate.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte die nachstehende

Resolution

betreffend

Kein Aus für Freizeitpädagogik an Wiedner Pflichtschulen

Die Bezirksvertretung erklärt sich im Interesse der betroffenen Kinder und Eltern an Wiedner Pflichtschulen mit den Beschäftigten solidarisch, die sich gegen die Abschaffung der Freizeitpädagogik an Pflichtschulen und für die Einbeziehung von Gewerkschaften, betroffenen Betriebsrätiinnen und Belegschaften in die vom Bildungsministerium geplante Neuordnung dieses Bereichs einsetzen.

Begründung

Das Bildungsministerium plant die Schaffung von „Assistenzpädagogen“, die die Freizeitpädagog:innen und Erzieher:innen an Pflichtschulen ersetzen sollen. In Wien werden sie vom Verein „Bildung im Mittelpunkt“ (BiM) beschäftigt, die Mitarbeiter:innen unterliegen dem Kollektivvertrag für die Mitarbeiter:innen der Sozialwirtschaft in Österreich (SWÖ-KV). Der BiM-Betriebsrat sieht durch die Pläne die Gefahr von Gehaltskürzungen von bis zu 19%, eine Verschlechterung der freizeitpädagogischen Ausbildung und die Nichtfortsetzung von Arbeitsverhältnissen zahlreicher erfahrener Kolleg:innen. Daher haben Betriebsrat und Gewerkschaft für den 15.06.2023 einen Aktionstag mit Betriebsversammlungen und öffentlichen Kundgebungen geplant. Die Bezirksvertretung ist solidarisch mit der Forderung der Beschäftigten nach einer Neuverhandlung der geplanten Regelung unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Betriebsrat und Belegschaften. Es darf keine Verschlechterungen geben, die das qualitative Angebot an Freizeitpädagogik an Wiedner Pflichtschulen und die Arbeitsbedingungen negativ berühren!

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 stellen die Fraktion der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte, die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden, der Klub von Neos und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr den nachstehenden

Antrag

betreffend die

Errichtung einer „Fairnesszone“ im Bereich vor der Evangelischen Schule

Die zuständige Magistratsabteilung 28 wird gebeten, im Bereich vor der Evangelischen Schule (Karlsplatz ON 14) eine „Fairnesszone“ einzurichten. Analog zur „Fairnesszone“ am Donaukanal soll dies vor und nach dem Vorplatz der Evangelischen Schule mittels blauer Bodenmarkierungen erfolgen.

Begründung

Im Bereich der Bebauung des Resselparks bei Karlsplatz ON 14 befindet sich eine (für den motorisierten Individualverkehr gesperrte) Verkehrsfläche, auf der es insbesondere zwischen Radfahrenden und Fußgänger:innen, vor allem Volksschulkindern der Evangelischen Schule, immer wieder zu gefährlichen Konfliktsituationen sowie auch zu Unfällen kommt. In den letzten Jahren wurden viele verkehrssicherheitliche und bauliche Maßnahmen umgesetzt, um die Situation zu entschärfen. Diese Bemühungen haben zwar Verbesserungen mit sich gebracht, jedoch das Problem bislang nicht beseitigen können. Vielen Nutzer:innen des Resselparks ist die Gefahrensituation in ihrem Mobilitätsverhalten wenig bewusst. Die Errichtung einer „Fairnesszone“, wie sie bereits erfolgreich am Donaukanal umgesetzt und ausprobiert wurde, könnte eine Möglichkeit sein, die Nutzer:innen des Resselparks auf verkehrpsychologische Weise zu umsichtigerem Verkehrsverhalten zu bewegen.

Gemäß der Beantwortung von der Amtsführenden Stadträtin Mag.^a Ulli Sima vom 1. März 2023 (BVP4-13668-2023, BV4-S2379394/22/3) ist eine Errichtung an der genannten Stelle möglich und liegt in der Zuständigkeit der Magistratsabteilung 28.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 stellen die Fraktionen der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte und der Klub von Neos nachstehende

Resolution

betreffend die

Ausweitung von Spielstraßen auf der Wieden

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für die Fortführung und Ausweitung des von der Stadt Wien initiierten Projekts „Spielerisch durch Wien“ zur Errichtung und Bespielung von Spielstraßen auf der Wieden aus.

Begründung

Spielstraßen werden auf der Wieden bereits seit vielen Jahren in der Walthergasse und der Phorusgasse in Kooperation mit den umliegenden Schulen mit großem Erfolg durchgeführt. Dabei werden die Verkehrsflächen für Autos gesperrt und mit einem temporären Parkverbot belegt, um Platz für raumgreifendes Spiel für Kinder und Jugendliche und einen neuen Aufenthaltsraum zu ermöglichen. Die Wiener Spielstraßen geben Kindern eine andere Perspektive auf Räume der Stadt, schaffen neue Möglichkeiten für Bewegung, Spiel und Spaß. Kindern erobern sich den öffentlichen Raum zurück und nutzen ihn für ihre Zwecke und Ideen.

Auf Anregung des Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Christoph Wiederkehr werden 2023 einmalig in mehreren Bezirken Wiens zusätzliche Spielstraßenaktionen umgesetzt. Die Wieden hat das Projekt mit einer Spielstraße am 19. Mai 2023 in der Walthergasse unterstützt. Mit dem Projekt „Spielerisch durch Wien“ sind in den Bezirken zusätzliche Aktionen möglich, die in Kooperation mit lokalen Jugendarbeitsvereinen sowie umliegenden Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen durchgeführt werden. Eine Fortführung und Ausweitung des Projekts würde es dem Bezirk ermöglichen, neben der Walthergasse und der Phorusgasse auch zusätzliche Straßen und Gassen zu bespielen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

ÖKlo am Südtiroler Platz

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 48, die Möglichkeit und Kosten einer mobilen Toilette am Südtiroler Platz zu prüfen und darüber der Frau Bezirksvorsteherin zur näheren Erörterung im Umweltausschuss zu berichten.

Begründung

Der Südtiroler Platz ist ein vielfrequentierter Ort im Bezirk. Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht zu prüfen, ob ein geeigneter Standort für eine mobile Toilette gefunden werden kann, wobei sich die Verwendung von ÖKlos an anderen Standorten sehr bewährt hat.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 stellen der Klub sozialdemokratischer Bezirksräatinnen und Bezirksräte und die freie Bezirksräatin Eveline Dürr den nachstehenden

Antrag

betreffend

Beratungsangebote beim Wiedner-Winter-Indoor-Spielplatz

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 13, den Familienbund in Abstimmung mit der Bezirkvorstehung Wieden mit der Wiederaufnahme und Neugestaltung des begleitenden Beratungsangebots im Rahmen des Wiedner-Winter-Indoor-Spielplatzes zu beauftragen.

Begründung

Seit über zehn Jahren verwandelt sich der Festsaal der Bezirkvorstehung von November bis März jeden Freitag und Montag in den größten Kinder-Indoor-Spielplatz des Bezirks. Während der Pandemie konnte das Angebot nur eingeschränkt fortgeführt werden, hat sich aber in der Saison 2022/23 wieder sehr bewährt. Für die nächste Saison wäre wünschenswert, das begleitende Beratungsangebot für Eltern zu Fragen des Arbeits- und Sozialrechts, des beruflichen Wiedereinstiegs, Ernährungstipps und Erziehung wiederaufzunehmen. Die Magistratsabteilung 13 soll dafür gemeinsam mit dem Familienbund als Trägerverein und in Abstimmung mit dem Bezirk ein Konzept ausarbeiten.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 stellt die Fraktion der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

Nachhaltigkeit fördern: ein weiteres Wurmhotel aufstellen

Die Amtsführende Stadträtin und Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál möge die Aufstellung eines Wurmhotels, vergleichbar dem Wurmhotel im Planquadrat, in einer Anlage von Wiener Wohnen auf der Wieden prüfen und das Ergebnis der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung im Umweltausschuß übermitteln.

Begründung:

Im Sinne einer ökologisch-nachhaltigen Kreislaufwirtschaft ist die Verwertung von Biomüll zur Produktion von Humus eine perfekte Methode um Ressourcen optimal zu verwerten, bzw. diese wieder zu verwerten. Ein Wurmhotel ist eine Methode um genau einen Teil einer lokalen Kreislaufwirtschaft zu etablieren, AnwohnerInnen bringen ihren Biomüll zum Wurmhotel, die Würmer zersetzen den Biomüll und die AnwohnerInnen erhalten frischen und qualitativ hochwertigen Humus für ihre Pflanzen

Es gibt bereits einen Standort für ein Wurmhotel auf der Wieden im Planquadrat, nun soll ein weiterer gefunden und entsprechend ein Wurmhotel installiert werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 stellen die Fraktion der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden nachstehenden



Antrag

betreffend

Wohnzonen auf der Wiedner Hauptstraße

Die zuständige Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima möge die Magistratsabteilung 21A beauftragen auf der Wiedner Hauptstraße zwischen den Ordnungsnummern 28-80 und 65-79 Wohnzonen zu verordnen.

Begründung:

Wohnzonen werden gemäß §7a Wr BO verordnet um unter anderem den Wohnungsbestand zu erhalten. In neuerer Zeit gibt es in steigenden Ausmaß Probleme mit der gewerblichen Nutzung von Wohnraum für touristische Zwecke. Hier sind Wohnzonen ein Mosaikbaustein zur Regulierung des Angebots.

Die Wiedner Hauptstraße wird nun mehr im Zuge der Gleissanierungen durch die Wiener Lienen großzügig neu gestaltet und daher bietet es sich an, hier die Flächenwidmung zu überarbeiten.

Betrifft: Wiedner Kulturoffensive - Transparente Kunst- und Kulturförderung auf der Wieden

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen, ÖVP, die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ, der Klub von Neos Wieden, die LINKS Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

Resolution:

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, dass Kunst- und Kulturförderungen auf der Wieden im Sinne der Planungssicherheit von Kunst- und Kulturtreibenden transparent vergeben werden und einheitliche Förderkriterien Chancengleichheit unter allen Förderantragstellenden gewährleisten.

Begründung:

Die Wieden ist ein Bezirk mit einem der höchsten Kunst- und Kulturbudgets. Dieses muss im Sinne der Chancengerechtigkeit der Kunst- und Kulturschaffenden transparent und ohne Parallelstrukturen vergeben werden. Darüber hinaus können jährlich allparteilich ausgearbeitete Förderkriterien Kunst- und Kulturschaffenden Planungssicherheit bieten. Die Überprüfung der Erfüllung dieser Kriterien bei Umsetzung von Kunst- und Kulturereignissen soll in Zukunft ebenfalls konsequent eingehalten werden, um Fairness und Gleichbehandlung unter den Förderantragsteller*innen sicherzustellen. Diese Kulturoffensive soll daher für einen klar nachvollziehbaren und direkteren Weg für Förderantragsteller*innen im Bezirk sorgen, und so mehr Kunst- und Kultur Ereignisse auf der Wieden ermöglichen.



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 15. JUNI 2023

FASSADENBEGRÜNUNG BEIM GEMEINDEBAU WALTERGASSE 5

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Vizebürgermeisterin Katharina Gaal und der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorzsky, werden ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen die Möglichkeit einer bodengebundenen Fassadenbegrünung beim Gebäude von Wiener Wohnen in der Waltergasse 5 zu überprüfen. Es wird gebeten das Ergebnis Frau Bezirkvorsteherin Mag.a Lea Halbwidl zur weiteren Behandlung im Umweltausschuss zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG:

Der Wohnblock von Wiener Wohnen in der Waltergasse 5 hat straßenseitig Beete mit Rosen bis zur Hauswand. Diese Beete würden sich hervorragend für die kostengünstige bodengebundene Fassadenbegrünung eignen.

Mag.^a Barbara Neuroth
Bezirksrätin

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 15. JUNI 2023**



GRÜNPFEIL BEI AMPEL FAVORITENSTRASSE 22

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Mag.^a Ulli Sima, wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, das Weiterfahren bei Rot für den Radverkehr auf der Favoritenstraße stadtauswärts auf Höhe Ordnungsnummer 22 zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

BEGRÜNDUNG:

Durch die seit 1.10.2022 gültige 33. Novelle der Straßenverkehrsordnung wurde eine rechtliche Möglichkeit geschaffen, das Queren oder Abbiegen von Radfahrer*innen bei einer roten Ampel zu erlauben. Zum mindest sofern eine entsprechende Zusatztafel - der sogenannte Grünpfeil für das Rad (StVO §54 (5n)) - an der betreffenden Ampel angebracht ist. Das soll verhindern, dass der Radverkehr, den wir ja alle fördern wollen, unnötig lange an roten Ampeln warten muss. Nach einem kurzen Halt kann die Fahrt wie bei einem Stoppsschild fortgesetzt werden.

Pascal Riepl
Bezirksrat



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 15. JUNI 2023

GRÜNPFEIL BEI AMPEL SCHAURHOFERGASSE/OPERNGASSE

Die Bezirksräatinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Ulli Sima, wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, das Rechtsabbiegen bei Rot für den Radverkehr von der Schaurhofergasse auf den Zwei-Richtungs-Radweg Operngasse zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

BEGRÜNDUNG:

Durch die seit 1.10.2022 gültige 33. Novelle der Straßenverkehrsordnung wurde eine rechtliche Möglichkeit geschaffen, das Queren oder Abbiegen von Radfahrer*innen bei einer roten Ampel zu erlauben. Zum mindest sofern eine entsprechende Zusatztafel - der sogenannte Grünpfeil für das Rad (StVO §54 (5n)) - an der betreffenden Ampel angebracht ist. Das soll verhindern, dass der Radverkehr, den wir ja alle fördern wollen, unnötig lange an roten Ampeln warten muss. Nach einem kurzen Halt kann die Fahrt wie bei einem Stoppschild fortgesetzt werden.

Pascal Riepl
Bezirksrat



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 15. JUNI 2023

VERLÄNGERUNG DES RADWEGES WIEDNER HAUPTSTRASSE ZUR OPER UND ZUM SCHWARZENBERGPLATZ

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 werden gebeten, die Verlängerung des geplanten Zwei-Richtungs-Radwegs Wiedner Hauptstraße über den Karlsplatz Richtung Oper sowie zum Schwarzenbergplatz entlang der Zweierlinie ehestmöglich zu prüfen, zu planen und umzusetzen. Hierbei soll eine Bedeckung aus den Mitteln des Zentralbudgets geprüft werden. Die Streckenführung zum Schwarzenbergplatz bzw. der Lothringerstraße möge so geplant werden, dass keine Querung der Hauptfahrbahnen am Karlsplatz notwendig wird. Die Pläne sollen der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission sowie zur zeitlichen Umsetzung im Zuge des anstehenden Umbaus der Wiedner Hauptstraße übermittelt werden.

BEGRÜNDUNG:

Im Mai gab es einen bedauerlichen Unfall mit einem Schulkind vor der Evangelischen Schule im Resselpark. Die Radroute durch den Resselpark ist dem jährlich steigendem Radaufkommen nicht mehr gewachsen.

Darüberhinaus endet laut aktuellem Planungsstand der ‚Zwei-Richtungs-Radweg Wiedner Hauptstraße‘ ab Sommer 2024 neben der Evangelischen Schule und wird zu zusätzlichem Radverkehr führen.

Ein kreuzungsfreier Zwei-Richtungs-Radweg entlang der Zweierlinie entlastet das Radverkehrsaufkommen im Resselpark wesentlich.

Die Gleisbauarbeiten finden spätestens 2024 statt. Eine Verbindung rechts der Schienen des neugestalteten Radwegs mit dem Ringradweg und zum Schwarzenbergplatz ist auf

Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte verunmöglicht, wenn nicht schnell gehandelt wird. Die im Plan eingezeichnete „mögliche Fortsetzung Radweg“ erfordert für einen etwaigen „2erLinien-Radweg“ mit Anbindung an die Fahrradstraße Argentinierstraße ein zweimaliges Kreuzen der Schienen und ist nicht optimal.

Aktueller Planungsstand des Wiedner Hauptstraßen Zwei-Richtungsradwegs, mit unvollständiger Anbindung an Ring-Radweg und Zweierlinien-Radweg.



BRin Barbara Neuroth

BR Fabian Setznagel

Betrifft: Verlängerung des Radweges Wiedner Hauptstraße zur Oper und zum Schwarzenbergplatz

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP Wieden, Dipl.-Ing. Ingrid Köttl und Mag. Johannes Pasquali, stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Abänderungsantrag zu Antrag Nr. 17

Nach „...notwendig wird“ sind folgende zwei Sätze einzufügen:

Bei dieser Verlängerung des Radweges darf keine Fahrspur wegfallen.

Der gesamte Radverkehr wird um den Karlsplatz herum geleitet, so dass auf diesem Fahrradfahren nicht mehr erlaubt ist.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 15. JUNI 2023



RADSCHIKANE IRENE-HARAND-PLATZ

Die Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen überprüfen zu lassen, ob eine alternative Radwegeführung des geplanten Zweirichtungsradwegs beim Irene-Harand-Platz möglich ist, die den Radverkehr entlang der Schienen führt und gleichzeitig den Erhalt des Großteils der Grünfläche beim Irene-Harand-Platz sicherstellt. Sofern eine solche Radwegeführung möglich ist, mögen entsprechende Planänderungen und Umsetzung erfolgen.

Siehe Skizze.



BEGRÜNDUNG:

Der sehr gut geplante Zwei-Richtungs-Radweg auf der Wiedner Hauptstraße endet stadteinwärts beim Irene-Harand-Platz in einer Radschikane, die einer Formel 1-Rennstrecke nachempfunden scheint. Solch enge Kurven verleiten dazu, auf die Gegenrichtung zu geraten, und sind aus Sicherheitsgründen abzulehnen. Eine Führung des Radweges links entlang des Grünbeets kommt ohne steile Kurven aus. Der Verlust der Grünfläche kann auf der rechten Seite, durch den Wegfalls des Radweges dort, kompensiert werden.

BR Pascal Riepl

RESOLUTION IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 15. JUNI 2023

Die Bezirksrä特:innen der Grünen Wieden, der Sozialdemokrat:innen und die LINKS Bezirksrä特in Mag^a Amela Pokorski stellen gemäß § 19 Abs 5 GO der Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretung am 15.06.2023 folgende

RESOLUTION

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich gegen die gewerbliche Nutzung von Wohnungen für kurzfristige Beherbergungszwecke ohne Regulierung aus.

Aufgrund der aktuellen Teuerungen ist das Thema Wohnen von besonderer Wichtigkeit. Die Bezirksvertretung spricht sich daher weiters für ein öffentlich zugängliches Register aus, ob die gewerbliche Nutzung einer Wohnung für kurzfristige Beherbergungszwecke zulässig ist, eine Servicestelle, um rechtswidrige gewerbliche Nutzung von Wohnungen für kurzfristige Beherbergungszwecke unkompliziert an die Behörden zu melden und eine konsequente Verfolgung durch die Baupolizei und ein Monitoring über touristische Zweckentfremdung.

Begründung:

Eine Wohnung sollte dem längerfristigen Wohnbedarf dienen und nicht für kurzfristigere, gewerbliche Vermietungen verwendet werden dürfen, das gilt vor allem in Wohnzonen.

Immer mehr Wohnungen gehen für die Wiedner:innen verloren, weil sie dauerhaft in Tourismus-Appartements umgewandelt werden. Die Folgen dieses Wohnraubes: Verdrängung von Mieter:innen, höhere Mieten und weniger Wohnungsangebot. Um den Verlust von leistbaren Wohnungen zu stoppen, braucht es Maßnahmen für eine umfassende Regulierung von Airbnb & Co.

Eine aktuelle Analyse der Stadt Wien zeigt: Allein über die Plattform Airbnb werden mehr als 2.000 Wohnungen angeboten, die dem Wohnungsmarkt dauerhaft entzogen sind. Zwar fehlt ein vollständiges Bild über alle Anbieter hinweg, doch eines ist klar: Leistbare Wohnungen in großer Zahl gehen für die Wiedner:innen verloren.

Der Rechnungshof empfahl der Stadt Wien bereits 2021, Missachtungen des Verbots gewerblicher Kurzzeitvermietungen in Wohnzonen konsequent zu verfolgen. Seitdem ist nichts passiert. Nach dem Ende der Pandemie steigen in Wien wieder die Zahlen von Wohnungen, die dauerhaft über Plattformen wie Airbnb oder Booking.com vermietet werden.

Touristische Zweckentfremdung von Wohnungen versursacht schwerwiegende Probleme:

- Es kommt zu einem Verlust von leistbaren Wohnungen und in der Folge zu einer Erhöhung der Mietpreise.
- In touristisch stark frequentierten Gebieten entstehen menschenleere Geisterstädte, in denen niemand mehr wohnt und die umliegende Nahversorgungsinfrastruktur stirbt.
- Für Mieter:innen und Anrainer:innen bedeuten unbetreute Tourismus-Appartements Belästigung durch Lärm.
- Hotellerie und andere Beherbergungsbetriebe erleiden Einbußen durch unbetreute, nicht fachgerecht organisierte Konkurrenz.

Bisher ist in Wien die Nutzung von Wohnungen als Tourismus-Appartements nur für Gemeindebauten und Wohnungen in Wohnzonen eingeschränkt.

Eine Wohnung sollte allerdings dem längerfristigen Wohnbedarf dienen und nicht für kurzfristigere, gewerbliche Vermietungen verwendet werden dürfen, das gilt vor allem in Wohnzonen. Aufgrund der aktuellen Teuerungen ist das Thema Wohnen von besonderer Wichtigkeit und Notwendigkeit.

Das Ziel muss sein, die dauerhafte Zweckentfremdung von Wohnungen zu beenden und den Wohnraub zu stoppen!

Pascal Riepl
Bezirksrat

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 15. JUNI 2023

BENENNUNG EINER WOHNHAUSANLAGE NACH EDITH UND WOLFGANG SUSCHITZKY

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Kathrin Gáal wird ersucht, die Wohnhausanlage in der Petzvalgasse 1-3 nach Edith und Wolfgang Suschitzky zu benennen.

BEGRÜNDUNG:

Die Familie war vis-a-vis der gegenständlichen Wohnhausanlage in der Petzvalgasse 2 ansässig und im Grätzl gut verankert. So führten der Vater und Onkel der beiden unweit in der Favoritenstraße die „erste sozialdemokratische Buchhandlung“ inklusive des angeschlossenen „Anzengruber Verlag“.

Die Geschwister Edith (geb. 1908, verehelichte Tudor-Hart) und Wolfgang (geb. 1912, genannt „Wolf“) Suschitzky wuchsen in Wien in einem sehr politischen Haushalt auf. Edith machte zunächst eine Ausbildung zur Kindergärtnerin bei Maria Montessori persönlich und studierte danach am Bauhaus in Deutschland. Wolf machte eine Ausbildung an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt. Mitte der 30er Jahre, in der Zeit des Austrofaschismus, mussten beide Österreich aus politischen Gründen verlassen. Edith war davor wegen der Herstellung von Flugblättern einige Monate eingesperrt. London wurde für beide in der Folge zur neuen Heimat.

Beide fühlten sich vom damals noch jungen Medium der Photographie stark angezogen und prägten dessen Entwicklung. Edith dokumentierte mit ihrem einzigartigen Blickwinkel das Leben der „einfachen Leute“ sowohl in Wien als auch in England und gilt heute als eine der Begründerinnen der „Street Photography“. Wolf

war als Photograph der „Picture Post“ einer der ersten Photojournalisten weltweit und arbeitete nach dem Krieg auch als erfolgreicher Kameramann in Hollywood.

Edith wurde in den 1950er Jahren von den englischen Behörden der Spionage beschuldigt. Auch wenn ihr nie etwas nachgewiesen werden konnte stand sie für den Rest ihres Lebens de facto unter Berufsverbot. Sie starb 1973 verarmt in Brighton. 2013 widmete ihr das Wien Museum unter dem Titel „Edith Tudor-Hart - Im Schatten der Diktaturen“ die erste große Retrospektive in Österreich.

Wolfgang kehrte rund um seinen 100. Geburtstag einige Male nach Wien zurück und wurde unter anderem im Rahmen der Viennale 2012 geehrt. Er starb hochbetagt im Jahr 2016 in London.

Auch wenn das Leben des Geschwisterpaars sehr unterschiedlich verlaufen ist, so gibt es doch etliche Gemeinsamkeiten: Beide haben sich zeitlebens für soziale Verbesserungen und gegen Unterdrückung engagiert, beide mussten deshalb ihre Heimat verlassen und beide leisteten bahnbrechende künstlerische Arbeit in der noch jungen Disziplin der Photographie.

Eine offizielle Ehrung durch die Stadt Wien wurde Beiden zu Lebzeiten versagt. Ausgerechnet in der Petzvalgasse, benannt nach einem weiteren Pionier der Photographietechnik (das „Petzvalobjektiv“ gilt als das erste lichtstarke Objektiv das gebaut wurde), möge sich nun der Kreis schließen.

Quellen:

Sonja Frank (Hg.). Young Austria: ÖsterreicherInnen im britischen Exil 1938-1945
Peter Stephan Jungk. Die Dunkelkammern der Edith Tudor Hart

BR Mathias Tausig

BRin Ursula Machold



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 15. JUNI 2023

MAßNAHMEN ZUR UMSETZUNG DES KAPITELS „KLIMAVERTRÄGLICHER VERKEHR“ DES REGIERUNGSPROGRAMMES

Die Bezirksräatinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, der Frau Bezirkvorsteherin Lea Halbwidl die folgenden Informationen zu übermitteln um diese in der Verkehrs- und Planungskommission vorzulegen und dort diskutieren zu können:

1. Eine Liste der auf der Wieden seit 2021 durchgeführten und bis Ende der Legislaturperiode noch geplanten Maßnahmen, die geeignet sind das Erreichung Regierungsziel „*die CO2-Emissionen des Verkehrssektors pro Kopf bis 2030 um 50 % reduzieren*“ zu ermöglichen.
2. Informationen, wie die Erreichung des Ziels auf der Wieden gemessen werden soll und wie weit sich die Emissionen laut diesen Kennzahlen seit Beginn der Regierungsperiode bereits reduziert haben.
3. Eine Bewertung nach den in Punkt 2 angegebenen Kriterien, wie erfolgreich die bereits getätigten Maßnahmen auf der Wieden waren.

BEGRÜNDUNG:

Die aktuelle Wiener Landesregierung hat sich im Kapitel 3.2 ihres Regierungsübereinkommens unter dem Titel „Klimaverträglicher Verkehr“ das Ziel gesetzt, die CO2-Emissionen des Verkehrssektors pro Kopf bis 2030 um 50 % reduzieren. Die Erreichung dieses Ziels bedarf umfangreicher Maßnahmen die auch die Wieden nachhaltig betreffen werden. Es ist daher nur billig, alle relevanten Vorhaben und die Evaluierungen der absolvierten Maßnahmen in der dafür zuständigen Kommission der Bezirksvertretung Wieden diskutieren zu können.

Quellen:

„Die Fortschrittskoalition für Wien“, Kapitel 3.2,
<https://www.wien.gv.at/regierungsabkommen2020/lebenswerte-klimamusterstadt/klimavertraglicher-verkehr/>

BR Mathias Tausig

Version 2 - 13.06.2023

Betrifft: Fußgängerfreundlichere Ampelschaltung am Südtiroler Platz

Die unterzeichnende Bezirksrätin Dipl.-Ing. Ingrid Köttl von der ÖVP Wieden stellt in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima möge die zuständige Magistratsabteilung 33 anweisen, die Schaltungen der Fußgängerampeln am Südtiroler Platz entlang des Wiedner Gürtels dahingehend zu überprüfen, dass dieser Kreuzungsbereich für Fußgängerinnen und Fußgänger mit weniger Wartezeiten auf Verkehrsinseln überquert werden kann.

Die Ergebnisse dieser Überprüfung sollen der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Für die Querung des Südtiroler Platzes entlang des Wiedner Gürtels sind ggf. vier Zebrastreifen-Abschnitte mit Fußgängerampeln notwendig. Dabei sind diese so geschalten, dass der Gesamtbereich immer nur mittels kurzer Zwischenetappen gequert werden kann, sodass man dann wieder auf einer teilweise recht kleinen Verkehrsinsel zwischen den Fahrbahnen auf die nächste Grünphase warten muss.

Zwar ist verständlich, dass sich auf dieser stark frequentierten Kreuzung viele Verkehrsteilnehmer (inkl. Autobusse der Linie 13A) zufriedenstellende Ampelschaltungen wünschen, doch wird hier ganz eindeutig auf die schwächsten Verkehrsteilnehmer vergessen – die Fußgängerinnen und Fußgänger, für die es unangenehm und zeitraubend ist, nur stückchenweise voran zu kommen. Besonders unverständlich ist, dass auf der gleichen Relation die Fußgänger- und Radfahrer-Ampeln unterschiedlich geschalten sind.

Betrifft: Bewässerung Bäume auf der Wieden

Die unterzeichnenden Bezirksräte Tamar Chadoian und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Magistratsabteilung 42, Wiener Stadtgärten soll den Einsatz von Schwammsteinen zur Bewässerung von Wiedner Bäumen prüfen. Das Ergebnis der Prüfung soll der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung im Umweltausschuss vorgelegt werden.

Begründung

Mit dem sogenannten „Schwammstein“ soll Regenwasser in Baumscheiben entlang von Straßenzügen eingeleitet und dadurch Bäume besser bewässert werden. Erste Tests in der Teschnergasse im 18. Bezirk verliefen laut Stadt Wien im Herbst 2021 sehr positiv, nun wird bei einem Projekt im 15. Bezirk weiter getestet.

Schwammsteine können eine nachhaltige Verbesserung des Mikroklimas durch mehr Verdunstung bringen. Bei Starkregenereignissen entlastet der Schwammstein die Kanalisation, da mehr Wasser im Boden gespeichert wird und nicht sofort abfließt.

Betrifft: Sonnenschutz bei den Sitzgelegenheiten auf der Favoritenstraße (Ecke Tilgnerstraße)

Die unterzeichnende Bezirksrätin Dipl.-Ing. Ingrid Köttl von der ÖVP Wieden stellt in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung 28 möge die Montage eines Sonnenschutzes bei den Sitzmöbeln auf der Favoritenstraße vor ONr 20/Ecke Tilgnerstraße prüfen und der Frau Bezirkvorsteherin die Möglichkeiten sowie die Kosten zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission übermitteln

Begründung

Die Sitzgelegenheiten auf der Favoritenstraße bieten eine willkommene Verweilmöglichkeit, doch sind sie leider oft der prallen Sonne ausgesetzt. Zwar sind sie im Anschluss an eine kleine Grünfläche, auf der auch Bäume gepflanzt wurden, platziert, doch es wird noch einige Jahre dauern, bis diese Bäume groß genug sind, um ausreichend Schatten spenden zu können. Bis dahin könnte ein Sonnensegel oder einen Sonnenschutz bieten.

Betrifft: Nein zu neuer Gefahrenzone in der Kreuzherrengasse – präsentierte Pläne entschärfen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die MA 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten, die MA 19 Architektur und Stadtgestaltung und die MA 28 Straßenverwaltung und Straßenbau sollen die Pläne zur „Neugestaltung der Argentinierstraße“, sofern sie die Kreuzherrengasse betreffen nach folgenden Prämissen neu erstellen:

- Fußgängerinnen- und Fußgängersicherheit insb. beim Queren der Straße auf Höhe des Hintereinganges der Karlskirche.
- Erhalt der bestehenden Grünfläche
- Erhalt aller bestehenden Parkplätze
- Geschwindigkeitsreduktion des Radverkehrs
- Keine Verkleinerung der Verkehrsfläche

Vorab soll die jeweilige Magistratsabteilung Kontakt mit dem Rektorat St. Karl Borromäus aufnehmen, um sich voll umfänglich ein Bild über die tatsächlichen Gegebenheiten machen zu können.

Begründung

Vor allem Radfahrerinnen und Radfahrer fahren bereits heute meist mit überhöhter Geschwindigkeit die Argentinierstraße stadteinwärts. Eine nahezu Ausweitung des Radhighways auf die Kreuzherrengasse würde eine neue Gefahrenzone für vor allem Fußgängerinnen und Fußgänger schaffen.

Täglich sammeln sich viele Touristinnen und Touristen vor dem Palais in der Kreuzherrengasse 1, um dieses fotografieren zu können. Pfadfinderinnen und Pfadfinder, Chöre, karitative Einrichtungen (wöchentliche Karlsküche), Ministranten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Geistliche, Reinigungskräfte, Eltern mit Täuflingen (zumeist Babys) und Restauratorinnen und Restauratoren queren täglich hunderte Male die Kreuzherrengasse, um zum Hintereingang der Karlskirche zu gelangen. Nach aktuellem Planungsstand würden sie alle durch den geplanten Umbau der Kreuzherrengasse vermehrten Gefahrensituation ausgesetzt werden.

Betrifft: Schutz der Kinder vor Radraserinnen und Radrasern vor der Evangelischen Schule am Karlsplatz – Gefahrenhotspot sofort entschärfen

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich werktags zwischen 07.15 und 08.15 Uhr für Polizeipräsenz beim Eingangsbereich vor der Evangelischen Schule am Karlsplatz aus.

Begründung

Eine rücksichtslose Radfahrerin bzw Radfahrer hat am 26. April 2023 in der Früh einen Schüler vor der Evangelischen Schule am Karlsplatz angefahren. Trotz aller Warnungen und Hinweise wurde dieser Hochrisikobereich für Kinder nie entschärft.

Ein diesbezüglicher Antrag vom 23. September 2021 der ÖVP („...Sofortmaßnahmen (zB. Bodenmarkierungen für den Radverkehr) zum Schutz der Fußgängerinnen und Fußgänger insb. Kinder vor rücksichtslosen Radfahrerinnen und Radfahrern im Bereich vor der Evangelischen Schule...“) wurde leider nie umgesetzt.

Direkt vor der Schule befindet sich eine "Straße ohne Verkehr", auf welcher das Radfahren gestattet ist. Das bedeutet, hierbei handelt es sich jedenfalls nicht um einen Radweg.

Auf der Karte, die auf der Homepage der Stadt Wien veröffentlicht ist, ist aber fälschlicherweise ein Radweg eingezeichnet und vermittelt so den Radfahrern und Radfahrerinnen, im Vorrang zu sein. Dieser Irrtum trägt sicher auch dazu bei, dass keine Rücksicht genommen wird.

Betrifft: Errichtung eines Schutzweges Argentinierstraße Höhe Wohllebengasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Magistratsabteilung 46, Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten, soll im Zuge der Neugestaltung der Argentinierstraße bei der Kreuzung/Übergang Argentinierstraße Höhe Wohllebengasse einen Schutzweg für die Fußgängerinnen und Fußgänger errichten.

Begründung

Vor allem Radfahrerinnen und Radfahrer fahren bereits heute meist mit überhöhter Geschwindigkeit die Argentinierstraße stadteinwärts. Dadurch setzen sich vor allem Fußgängerinnen und Fußgänger einer erhöhten Gefahr des Zusammenstoßes mit den Radfahrerinnen und Radfahrern aus.

In der Sitzung der Bezirksvertretung am 23. September 2021 wurde die Errichtung eines Schutzweges Argentinierstraße Höhe Taubstummengasse/Wohllebengasse beschlossen. Der Schutzweg ist mehr denn je notwendig, da der Radhighway Argentinierstraße zu noch höheren und nicht mehr zu kontrollierenden Geschwindigkeiten der Radraser führen wird. Dadurch wird das gefahrlose Queren für Fußgängerinnen und Fußgänger immer schwieriger. Die Errichtung eines Schutzweges kann helfen, solche gefährlichen Situationen zu vermeiden.

Betrifft: Sprühnebelduschen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál möge die zuständige Magistratsabteilung 34 anweisen, die Sprühnebelduschen auf der Wieden so zu betreiben, dass diese nur bei hohen Temperaturen und wenn überhaupt Personen im Nutzungsbereich anwesend sind, automatisch in Betrieb gehen.

Begründung

Der Umgang mit Trinkwasser sollte immer bewusst und sparsam sein. Es ist daher kein gutes Beispiel, besonders für die Kinder und Jugendlichen, wenn die Stadt so verschwenderisch damit umgeht.

Betrifft: Kontrolle der zeitgerechten Ankündigung von temporären Halte- und Parkverboten

Die unterzeichnenden Bezirksräte MMag. Christian Köttl und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Magistratsabteilung 46, Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten, wird ersucht die Antragstellerinnen und Antragsteller bei der Errichtung von temporären Halte- und Parkverboten vor allem in Bezug auf deren zeitgerechte vorherige Ankündigung zu kontrollieren und Verstöße umgehend anzuzeigen.

Begründung

Der gesamte Bereich Mayerhofgasse von Graf Starhemberggasse bis Wiedner Hauptstrasse wurde wegen Bauarbeiten gesperrt. Die Halte- und Parkverbote, die auch alle Anrainerparkplätze dort betreffen, gelten seit 4. Mai 2023 und die Tafeln wurden am 4. Mai 2023 aufgestellt.

Im Bereich Graf Starhemberggasse ON 2 bis ON 4 wurde ebenso ein temporäres Halte- und Parkverbot für eine Baustelle errichtet. Die entsprechenden Verbote gelten seit 8. Mai 2023 und die Tafeln wurden am Montag, 8. Mai 2023 aufgestellt.

Diese Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Autofahrerinnen und Autofahrer empfinden diese viel zu späten Ankündigungen zu Recht als Schikanen, die dazu führen, dass man am nächsten Tag ungewollt in einem Halte- und Parkverbot steht.

Betrifft: Umbau Wiedner Hauptstraße

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Im Zuge des geplanten Umbaus der Wiedner Hauptstraße soll es zu keinem Verlust an bestehenden Parkplätzen kommen.

Die Magistratsabteilung 28 soll bei der Erarbeitung der Detailpläne für die Neugestaltung der Wiener Hauptstraße auf den Erhalt aller bestehenden Stellplätze großen Wert legen.

Begründung

Die Parkplatzsituation auf der Wieden wird von Tag zu Tag schlimmer. Anrainerinnen und Anrainer verzweifeln mehr denn je, da kaum ein Tag vergeht an dem kein Parkplatz auf der Wieden verlustig wird. Für Geschäftstreibende führt diese Situation immer mehr zu wirtschaftlichen Belastungen.

Betrifft: Instandsetzung des Zaunes Wiedner Hauptstraße/Phorusgasse

Die unterzeichnende Bezirksrätin Dipl.-Ing. Ingrid Köttl von der ÖVP Wieden stellt in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky möge die zuständige Magistratsabteilung 42 anweisen, den beschädigten Zaun an der Ecke Wiedner Hauptstraße/Phorusgasse wieder instandzusetzen.

Begründung

Der niedrige Zaun, der den Bereich mit Bäumen und Büschen entlang der Wiedner Hauptstraße begrenzt, ist an der Ecke Phorusgasse (bei der dortigen Bäckerei) seit geraumer Zeit beschädigt und stellt auch eine Gefahrenquelle („Stolperfalle“) dar, wie sie auf einem stark frequentierten Schulweg problematisch sein kann.

Betrifft: Gemeinsam für unsere Wieden! Zeitgerechte Präsentation und Diskussion von Plänen zur Neugestaltung von Straßen, Plätzen, Grünflächen & Parks auf der Wieden in den (zuständigen) Ausschüssen und Kommissionen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Wieden, Mag. Johannes Pasquali, Mag. Monika Schwarzer-Beig und Mag. Philipp Meisel und der Klub von Neos stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2023 gem. der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

Resolution:

Die Wiedner Bezirksvertretung spricht sich für eine zeitgerechte Präsentation und Debatte von Plänen und Entwürfen zu relevanten Bezirksprojekten betreffend die Neugestaltung von Straßen (Oberflächengestaltung, Verkehrsführungen, etc.), Plätzen, Grünflächen & Parks in der Verkehrs- und Planungskommission bzw. im Umweltausschuss aus, sodass produktive Änderungs- und Ergänzungsvorschläge im Detail noch eingebracht, erörtert und gegebenenfalls auch eingearbeitet werden können.

Begründung:

Information bzw. Informiertheit sowie Diskussion sind entscheidende Bestandteile einer jeden lebendigen Demokratie. Wahlen zu allgemeinen Vertretungskörpern wie dem Wiener Gemeinderat und – für unseren Bezirk – der Wiedner Bezirksvertretung, Bürgerbefragungen und zahlreiche andere Arten von Bürgerbeteiligungsprozessen bieten den Bürgerinnen und Bürgern mannigfaltige Mitbestimmungsmöglichkeiten bzw. Gelegenheiten, sich auch im direkten Kontakt mit ihren Vertreterinnen und Vertretern im Bezirksparlament über die Gestaltung unseres Bezirks zu informieren.

Vor diesem Hintergrund ist es essentiell, dass auch besagte Bezirksparlamentarierinnen und Bezirksparlamentarier zeitgerecht über die aktuellen Pläne und Entwicklungsstadien der einzelnen wichtigen Bezirksvorhaben informiert sind und im Vorfeld der endgültigen Realisierung mit eigenen Ideen, aber auch vor allem mit Anregungen der Bürgerinnen und Bürger die Debatte befruchten und sich in die Projektplanungen initiativ einbringen können. Auf diese Weise können wertvolle Inputs und Verbesserungsvorschläge das Gesamtprojekt weiter optimieren, Fehlplanungen im Detail rechtzeitig erkannt und das Vorhaben im Idealfall auch auf

eine politisch breitere Basis gestellt werden – letztlich ein Mehr an Qualität in jeder Hinsicht und zum Wohl aller.

Es ist daher wünschenswert, dass Pläne und Entwürfe zu relevanten Bezirksprojekten für die Neugestaltung von Straßen (Oberflächengestaltung, Verkehrsführungen, etc.), Plätzen, Grünflächen & Parks so zeitgerecht in der Verkehrs- und Planungskommission bzw. im Umweltausschuss vorgestellt und debattiert werden, dass produktive Änderungs- und Ergänzungsvorschläge im Detail noch eingearbeitet, erörtert und gegebenenfalls auch eingearbeitet werden können.

Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndl

Und die LINKS Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 15.06.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend

Fahrradstraße Argentinerstraße – Gestaltung der Mauern des Theresianums

Die zuständige Magistratsabteilung 28 wird ersucht, mit der Stiftung "Theresianische Akademie" Kontakt aufzunehmen hinsichtlich der Gestaltung der öffentlich zugewandten Maueroberflächen der Begrenzungsmauern auf deren Grundeigentum KG 01011, Gstnr. 479/1 in EZ 110 hinsichtlich einer ansprechenden und lebensfreundlichen Gestaltung südlich Richtung Theresianumgasse bzw. einer Sanierung oder Auffrischung der Malerei östlich Richtung Argentinerstraße in Richtung des Projekts Fahrradstraße Argentinerstraße und der Möglichkeit einer öffentlich/privaten Zusammenarbeit allenfalls im Rahmen eines künstlerischen Projekts unter Einbeziehung von Schülern und lokalen Kunstschaaffenden.

Begründung:

Im Zuge der Umsetzung der Fahrradstraße Argentinerstraße wäre es wichtig für einen positiven Gesamteindruck und als Aufwertung für die Wieden mit der Stiftung „Theresianische Akademie“ dahingehend übereinzukommen, dass die Begrenzungsmauer des Theresianum Geländes Richtung Theresianumgasse ansprechend neugestaltet werden sollte. Die Begrenzungsmauer Richtung Argentinerstraße ist im Grunde ansprechend gestaltet, würde aber dringend einer Sanierung bedürfen, wobei eine allfällige Neugestaltung auch anzudenken wäre.

Wien, am 15.06.2023

Die NEOS Bezirksräte_innen
Ana Badhofer
Anna Stürgkh
Philipp Wörndle

An die
Bezirkvorstehung Wieden
z.Hd. Frau Bezirkvorsteherin Lea Halbwidl
Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 15.06.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend

Pilotprojekt zu innovativen Lösungen für Baumbewässerung

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 42 sich innovative Baumbewässerungsanlagen, wie jene von treecycle.at, als potentielle Lösung für unzugängliche und somit kostspielige Flächen, welche sich zur Begrünung anbieten, anzusehen und das Ergebnis der Frau Bezirkvorsteherin zur Behandlung in der Verkehrs- und Plabnungskommission zu übermitteln..

Begründung:

Nach positiver Antragsbeantwortung, dass eine Begrünung der Verkehrsinsel auf Höhe der Ordnungsnummer 9 in der Favoritenstraße theoretisch möglich wäre, aber mit großem Aufwand und hohen Kosten verbunden wäre, bietet sich die Chance mit neuen Pilotprojekten zukunftsfitte Lebensräume zu gestalten.

So wurde in der Paniglgasse bereits eine Finanzierung für einen Marillenbaum von treecycle.at freigegeben, welche ein Ökosystem geschaffen haben, das fähig ist sich selbst zu bewässern.

Es wäre daher sehr spannend für die Bezirksvertretung auf der Wieden, mehr von dem Konzept des jungen Start-ups und gleichzeitig der Expertise der Magistratsabteilungen in der Verkehrs- und Planungskommission zu hören.

Wien, am 07.06.2023

Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 15.06.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend

Transport-Räder ins Wien Mobil Leihradsystem integrieren

Der Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky und der Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke, als Eigentümervertreter der Wiener Linien, sowie gegebenenfalls weitere zuständige Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu überprüfen, ob auf der Wieden ein Pilotversuch zur Integration von Cargobikes in die Flotte der Wien-Mobil Bikes möglich ist.

Begründung:

Viele Alltags-Radfahrer:innen greifen für kleinere Transportfahrten auf das Auto zurück, und sorgen somit für zusätzlichen innerstädtischen Auto-Verkehr. Viele dieser kleineren Transportfahrten könnten durch frei verfügbare Leih-Cargo-Bikes mit mittlerer Ladekapazität eingespart werden. Gerade auf kurzen Strecken könnte so in den innerstädtischen Bezirken ein Teil des Autoverkehrs auf die umweltfreundliche Radmobilität verlagert werden.

Die Stadt Mannheim hat in Zusammenarbeit mit dem Stadtrad-Verleiher Next, bereits Cargobikes in die dortige städtische Leihradflotte integriert. Da das Wien Mobil - Leihradsystem auf dem System desselben Anbieters basiert, könnte Wien das auch ausprobieren.

Daher schlagen wir vor die Wieden und angrenzende Bezirke wie Mariahilf, Margareten und Neubau als Pilotbezirke für die Integration von Cargobikes in die städtische Leihradflotte von Wien Mobil auszuwählen und den Fuhrpark durch Cargo-Räder mit mittlerer Transportkapazität zu ergänzen.

<https://www.cargobike.jetzt/nextbikes-startet-lastenrad-sharing-in-mannheim/>

Wien, am 08.06.2023

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 den folgenden

ANTRAG**betreffend****ÖKO-KLO FÜR SPIELPLATZ IM ALOIS-DRASCHE-PARK**

Der Amtsführende Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky wird gebeten, die zuständige Magistratsabteilung 42 zu beauftragen, im Alois-Drasche-Park in unmittelbarer Nähe zum Spielplatz oder am Spielplatz selbst die Möglichkeit der Aufstellung eines Ökoklos zu prüfen und ggf. umzusetzen.

BEGRÜNDUNG

Es gibt im unteren Teil des Alois-Drasche-Parks Höhe Seisgasse eine öffentliche Toilette, diese ist oft stark verschmutzt und vom Spielplatz doch etwas abgelegen.

Deshalb stellt sie für die vielen Eltern mit Kleinkindern im Park eine ziemliche Herausforderung dar. Alle Eltern wissen, dass Kleinkinder oft erst spät mitteilen, dass sie einen Bedarf haben. Es muss dann rasch gehen.

Elternteile müssen erst sämtliche Kinder und alle Siebensachen zusammenpacken, um die bestehende entlegene WC-Anlage aufzusuchen, denn es besteht keine Sichtverbindung zwischen der bestehenden WC-Anlage und dem Spielplatz. Eltern können weder Kinder noch Sachen unbeaufsichtigt auf dem Spielplatz zurücklassen, während sie den Gang zum Klo antreten.

Ein Öko-Klo in unmittelbarer Nähe oder am Spielplatz würde den Eltern und ihren Kindern den Aufenthalt buchstäblich erleichtern.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 den folgenden

ANTRAG**betreffend****KONZEPT ZUR VERKEHRSBERUHIGUNG AUF DER WIEDEN**

Die zuständige amtsführende Stadträtin Mag^a Ulli Sima wird ersucht, die betreffenden Magistratsabteilungen zu beauftragen, ein Konzept zur Verkehrsberuhigung, vor allem betreffend der Reduzierung des aktuellen Autoaufkommens im massiven Durchzugverkehrs auf der Wieden zu erstellen.

BEGRÜNDUNG

Die kleine Wieden hat gleich einige Hauptverkehrsadern bzw. Durchzugsverkehrsstraßen: Rechte Wienzeile, Wiedner Hauptstrasse, Margaretenstrasse, Favoritenstrasse, Operngasse, etc. und ist werktags inklusive Samstag oft eine Verkehrshölle mit vielen Staus und Stress, die Umwelt und die Bezirksbevölkerung extrem belasten.

Es gab zwar immer wieder Studien zu Verkehrsberuhigungen in einzelnen Grätzeln, aber bisher noch keine Gesamtstudie.

Es entsteht ein Fleckerl- - besser gesagt - Flickteppich, der zu keiner echten Entlastung sowie Erhöhung der Aufenthalts- und Lebensqualität der Bezirksbevölkerung führt.

Die Stadt Wien strebt als Klimaziel bis 2030 eine Verminderung des Durchzugsverkehrs um 50% an. Dafür bleiben uns gerade mal sieben Jahre Zeit.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 den folgenden

ANTRAG**betreffend****ZWANGSARBEITER*INNEN-LAGER WIEDEN**

Die zuständige amtsführende Stadträtin Maga Veronica Kaup-Hasler wird ersucht, den Bezirk dabei zu unterstützen, die Vergangenheit des Bezirkes während der NS-Zeit weiter aufzuarbeiten. Sie möge ein Erinnerungsprojekt für die ehemaligen Zwangsarbeiter*innen-Lager auf der Wieden entwickeln und dafür die finanzielle Deckung aus Mitteln des Zentralbudgets prüfen.

BEGRÜNDUNG

Auf der Wieden Bezirk befindet sich noch einiges an Vergangenheitsbewältigung in einer Art Dauerwarteschleife, die leider typisch für diese Stadt und dieses Land ist: das Mahnmal in der Schwindgasse (ehemaliges Reichskriegsgericht LINKS Antrag vom März 2022), Kontextualisierung Wandgemälde Faulmannngasse (Mehrparteienantrag vom März 2021 auf meine Anfrage vom Juni 2020 hin).

Jede Wahl - egal ob lokal oder bundesweit - zeigt aufs Neue, dass weder die Vergangenheitsbewältigung noch die Entnazifierung in Wien und Österreich ausreichend stattgefunden haben. Die antisemitischen, rassistischen Sager und immer wieder Wahlzugewinne der FPÖ - einer rechtsextremen Partei - sind dadurch auch zum großen Teil zu erklären.

Auf der Wieden gab es zumindest 8 Zwangsarbeiter*innen-Lager. Das größte davon befand sich im Freihaus Wiedner Hauptstrasse 8 - 10/Operngasse 13, also gleich gegenüber des besagten Nazi-Wandrelief in der Faulmannngasse. Hier ließe sich eine erinnerungsgeschichtliche Brücke über die Operngasse schlagen - *Arbeitsethos der Nazis und Zwangsarbeiter*innen*.

https://www.bda.gv.at/dam/jcr:f9cf741d-120d-493b-9693-e3e5043f1b99/Katalog%20NS-Opferorte_Stand%20J%C3%A4nner%202022_BF.pdf

Heute befindet sich an der Stelle das Freihaus der TU. Viele der Student*innen haben wie viele Bewohner*innen im Bezirk keine Ahnung, welche Rolle die Wieden vor und während des NS-Regimes gespielt hat.

Früher haben Viele behauptet, nichts gewusst zu haben, was nicht stimmte. Es war eine Ausrede. Heute wissen Viele nichts, weil nichts bzw. zu wenig an die Schuld und an die Gräuel von damals erinnert.

Ein Link allein tut es nicht:

<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Zwangarbeit>

So hat der Versöhnungsfonds Österreich von 2000 - 2005 z. B. gerade mal an NEUN ehemaligen Zwangsarbeiter*innen aus Jugoslawien ein kleines Sparbuch überreicht. Für die meisten der an die 600.000 zivilen Zwangsarbeiter*innen aus allen Ländern kam das viel zu spät, sie waren bereits verstorben. Die meisten Geschichten wurden gar nie aufgearbeitet. Anhand einiger persönlicher Geschichten, eines guten Konzeptes und bei echtem politischen Willen ließe sich zu dem Thema auf der Wieder einiges umsetzen.

Denn Erinnerungsarbeit darf sich nicht nur in alljährlichen Kranzniederlegungen zu Wort melden. Es geht vor allem um eine gute und enge Zusammenarbeit von Politik, Institutionen und Zivilgesellschaft.

Gemeinsam wider das Vergessen!

Gemeinsam wider das Vertuschen!

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 15. Juni 2023 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

ANRECHT AUF BEZAHLBARES WOHNEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für ein Anrecht auf bezahlbares Wohnen im Bezirk aus.

BEGRÜNDUNG

Die Wieden bedient zunehmend das Luxussegment am Wohnungsmarkt in Wien.

Ob in der Kettenbrückengasse (Fusion), Wiedner Hauptstrasse, Argentinerstrasse (Rhomberg) oder Favoritenstrasse (Quartier Starhemberg) etc - der Wohnraum im Bezirk wird immer knapper und unleistbarer, sowohl auf dem privaten Wohnungsmarkt, als auch im geförderten Wohnbau.

Durch die hohe Inflation und vermehrte Mietzinserhöhungen kommen in den letzten Monaten immer mehr Menschen des Bezirks in die Situation, dass sie ihre Wohnkosten nicht mehr decken können. Es drohen Schulden, hohe Neuanmietungskosten, teure Umzüge und/oder Wohnungslosigkeit.

Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis wie Kleidung und Nahrung. Wohnen steht für Sicherheit. Vor allem in unsicheren, schweren Zeiten wiegt Sicherheit mehr als sonst. Das Recht auf Wohnen beinhaltet mehr als nur ein Dach über dem Kopf zu haben. Der Wohnraum muss laut UN-Sozialpakt auch angemessen sein. Ob Wohnraum angemessen ist, bemisst sich an sieben Kriterien. Ein Kriterium davon ist die **Bezahlbarkeit des Wohnraums**.

Die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend leistbarem Wohnraum zählt zu den wichtigsten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

Die Kommunalpolitiker:innen sollten nicht nur passive Zuseher:innen sein, denen „alle Hände“ gebunden sind. Eine Willensäußerung auf Anerkennung des Grundrechts auf Wohnen im Bezirk ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

Jeder Mensch im Bezirk hat das Recht auf angemessenen Wohnraum.

Das Menschenrecht auf Wohnen ist Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard, wie es in Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) verbrieft ist.

Mag^a Amela Pokorski

Version 1 - 09.06.2023

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 28. SEPTEMBER 2023**



AUFSUCHENDE SOZIALARBEIT FÜR ST. ELISABETH PLATZ

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker wird ersucht regelmäßig stärkere Unterstützung der Obdachlosen durch aufsuchende Sozialarbeit für den St. Elisabeth-Platz zur Verfügung zu stellen.

BEGRÜNDUNG:

Eine männliche Gruppe benötigt dringend Hilfe, um ihren Alltag besser bestreiten zu können. Regelmäßige Gesprächs- und Hilfsangebote sind notwendig, um diesen Menschen bessere Perspektiven aufzuzeigen. Probleme mit anderen Nutzer:innen des Platzes sollen aktiv angesprochen werden, um das Verständnis wechselseitig zu erhöhen und ein besseres Zusammenleben Aller zu schaffen.

Barbara Neuroth

Karin Stanger

Bezirksrätin

Bezirksrätin

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die freie Bezirksrätin Eveline Dürre den nachstehenden

Antrag

betreffend

Ausweitung Betreuungsangebot Wiedner Sommerwochen

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 13, in Abstimmung mit der Parkbetreuung und der Frau Bezirksvorsteherin die Zahl der Betreuungsplätze für die Wiedner Sommerwochen unter Beibehaltung höchster Qualitätsansprüche auszubauen.

Begründung

Die Wiedner Sommerwochen bieten seit rund zehn Jahren Kindern berufstätiger Eltern eine erstklassige Betreuung während der neunwöchigen Schulferien. Während der Corona-Pandemie wurde zur Minimierung des Ansteckungsrisikos die Gruppengröße halbiert und das Personal entsprechend aufgestockt. Das seither bewilligte Zusatzbudget soll auch künftig den Kindern und Familien zu Gute kommen und auch nach dem Auslaufen erhöhter Sicherheitsstandards beim Gesundheitsschutz für eine Ausweitung des Platzangebots genutzt werden, um der hohen Nachfrage berufstätiger Eltern und ihrer Kinder gerecht zu werden.

Betrifft: Bäume Phorusgasse

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 28. September 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadtrat Jürgen Czernohorszky wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung 42 anzuweisen, die Bäume in der Phorusgasse regelmäßig zu pflegen

Begründung

Der derzeitige Zustand der Bäume in der Phorusgasse macht Grund zur Sorge. Sie machen einen wenig gesunden und gepflegten Eindruck, was kein Beitrag zu einem schönen Stadtbild ist.

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 den folgenden

ANTRAG

betreffend

BEGRÜNUNG WARTEHÄUSCHEN 59A PRESSGASSE

Der zuständige amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke KR Peter Hanke, wird ersucht, gemeinsam mit den Wiener Linien zu prüfen, ob das Wartehäuschen der Autobuslinie 59A Richtung Philadelphiabrücke auf der Margartenstrasse nachhaltig begrünt werden kann.

BEGRÜNDUNG

Kletterpflanzen und bunte Blumen bilden in Wien bereits an einigen Stationen ein kühlendes Dach. Es handelt sich dabei um eine begrüßenswerte Cooling-Maßnahme der Wiener Linien.

Siehe <https://www.wienerlinien.at/begr%C3%BCnte-warth%C3%A4uschen>

Die Wieden ist ein Bezirk mit einem der geringsten Grünanteile Wiens.

Ein cooles Wartehäuschen verschafft den hitzegeplagten, wartenden Menschen eine kurze Verschnaufpause und angenehmere Wartezeit, weil es die unmittelbare Umgebung runterkühlt.

Außerdem sieht es cool aus.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 den folgenden

ANTRAG

betreffend

COOLER MOZARTPLATZ

Die zuständigen Stadträt:innen Mag.^a Ulli Sima und Mag. Jürgen Czernohorszky werden ersucht, die zuständigen Dienststellen zu beauftragen, den Mozartplatz zumindest teilweise zu entsiegeln und zu begrünen.

BEGRÜNDUNG

Der Mozartplatz ist komplett versiegelt.

LINKS Wieden hat in den letzten beiden Jahren mit Aktionen auf diesen absoluten Hitzeplatz hingewiesen.

Der Platz strahlte auch im Sommer 2023 enorme Hitze an die Umgebung ab.

Die einzige Abkühlung ist der Brunnen. Die wenigen Palmen, die in Trögen am Platz stehen, bieten weder Schatten noch Abkühlung. Sie sollen wohl ein Flair eines Sommerparadieses vermitteln, das keines ist.

Begrünungen stellen eine dem Klimawandel angepasste Maßnahme dar.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski , der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 den folgenden

ANTRAG

betreffend

COOLE ZONEN

Der Amtsführender Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky wird ersucht den Pilotversuch „Coole Zonen“ auf die Wieden auszuweiten.

BEGRÜNDUNG

Der Sommer 2023 hat uns wieder vor Augen geführt, dass Hitzewellen mit mittleren Maximaltemperaturen von über 30°C immer häufiger und intensiver auftreten. Insbesondere für gesundheitlich vorbelastete Menschen bergen solche langen Hitzephasen beträchtliche Risiken, wie die Zahlen für die Hitze-assoziierte Übersterblichkeit („Hitzetote“) in den letzten Jahren zeigen. Auf der dicht verbauten Wieden, im Zentrum Wiens und somit in größerer Entfernung von für Abkühlung sorgenden Gewässern und Grüngelänen, gestaltet sich die Situation besonders akut. Bei Menschen, die in überhitzten Wohnungen leben oder von Wohnungslosigkeit betroffen sind, ist der Bedarf nach schnell und leicht zugänglichen Orten der Abkühlung besonders hoch und essentiell. Daher ist es wichtig, dass zur Sommerzeit kühlende Räumlichkeiten kostenfrei, konsumfrei und barrierefrei zur Verfügung stehen.

Die Stadt Wien hat dazu bereits ein wichtiges Pilotprojekt gestartet, das auch auf den vierten Bezirk ausgedehnt werden sollte.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend die

Dauerhafte Attraktivierung der Buslinie 59A

Der zuständige Amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, KommR Peter Hanke, wird gebeten, die Wiener Linien um Überprüfung der Möglichkeit zu ersuchen, die für die Dauer des Umbaus der Wiedner Hauptstraße geplante Umstellung der Buslinie 59A auf den Betrieb von Gelenksbussen, unter Beibehaltung der bestehenden Fahrplanintervalle, auch zu den Randzeiten und am Wochenende, dauerhaft einzurichten.

Begründung

Die Buslinie 59A fährt von der Oper zum Bahnhof Meidling und weist dabei pro Fahrtrichtung drei Stationen auf der Wieden auf. Sie ist eine stark frequentierte Linie, die für die überregionale wie innerbezirkliche Mobilität von großer Bedeutung ist. Die Wiener Linien planen, die Buslinie während der Umbauarbeiten auf der Wiedner Hauptstraße auf den Betrieb eines Gelenksbusses umzustellen, um ein größeres Fahrgastaufkommen befördern zu können. Diese Umstellung würde die Buslinie in ihrer Qualität bei dauerhaftem Betrieb deutlich erhöhen, weswegen sich die Bezirksvertretung Wieden dafür aussprechen möge.

Betrifft: Drogen Hotspot Blechturmstraße entschärfen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Wieden, Mag.^a Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 28. September 2023 gem. der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

RESOLUTION:

Die Wiedner Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass der Verein Help U - Suchthilfe Wien gemeinnützige GmbH im Bereich der 18er Haltestelle Blechturmstraße tätig wird.

Begründung

Besorgte Anrainerinnen und Anrainer berichten von einem neuen Drogen-Hotspot im Bereich der 18er Haltestelle Blechturmstraße. Oftmals kommt es zu Drogenkonsum im Haltestellenbereich, wie die Fotos illustrieren. Gezielte szene- und stadtteilorientierte Jugendarbeit könnte helfen die Situation zu entschärfen.



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

ECHTE GLEICHBERECHTIGUNG IN DER POLITISCHEN TEILHABE

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für eine echte Gleichberechtigung in der politischen Teilhabe im Bezirk aus.

BEGRÜNDUNG

Österreich ist im aktuellen Global Gender Gap Report 2023 auf Platz 47 von 146 Ländern abgerutscht. Quelle: <https://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2023>

Damit meldet das Weltwirtschaftsforum eine dramatische Verschlechterung der Situation der Gleichstellung von Männern* und Frauen* in Österreich. Wir sind gleich um 26 Plätze im Vergleich zum Vorjahr im Ranking abgefallen.

Um eine Frauengeneration wurden wir in Österreich bezüglich der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zurückgeworfen. Wenn wir so weitermachen wie bisher, brauchen wir noch 132! Jahre bis zur echten Gleichstellung und Gleichberechtigung. Das WEF führt das u.a. auf den gesunkenen Anteil an Ministerinnen in der türkisgrünen Regierung zurück.

Während wir einen Mix an Maßnahmen auf allen Ebenen brauchen, die tatsächliche Gleichstellung im Vordergrund haben, sollten wir als Politiker:innen aktiv dafür Sorge tragen, dass es zumindest in der Politik eine echte Parität auf den Wahllisten, in den Vorsitzen und Mitgliedern von Ausschüssen und Kommissionen, vor allem jenen mit Sitzungsgeldern! ☺ sowie in allen Gremien des Bezirkes gibt.

Die Redezeit in den Bezirksvertretungssitzungen weist eine hohe Ungleichheit zu Ungunsten der 22 Mandatarinnen der Wieden auf. Wenn wir die Debattenredner:innen-Listen in

den Protokollen ansehen, sehen wir, welches Geschlecht hauptsächlich die Debatten, damit auch den Raum, die Zeit der Bezirksvertretungssitzungen und den Weg der bzw. die Entscheidungsfindung selbst bestimmt - es sind die Männer*.

Was fürs Bezirksparlament gilt, soll auch für alle Partizipationsprozesse im Bezirk gelten. Frauen müssen mindestens zu gleichen Teilen wie die Männer mitreden, mitentscheiden und mitgestalten.

Mag^a Amela Pokorski

Betrifft: Ende Veranstaltungen Karlsplatz - 22.00 einhalten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Wieden, Mag.^a Tamara Chadoian und Mag. Johannes Pasquali stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 28. September 2023 gem. der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

RESOLUTION:

Die Wiedner Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass alle Veranstaltungen und Events am Karlsplatz tatsächlich um spätestens 22:00 Uhr enden.

Begründung

Immer mehr direkt betroffene Anrainerinnen und Anrainer beschweren sich, dass die diversen Veranstaltungen und Events am Karlsplatz nicht wie vorgesehen um 22:00 Uhr enden. Auch danach kommt es zu massiven Lärmbelästigungen, was die Lebensqualität einschränkt.

Betrifft: Entfernung Ladezone Weyringergasse 31

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 28. September 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 46 wird ersucht, die Ladezone vor der Weyringergasse 31 zu entfernen.

Begründung

Da der für die seinerzeitige Genehmigung der Ladezone angeführte Grund nunmehr weggefallen ist, erscheint ein weiteres Bestehen nicht sachlich gerechtfertigt, zumal durch diverse verkehrspolitische Maßnahmen in den vergangenen Jahren vor allem im Bereich Obere Wieden/Weyringergasse massiv Parkplätze zu Lasten der Bevölkerung weggefallen sind.

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

ERINNERUNGSPOLITIK WIEDEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für eine kontinuierliche und konsequente Erinnerungspolitik auf der Wieden aus.

BEGRÜNDUNG

Die Wieden hat schon einiges in Bezug auf die Erinnerungspolitik geleistet.

Dennoch wartet noch Vieles auf die Umsetzung, was die Bezirksvertretung Wieden an Anträgen und Vorhaben angenommen und sich vorgenommen hat:

- 78 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges soll es endlich zur Kontextualisierung des Nazi-Wandbildes in der Operngasse/Faulmannngasse kommen. Auf Initiative von LINKS im März 2021 am Kühnplatz und im Haus selbst, sowie der größeren Bekanntmachung des Themas durch LINKS in den (Sozialen) Medien kam es zu einem Mehrparteienantrag im gleichen Monat. Di-verse Anfragen und Initiativen des Bezirkes haben bisher nicht zum gewünschten Ergebnis geführt.
Sollte die Eigentümerin, die Hallmann Corporate Group, das Wandbild im Zuge einer Sanierung des Wohnhauses vernichten und damit für die Nachwelt verschwinden lassen wollen, soll der Bezirk mit allen Mitteln und der Hilfe der Stadt und des Wien Museums das Bild für erinnerungspolitische Zwecke retten.
- Das Mahnmal in der Schwindgasse (Antrag von LINKS im März 2022) wurde bisher nicht errichtet. Eine Umsetzung in Kooperation mit der Bulgarischen

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 28. SEPTEMBER 2023**



ERSATZRADWEGE WÄHREND DER BAUARBEITEN ARGENTINIERSTRASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, für alle Bauabschnitte sichere, ausreichend dimensionierte und gut beschilderte Umleitungen oder Ersatzrouten für den Radverkehr zu schaffen.

BEGRÜNDUNG:

Bei den aktuellen Vorbereitungsarbeiten wird deutlich, dass beim Sperren des Radweges keinerlei Augenmerk auf sichere Ersatzrouten gelegt wird. Die Argentinierstraße zählt zu den wichtigsten Radwegen Österreichs und wurde in den letzten Wochen zum Teil ersatzlos für Radfahrende gesperrt. Nicht nachvollziehbar aufgestellte Hütchen und keinerlei Hinweisschilder, auf welcher Seite man fahren sollte, waren bis jetzt gängige Praxis. Die Bauarbeiten auf der Argentinierstraße werden noch mehr als ein Jahr andauern, und ab sofort muss gewährleistet sein, dass zu jedem Zeitpunkt für beide Fahrtrichtungen ein ausreichend breiter, sicherer und klar erkennbarer Ersatz-Radweg zur Verfügung steht.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 28. SEPTEMBER 2023**



**FACHBAUAUFSICHT FÜR BÄUME BEI DEN
UMBAUARBEITEN IM NAHBEREICH DER ALLEEBÄUME IN DER WIEDNER
HAUPTSTRASSE**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46, sowie 42 werden gebeten bei der Sanierung und Begrünung der Baumreihe in der Wiedner Hauptstraße entlang des Radweges eine Fachbauaufsicht zuzuziehen.

BEGRÜNDUNG:

Der Baumbestand aus Linden in der Wiedner Hauptstraße ist teilweise schon recht alt, die Bäume sind mit den Unterbauten der Schrägparkbuchten wahrscheinlich stark verwurzelt. Das Erdmaterial ist extrem verdichtet, weshalb händische Grabungsarbeiten notwendig sein werden, um die Oberflächenwurzeln nicht zu beschädigen. Dabei kann eine Substratverbesserung in den Boden eingebracht werden.

BRin Barbara Neuroth

Betrifft: Fassadenbegrünung Gemeindebau Goldeggasse 24

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 28. September 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Vizebürgermeisterin und Amtsführende Stadträtin Kathrin Gaál wird ersucht, eine Fassadenbegrünung des Wohnhauses der Stadt Wien Goldeggasse 24/Ecke Argentinierstraße zu beauftragen.

Begründung

Fassadenbegrünungen schaffen ein besseres Mikroklima und haben positive Auswirkungen auf die Lebensqualität der Anrainerinnen und Anrainer. Fassadenbegrünungen sind optisch ansprechend und stellen darüber hinaus eine wirksame Maßnahme gegen die sommerliche Überhitzung dar, da Pflanzen einen isolierenden sowie kühlenden Effekt haben und gleichzeitig Staub sowie CO2 binden.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 28.09.2023

GRÜNPFEIL BEI AMPELN

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, das Rechtsabbiegen bei Rot bzw. das Geradeausfahren bei Rot für den Radverkehr laut beiliegender Liste zu prüfen und gegebenenfalls zu verordnen.

BEGRÜNDUNG:

Durch die seit 1.10.2022 gültige 33. Novelle der Straßenverkehrsordnung wurde eine rechtliche Möglichkeit geschaffen, das Rechts-Abbiegen bzw. Geradeausfahren für Radfahrer*innen bei einer roten Ampel zu erlauben. Zumaldest sofern eine entsprechende Zusatztafel - der sogenannte Grünpfeil für das Rad (StVO §54 (5n)) - an der betreffenden Ampel angebracht ist. Das soll verhindern, dass der Radverkehr, den wir ja alle fördern wollen, unnötig lange an roten Ampeln warten muss. Nach einem kurzen Halt kann die Fahrt wie bei einem Stoppschild sicher fortgesetzt werden.



Auf Grund von vielen positiven Rückmeldungen, dass das Abbiegen bzw. Geradeausfahren bei Rot, unter Einhaltung der geltenden Regeln, kein Gefahrenpotential in sich birgt und den Radverkehr beschleunigt und attraktiver macht, ist das Bemühen der Grünen Wieden, diese Lösung überall dort umzusetzen, wo diese sicher erscheint.

Pascal Riepl

Bezirkvorsteherin Stellvertreter

Überprüfung der nachfolgenden Ampeln auf:

Rechtsabbiegen bei Rot

Rechte Wienzeile in die Schleifmühlgasse

Rechte Wienzeile in die Faulmanngasse

Faulmanngasse auf die Busspur Operngasse

Busspur Margaretenstraße stadtauswärts in die Schleifmühlgasse Richtung Wienzeile

Schleifmühlgasse Richtung Wiedner Hauptstraße auf die Busspur Margaretenstraße

Margaretenstraße stadteinwärts in die Schleifmühlgasse Richtung Wiedner Hauptstraße

Favoritenstraße stadteinwärts auf den Radweg Gußhausstraße

Mayerhofgasse auf den Radfahrstreifen Favoritenstraße stadtauswärts

Favoritenstraße stadteinwärts in die Belvederegasse

Phorusgasse auf den Mittersteig

Mittersteig in die Phorusgasse

Lamprechtgasse auf die Wiedner Hauptstraße stadtauswärts

Favoritenstraße stadtauswärts in die Kolschitzkygasse

Weyringergasse auf den Radweg Argentienierstraße

Mommsengasse stadtausärts auf die Weyringergasse

Weyringergasse auf den Radfahrstreifen Mommsengasse stadteinwärts

Prinz- Eugen-Straße stadtauswärts auf den Radweg Wiedner Gürtel

Mommsengasse auf den Radweg Wiedner Gürtel

Radweg Wiedner Gürtel in die Mommsengasse

Äußerer Wiedner Gürtel auf den Radweg Laxenburgerstraße

Innerer Wiedner Gürtel auf den Radweg Favoritenstraße

Geradeaus bei Rot

Favoritenstraße stadteinwärts auf Höhe Taubstummengasse

Favoritenstraße stadteinwärts auf Höhe Mayerhofgasse

Prinz-Eugen-Straße stadtauswärts auf Höhe Plößlgasse



ANTRAG ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 28. SEPTEMBER 2023

KONTEXTUALISIERUNG DES EHEMALIGEN ZWANGSARBEITER:INNENLAGERS VIKTORGASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden und die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag^a Veronica Kaup-Hasler wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, in unmittelbarer Nähe des Hauses Viktorgasse 7 eine Kontextualisierung über die Nutzung des Gebäudes als NS-Zwangsarbeiterlager zwischen 1942 und 1945 anzubringen.

BEGRÜNDUNG:

Auf der Wieden gab es während der NS-Diktatur etliche Zwangsarbeiter:innenlager. Die Aufarbeitung und Kontextualisierung dieses Teils unserer Geschichte ist unumgänglich.

BR David Rechberger

Mag^a Amela Pokorski

BR Fabian Setznagel

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

Kühlungsmaßnahmen im Kindergarten Favoritenstraße

Die zuständigen Magistratsabteilungen 10 und 34 werden ersucht, in Abstimmung mit der Kindergartenleitung, den Elternvertreter:innen und der Bezirksvorstehung Wieden kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur besseren Beschattung und Kühlung der Terrasse und der Gruppenräume im Kindergarten Favoritenstraße 18 zur Umsetzung vor dem Sommer 2024 zu prüfen und der Bezirksvorsteherin darüber zu berichten, um eine weitere Erörterung in der Sozialkommission zu ermöglichen.

Begründung

Länger werdende Hitzeperioden stellen aufgrund der bestehenden Bausubstanz für alle Einrichtungen im Wiedner Amtshaus eine Herausforderung dar. Seitens der Magistratsabteilung 34 werden bereits seit Längerem mögliche fassadenseitigen Sanierungsmaßnahmen geprüft und wäre dies mittelfristig eine notwendige und sinnvolle Maßnahme. Um Verbesserungen insbesondere im Bereich des Kindergartens noch vor allfälligen umfassenderen Sanierungsmaßnahmen an der Fassade, die sicherlich einen mehrjährigen Zeitraum für Planung und Umsetzung in Anspruch nehmen, zu erreichen, sollen bereits davor Maßnahmen gesetzt werden. Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl hat bereits im Sommer die beteiligten Dienststellen, die Kindergartenleitung und Elternvertreter:innen zu einem Gespräch eingeladen. Die Magistratsabteilungen 10 und 34 werden von der Bezirksvertretung ersucht, auch kurzfristig umsetzbare Maßnahmen mit Hochdruck zu prüfen und für eine Umsetzung vor dem Sommer 2024 vorzubereiten. Neben zusätzlichen Beschattungsmaßnahmen auf der Terrasse und hitzeabweisender Auflagen für den vorgeschriebenen Bodenbelag sollen auch Maßnahmen für eine Kühlung der Räume durch zusätzliche Beschattung und andere Kühlungsmaßnahmen untersucht werden. Sobald die entsprechenden Prüfmaßnahmen abgeschlossen sind, sollen die entsprechenden Ergebnisse in der Sozialkommission präsentiert werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

Entwicklung von Nutzungskonzepten für Argentinierstraße und Wiedner Hauptstraße

Die zuständige Magistratsabteilung 19 wird ersucht, die Entwicklung von Nutzungskonzepten und Zonierungsplänen im Sinne des §1b Gebrauchsabgabengesetz für die neu gestalteten Straßenzüge in der Argentinierstraße und der Wiedner Hauptstraße in Abstimmung mit der Frau Bezirksvorsteherin und unter Einbeziehung der Anwohnenden zu prüfen.

Begründung

Die Neugestaltungsmaßnahmen in der Argentinierstraße und der Wiedner Hauptstraße bringen nach Abschluss der Bauarbeiten wesentliche Verbesserungen in der Gestaltung des öffentlichen Raums für alle Anwohnenden mit sich. Die Attraktivierung des öffentlichen Raums, höhere Verkehrssicherheit und mehr Komfort für Fußgänger:innen und Radfahrende werden eine bessere Nutzbarkeit des öffentlichen Raums mit sich bringen. Sie werden gleichzeitig durch die damit verbundene Verkehrsberuhigung auch die Nachfrage nach der kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raums erhöhen. Um eine geordnete und vorausschauenden Gestaltung der Nutzung des öffentlichen Raums zu ermöglichen, sieht das Gebrauchsabgabengesetz die Möglichkeit vor, Nutzungskonzepte und Zonierungspläne auszuarbeiten, um transparente Spielregeln zu schaffen und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Mit dem Start der Umgestaltungsmaßnahmen erschien es sinnvoll, auch entsprechende Planungsarbeiten für solche Nutzungskonzepte in Angriff zu nehmen. Dabei sollten die Anwohnenden nach der Beteiligung an der baulichen Ausgestaltung auch aktiv in die Planung dieser Spielregeln für die künftige Nutzung des öffentlichen Raums einbezogen werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend

Piktogramme Wohnstraße Schlüsselgasse

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständige Magistratsabteilung 28, in der bestehenden Wohnstraße Schlüsselgasse im Einfahrtsbereich Ecke Mayerhofgasse und vor dem Kindergarten in ONr 3 Wohnstraßen-Piktogramme auf der Fahrbahn anzubringen.

Begründung

Die Schlüsselgasse ist seit vielen Jahren Wohnstraße und sowohl im Einfahrtsbereich durch Gehsteigvorziehungen, als auch im unteren Bereich baulich entsprechend ausgestaltet. Piktogramme im Einfahrtsbereich und unmittelbar vor dem Kindergarten können zur weiteren Erhöhung der Verkehrssicherheit in diesem Bereich eine wichtige Ergänzung darstellen.

Betrifft: Polizeipräsenz vor dem Eingangsbereich der Evangelischen Schule am Karlsplatz

Die unterzeichnenden Bezirksräte DI Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 28. September 2023 folgende

RESOLUTION

Die Bezirksvertretung spricht sich werktags zwischen 07:15 und 08:15 Uhr für Polizeipräsenz vor dem Eingangsbereich vor der Evangelischen Schule am Karlsplatz aus.

Begründung

Eine Radraserin/ein Radraser hat am 26. April 2023 in der Früh einen Schüler vor der Evangelischen Schule am Karlsplatz angefahren. Trotz aller Warnungen und Hinweise wurde dieser Hochrisikobereich für Kinder nie entschärft.

Ein diesbezüglicher Antrag vom 23. September 2021 der ÖVP („...Sofortmaßnahmen (zB. Bodenmarkierungen für den Radverkehr) zum Schutz der Fußgängerinnen und Fußgänger insb. Kinder vor Radraserinnen und Radrasern im Bereich vor der Evangelischen Schule...“) wurde leider nie umgesetzt.

Auch wenn die Magistratsabteilung 46 („nach der Kundmachung der Begegnungszone keine weitere verkehrstechnische Maßnahme vorgesehen oder auch bekannt, welche eine Verbesserung der Situation erzielen kann“) weitere Maßnahmen für mehr Sicherheit für die Schülerinnen und Schüler vor der Schule ablehnt, bringt Polizeipräsenz werktags zwischen 07:15 und 08:15 Uhr beim Eingangsbereich vor der Evangelischen Schule am Karlsplatz mehr Sicherheit.

Vor zahlreichen Schulen und Schulwegen in ganz Österreich schafft Polizeipräsenz mehr Sicherheit für die Schülerinnen und Schüler. Warum ausgerechnet vor der Evangelischen Schule am Karlsplatz dem nicht so sein sollte, erscheint unlogisch.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte und die freie Bezirksräatin Eveline Dürre den nachstehenden

Antrag

betreffend

Regenbogenzebrastreifen Plößlgasse

Die zuständige Magistratsabteilung 28 wird ersucht, bei der im Zuge der Änderungen der Verkehrsorganisation rund um das Projekt Argentinerstraße geplanten Schaffung eines Fußgänger:innen-Übergangs über die Plößlgasse/Ecke Prinz-Eugenstraße den Schutzweg als Regenbogenzebrastreifen auszuführen.

Begründung

Die Bezirksvertretung Wieden hat bereits an mehreren Örtlichkeiten im Bezirk die Schaffung von Regenbogenzebrastreifen als Symbol für die Offenheit und Diversität initiiert. Ein neu zu schaffender Schutzweg über die Plößlgasse/Ecke Prinz-Eugen-Straße bietet sich an, um die Zahl der Regenbogenzebrastreifen an einem vielfrequentierten Punkt des Bezirks weiter zu erhöhen.

Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirksvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Resolutionsantrag betreffend die Schließung des Russischen Kulturinstituts

Die untenfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für die Schließung des Russischen Kulturinstituts aus.

Begründung:

Der Betrieb des Russischen Kulturinstituts in Wien, welches sich am Brahmsplatz 8 auf der Wieden befindet, läuft trotz des Krieges in der Ukraine und weitreichender Sanktionen des Westens gegen Russland ungehindert weiter. Das Russische Kulturinstitut steht unter der Leitung und Kontrolle der russischen Agentur Rossotrudnichestvo. Rossotrudnichestvo ist gemäß der DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2023/1216 des Europäischen Rates unter anderm für Handlungen verantwortlich, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen und steht nun auf der Liste jener Personen, Einrichtungen und Organisationen, die gem. Verordnung (EU) Nr. 269/2014 restriktiven Maßnahmen unterliegen.

Ein Beispiel: Die von Russland besetzten Gebiete in der Ukraine werden als "neue russische Gebiete" bezeichnet:



Die Universitäten in den neuen Regionen Russlands stellen auf das russische Bildungssystem um. Mehr als 400 Mitarbeiter von wissenschaftlichen und pädagogischen Hochschuleinrichtungen in den Regionen DNR, LNR, Saporischschja und Cherson nahmen an Webinaren des russischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft teil. Die Sitzungen konzentrierten sich auf die rechtliche, regulatorische und methodische Unterstützung von Bildungsaktivitäten. Das Ministerium plant außerdem ein Webinar über die Ausbildung von wissenschaftlichem Personal. Alle Bildungsprogramme müssen bis zum 1. Mai überarbeitet werden, um den russischen Rechtsvorschriften zu entsprechen.



In Bukarest wurde der Betrieb des Russischen Zentrums für Kultur und Wissenschaft bereits wegen Vorwürfen von Verbreitung von Propaganda und Desinformation eingestellt. Das Kulturzentrum habe bei seinen Veranstaltungen die Realität und die historische Wahrheit verzerrt und Kriegsverbrechen in der Ukraine gerechtfertigt.

Auch Deutschland, Finnland und Tschechien haben Ermittlungen gegen russische Kulturinstitute in ihren Ländern eingeleitet. In Wien läuft der Betrieb des Russischen Kulturinstituts ungehindert weiter - auch während kulturelle Stätten in der Ukraine, wie die Altstadt von Odessa, bombardiert werden.

Wien, am 28. September 2023

Betrifft: Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger vor Radraserinnen und Radrasern – Schutzweg beim Übergang Schleifmühlgasse/Wiedner Hauptstraße/Irene Harand Platz

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag.^a Monika Schwarzer-Beig und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 28. September 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

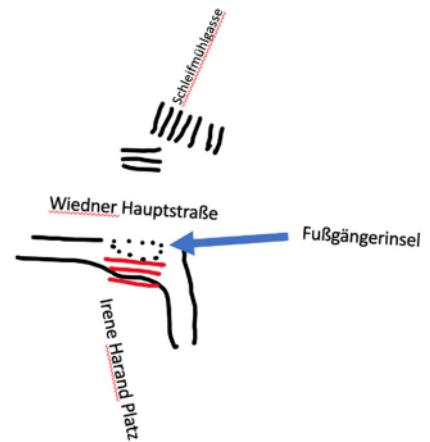
Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima möge die Magistratsabteilung 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten beauftragen, bei den Detailplänen für den Radweg Wiedner Hauptstraße bei der Querung Schleifmühlgasse/Wiedner Hauptstraße/Irene Harand Platz auf der Seite Wiedner Hauptstraße/Irene Harand Platz, direkt bei der nunmehr verschwindend kleinen Fußgängerinsel, einen Schutzweg für Fußgängerinnen und Fußgänger über den neuen Radweg einzuplanen (siehe Skizze ROT).

Begründung

Fußgängerinnen und Fußgänger dürfen nicht zu Bürgerinnen und Bürgern 2. Klasse werden, nur weil sie im Straßenverkehr von allen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern den größten Gefahren ausgesetzt sind. Ihr Schutz vor Radraserinnen und Radrasern darf nicht den Interessen der Radlobby geopfert werden.

Ein Schutzweg ist ein wichtiger Beitrag für mehr Sicherheit, um diese neue Gefahrensituation zu entschärfen, zumal sich, auch laut Magistratsabteilung 46 im Längsbereich des Radweges auf der Wiedner Hauptstraße der Radverkehr vervielfachen wird.



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

SOS-PESO NETZWERK AUF DER WIEDEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich für ein SOS-PESO Netzwerk im Bezirk aus.

BEGRÜNDUNG

Die hohen Inflationsraten der letzten Jahre machen vielen Wiedner:innen zu schaffen und treffen insbesondere jene Bevölkerungsgruppen hart, die hinsichtlich ihrer ökonomischen Situation schon bisher benachteiligt waren (Bezieher:innen von Mindestpensionen, Alleinerziehende, Sozialhilfebezieher:innen, Erwerbslose, Niedrigverdiener:innen, prekär Beschäftigte etc.).

Die Preise für Lebensmittel, aber auch Dienstleistungen sind im Laufe der aktuellen Teuerungen massiv angestiegen. Die türkisgrüne Regierung hat es bisher verabsäumt, zumindest einen Preisdeckel für Nahrungsmittelpreise einzuführen.

Die Entwicklung der Lebensmittelpreise ist tatsächlich dramatisch. Viele Menschen können sich Nahrung kaum mehr leisten.

Ein Netzwerk an Geschäfts- und Gastronomielokalen in Bezirk, das es Menschen ermöglicht, für andere Menschen z. B. Nahrungsmittel, Kosmetikartikel etc. und/oder eine warme Mahlzeit zu bezahlen, diese aber nicht selbst mit nach Hause zu nehmen oder vor Ort zu konsumieren, sondern für andere Menschen zu hinterlegen, wäre eine niederschwellige, aber großartige Form der Solidarität ohne bürokratische Hürden, ohne dass Mensch sich großartig erklären oder einen Kontoauszug herzeigen muss.

Mensch braucht keine Bezieher:innenkarte, Mensch muss nicht um Mittel für den täglichen oder auch außerordentlichen Bedarf betteln.

Wann immer ein Mensch einen erfolgreichen Geschäftsabschluss hatte, einen sozialen Beitrag leisten will, ein wenig Geld auf der Kante oder im Börserl oder einfach nur einen guten Tag hat, bezahlt bzw. bestellt Mensch für einen anderen Menschen mit, dem es gerade nicht so gut geht. Das Ganze geschieht vollkommen freiwillig.

Die Waren liegen im Geschäft gut sichtbar an einem SOS-Peso-Ort.

Wirtshäuser führen Listen, in den die bereits bezahlten Speisen und Getränke für ALLE ersichtlich aufgelistet werden.

Mensch gibt, weil Mensch geben möchte.

Uns ist bewusst, dass wir damit keine dringend notwendige Preisbremse bei den Lebensmittelpreisen ersetzen.

Das ist nach wie vor Aufgabe der Regierung.

Andere Länder haben es bereits vorgemacht.

Mit einem SOS-Peso Netzwerk auf der Wieden wirken wir einer weiteren Entsolidarisierung im Bezirk entgegen.

Mag^a Amela Pokorski

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 28. SEPTEMBER 2023**SOZIALRAUMSTUDIE FÜR DEN ST.-ELISABETH-PLATZ**

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker wird ersucht eine Team-Focus-Sozialraumstudie für den St.-Elisabeth-Platz zu beauftragen und dabei einen Fokus auf sozialräumliche Konflikte und Lösungsansätze zu legen.

BEGRÜNDUNG:

Eine Gruppe von männlichen Obdachlosen benötigt dringend Hilfe, um deren Alltag besser bestreiten zu können.

Eine Sozialraumanalyse könnte die Bedürfnisse der Gruppen tiefergehend untersuchen, um seitens des Bezirks entsprechend besser angenommene Angebote bereit zu stellen.

Eine sozialräumliche Analyse soll auch Aufschluss darüber bieten welche Konflikte am St. Elisabeth-Platz bestehen und welche räumlichen und sozialen Interventionen bzw. Lösungsansätze seitens der Stadt bzw. des Bezirks vorstellbar wären, um ein gedeihliches Miteinander zu fördern.

Barbara Neuroth

Karin Stanger

Bezirksrätin

Bezirksrätin

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski den nachstehenden

Antrag

betreffend

Temporäre Wasserspielelemente in Wiedner Parks

Die zuständigen Magistratsabteilungen 42 und 31 werden ersucht, in Abstimmung mit der Parkbetreuung und der Frau Bezirksvorsteherin für den Sommer 2024 zusätzliche Aufstellmöglichkeiten für temporäre Wasserelemente („Trinkbrunnen Brunnhilde“, „Wiener Sommerspritzer“ und Wasserfontänen-Spritzschläuche) in und um Wiedner Parks und Plätze, insbesondere im Resselpark, im Alois-Drasche-Park und im Rubenspark zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen.

Begründung

Im Zuge der Klimakrise zunehmende Hitzeperioden im Sommer machen auch vor den Wiedner Parks nicht Halt. Mit der Wiedner Klima-Strategie hat der Bezirk konkrete Maßnahmen ausgearbeitet, die in den letzten Jahren auch konsequent umgesetzt werden: Im Zuge aller straßenbaulichen Maßnahmen werden umfassende Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen gesetzt und werden 2024/25 allein in der Wiedner Hauptstraße und der Argentinierstraße fast 3.000 m² verbaute Fläche entsiegelt und weit über 100 neue Bäume und Grünbeete geschaffen. Eine zweistellige Anzahl zusätzlicher Trinkbrunnen wurden und werden quer durch den Bezirk angelegt. Wasserspielelemente in Parks sind eine wichtige Ergänzung: In der Argentinierstraße und im Resselpark werden neue, ständige Wasserspielelemente umgesetzt. Darüber hinaus sollen aber auch die vielfältigen von der Stadt Wien konzipierten temporären Wasser-Kühl- und Spielemente, die bei Tagen mit Temperaturen über 30 Grad in Betrieb stehen, verstärkt auch in Wiedner Parks zum Einsatz kommen. In Kooperation mit der Parkbetreuung Wieden gibt es auf Initiative der Wiedner Bezirksvertretung im Alois-Drasche-Park bereits Wasserspielelemente, diese sollen in künftigen Sommern ausgebaut werden.

Betrifft: Umbau Argentinierstraße – Leistbares Garagenplatzangebot für Anrainerinnen und Anrainer

Die unterzeichnenden Bezirksräte Dipl.-Ing. Johann Grubmüller und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 28. September 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Magistratsabteilung 46, Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten soll bei der Erarbeitung der Pläne für den Umbau der Argentinierstraße ein Konzept ausarbeiten, welches ein langfristiges und vor allem leistbares Garagenplatzangebot für betroffene Anrainerinnen und Anrainer beinhalten soll.

Dieses Konzept soll der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Der geplante Radhighway Argentinierstraße und die dadurch verloren gehenden hunderten Parkplätze verschlechtern die Lebensqualität von vor allem Anrainerinnen und Anrainern, die auf ihr Auto angewiesen sind. Die immer länger dauernde Suche nach einem Stellplatz ist nicht nur eine zeitliche Mehrbelastung, sondern sie verursacht auch mehr Verkehrsaufkommen und dadurch mehr Emissionen.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 28. SEPTEMBER 2023



VERBESSERTER BAUMSCHUTZ

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorzsky, wird ersucht, die zuständige Magistratsabteilung anzulegen, die Pflege der Bäume im öffentlichen Raum auf der Wieden zu verbessern.

BEGRÜNDUNG:

Im Alois-Drasche-Park müssen Bäume 31 bzw. sogar erst 16 Jahre nach ihrer Pflanzung schon wieder gefällt werden, da sie bereits am Absterben sind. Ein Baum in einem Park sollte deutlich älter werden und könnte so über eine viel längere Zeit Schatten spenden und CO2 reduzieren.

Bäume spielen eine entscheidende Rolle in städtischen Umgebungen und sind aus verschiedenen Gründen von großer Bedeutung:

Luftqualität: Bäume sind natürliche Luftfilter. Durch die Aufnahme von Kohlendioxid (CO₂) und die Freisetzung von Sauerstoff tragen sie zur Verbesserung der Luftqualität in städtischen Gebieten bei. Darüber hinaus absorbieren sie Schadstoffe wie Stickstoffdioxid und Feinstaub, was dazu beiträgt, die Belastung der Luft zu reduzieren.

Klimaanpassung: Bäume bieten Schatten und tragen zur Temperaturregulierung in Städten bei. Sie reduzieren die Hitzeinseln in städtischen Gebieten, indem sie die Temperatur durch Verdunstung und Beschattung senken. Dies ist besonders in heißen Sommern wichtig und trägt zur Verbesserung des Wohlbefindens der Bewohner bei.

Lärmschutz: Bäume dienen als natürlicher Lärmschutz, indem sie den Schall absorbieren und reflektieren. Dies ist in stark befahrenen städtischen Straßen und in der Nähe von Autobahnen von Vorteil, da sie dazu beitragen, den Lärmpegel zu reduzieren und die Lebensqualität der Anwohner zu verbessern.

Lebensraum für Tierwelt: Städtische Bäume bieten Lebensraum und Nahrung für verschiedene Tierarten, darunter Vögel, Insekten und kleine Säugetiere. Dies trägt zur biologischen Vielfalt in städtischen Gebieten bei und fördert das ökologische Gleichgewicht.

Ästhetik und Erholung: Bäume tragen zur Verschönerung der städtischen Landschaft bei und bieten Orte der Erholung und Entspannung für die Bewohner. Parks und Grünflächen mit Bäumen werden oft als Orte der Erholung genutzt und fördern die körperliche und geistige Gesundheit.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte den nachstehenden

Antrag

betreffend die

Verbesserung der Verkehrssicherheit beim Plateau Operngasse # Rechte Wienzeile

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 werden gebeten, für das Vorhaben der Überprüfung und Umplanung des für Radfahrende gefährlichen Bereichs der Einbiegung der Fahrbahn Rechte Wienzeile in die Operngasse insbesondere auch auf eine Verbesserung der Querungsqualität für Fußgänger:innen über die Operngasse auf Höhe der Treitlstraße sowie auf die Beibehaltung der Qualität des öffentlichen Verkehrs zu achten. Die Pläne für das Projekt mögen der Frau Bezirkvorsteherin zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission übermittelt werden.

Begründung

Der genannte Bereich zeichnet sich im Falle der Rechten Wienzeile durch eine mehrspurige Fahrbahn im übergeordneten Verkehrsnetz einer Bundesstraße sowie im Falle der Operngasse durch eine mehrspurige nicht-verkehrsberuhigte Fahrbahn aus. Auf beiden Straßen können neben KFZ auch Räder auf einem Mehrzweckstreifen (Rechte Wienzeile) sowie im Bereich einer Busspur (Operngasse) fahren. Die Notwendigkeit der Verbesserung der Verkehrssicherheit wurde nicht zuletzt durch tragische Unfälle aufgezeigt, die eine Umplanung erforderlich machen. Die Bezirksvertretung spricht sich im Zuge des Projekts dafür aus, auch die Situation für Fußgänger:innen genauer zu beleuchten. Es bestehen viele Verkehrsströme von Fußgänger:innen über die Operngasse im Bereich der Treitlstraße, insbesondere von Tourist:innen, die auf dem Weg zum Naschmarkt keine alternative oder attraktive Querungsmöglichkeit vorfinden, und daher unter großem Risiko die mehrspurige Fahrbahn zuerst in Richtung der Verkehrsinsel queren und dann weiter auf den Gehsteig über die Abbiegerelation von der Rechten Wienzeile in die Operngasse. Es wäre an dieser Stelle vorteilhaft, auch eine zusätzliche Querung für Fußgänger:innen zu entwickeln. Dies würde auch der Verbesserung des Radverkehrs dienen, um Fußgänger:innen vom derzeit bestehenden Radweg zu trennen. Des Weiteren ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Operngasse von der Buslinie 59A befahren wird und Konflikte zwischen Radfahrenden und dem Busverkehr vermieden werden sollen.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 28. SEPTEMBER 2023



VERBREITERTE AUFSTELLFLÄCHE FÜR FUSSGÄNGER:INNEN

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46, sowie 33 werden gebeten, die Ampelanlage Wiedner Hauptstraße/Klagbaumgasse vor dem Umbau zu überprüfen, ob dort eine breitere Aufstellfläche für Fußgänger:innen möglich ist und diese ggf. umzusetzen. Dabei ist die Erhaltung des Straßenbaumes bzw. die Sanierung der Baumscheibe zu beachten.

BEGRÜNDUNG:

Die Aufstellfläche für Fußgänger:innen ist durch die Ampelanlage definiert und relativ schmal. Dort herrscht eine beachtliche Fußgängerinnenfrequenz, auf der gegenüberliegenden Seite ist die Aufstellfläche wesentlich breiter. Im Zuge der Sanierung der Wiedner Hauptstraße möge die Ampel versetzt, und der Zebrastreifen verbreitert werden, damit die Aufstellfläche für Fußgängerinnen vergrößert wird. Die Sanierung der Baumscheibe und die Verbesserung und Standortqualität des Baumes im Nahbereich der Ampel soll ebenfalls erfolgen.

BRin Barbara Neuroth

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 28. SEPTEMBER 2023



VERKEHRSBERUHIGUNG RAINERGASSE

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Wieden stellen den folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen ein Konzept zur Verkehrsberuhigung der Rainergasse auszuarbeiten, mithilfe dessen die Auswirkungen des Umfahrungsverkehrs in der Rainergasse aufgrund des Umbaus der Wieder Hauptstraße reduziert werden können.

Die Ziele der Planung sollten sein:

1. Reduktion der Verkehrsbelastung für die Anwohner:innen
2. Sicherstellung einer zügigen Durchfahrt für den 13A

Die Ergebnisse mögen an die Frau Bezirkvorsteherin zur Diskussion in der Verkehrs- und Planungskommission übermittelt werden.

BEGRÜNDUNG:

Bereits jetzt ist die Verkehrsbelastung in der Rainergasse stark gestiegen, mit einer weiteren Steigerung im Zuge der geplanten Umbauarbeiten muss gerechnet werden. Weiters ist nach Ende der Umbauarbeiten mit keiner Reduktion zu rechnen, da die Rainergasse die neue Durchzugsstraße durch die Wieden sein wird.

Das führt zu einer Belastung für alle Anwohner:innen sowie zu einer relevanten Verzögerung für den öffentlichen Verkehr, da die Busse des 13A im Stau stecken bleiben. Der Durchzugsverkehr sollte ausschließlich auf hochrangigen und breiten Straßen geführt werden und durch geeignete Maßnahmen auf der Rainergasse unterbunden werden.

BR Mathias Tausig

Pascal Riepl
Bezirkvorsteherin Stellvertreter

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 den folgenden

ANTRAG

betreffend

WARTEZEITANZEIGE 59A PRESSGASSE

Der amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke KR Peter Hanke wird ersucht, gemeinsam mit den Wiener Linien eine Wartezeitanzeige bei der Busstation 59A Pressgasse umzusetzen.

BEGRÜNDUNG

Wiener Linien hatten über Monate hinweg längere Intervalle als in den Jahren davor.

Wartende an der Busstation Pressgasse stehen an einer der verkehrsreichsten Kreuzungen im Bezirk, nämlich dem Wiedner Stern und wissen nicht, ob und wann der nächste Bus kommt.

Eine Wartezeitanzeige verschafft Orientierung. Sie erleichtert den Menschen die Entscheidung, ob sie warten, sich irgendwo ins Kühtere oder ins Wärmere begeben oder doch lieber zu Fuß gehen wollen bzw. müssen.

Mag^a Amela Pokorski

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 28. September 2023 den folgenden

ANTRAG

betreffend

ABMARTERN VON GRÜNFLÄCHEN

Die zuständige Magistratsabteilung 42 der Stadt Wien wird ersucht, zu prüfen, ob das Abmarten von Rasen(-flecken) auf Verkehrsflächen im Bezirk sein muss und gegebenenfalls für den Sommer 2024 darauf zu verzichten.

BEGRÜNDUNG

Bereits im Sommer 2022 haben wir einen Antrag auf eine andere klima-, menschen und tiergerechtere Begrünung bzw. Pflege der Grüninseln im Bereich des Wiedner Gürtels gestellt.

Das unsägliche Abmarten des Grüns im Bezirk hört nicht auf.

Viele Rasenflächen brannten im Sommer 2023 nach dem Mähen noch mehr aus, boten weder für Insekten noch andere Lebewesen einen Lebensraum, sind nicht nur nicht schön, sondern tragen auch nichts zu einer dringend notwendigen Kühlung bei.

Auf längere Sicht muss sicher eine andere Art der Begrünung statt nur Rasen gefunden werden. Eine Begrünung, die in jeder Hinsicht den Anforderungen des Klimawandels gerecht wird.

Mag^a Amela Pokorski

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellen der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Abmilderung des Stellplatzdrucks während der Weihnachtsmarktsaison

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima, Lösungen zu erarbeiten, unter denen der Stellplatzdruck während der Weihnachtsmarktsaison in besonders von Verkehrsströmen belasteten Gebieten der Wieden (rund um den Resselpark und das Belvedere) abgemildert werden könnte, etwa durch Errichtung von temporären Anwohner:innenparkzonen.

Begründung

Im Zuge der Weihnachtsmarktsaison sind die in unmittelbarer Nähe zu Weihnachtsmärkten befindlichen Wohngebiete der Wieden von enorm hohem Parkplatzsuchverkehr belastet. Wiewohl die Weihnachtsmärkte im Resselpark und im Belvedere auf allgemeine Begeisterung stoßen und eine wichtige Bereicherung im tristen winterlichen Alltag darstellen, zeigt sich unter Anrainer:innen zugleich wachsende Unzufriedenheit und Verzweiflung über den massiven Stellplatzdruck und den umfangreichen Parkplatzsuchverkehr, vor allem in den Abendstunden. Die Errichtung temporärer Anwohner:innenparkzonen würde dazu beitragen, Anrainer:innen zu entlasten und auch einen wichtigen Lenkungseffekt der Verkehrsströme des motorisierten Individualverkehrs mit sich bringen.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

AKUSTISCHES BLINDENSIGNAL BEI DEN NEU ERRICHTETEN AMPELN IN DER RAINERGASSE /JOHANN STRAUSS-GASSE UND /SCHÖNBURGSTRASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilungen 33 wird gebeten, das akustische Blindensignal bei den neu errichteten Ampeln in der Rainergasse/Johann-Strauß-Gasse/Schönburgstraße auf seine Lautstärke zu überprüfen.

Begründung:

Auf viel befahrenen Straßen mag eine höhere Lautstärke notwendig sein, auf der wenig befahrenen Rainergasse kann man ggf. mit einer geringeren Lautstärke das Auslangen finden.

Die Akzeptanz von technischen Neuerungen, insbesondere für Menschen mit Behinderung sollte hoch sein. Eine „unnötige“ Lautstärke läuft diesen Bemühungen bei den Anrainer:innen aber zuwider. Sollte es möglich sein die Lautstärke nach den Umgebungsgeräuschen zu adaptieren, wäre diese neue Ampelanlage bei der Rainergasse/Johann-Strauss-Gasse und /Schönburgstraße sicher prädestiniert dafür.

BRin Barbara Neuroth

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

AMPELSTEUERUNG UND KOSTEN DER NEUEN AMPELANLAGEN

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, die Kosten der beiden umgebauten Ampeln auf der Rainergasse, Ecke Johann-Strauß-Gasse und Schönburgstraße, sowie die Information zur Schaltung der Ampeln, inwiefern der 13A bevorzugt wird, an die Bezirkvorsteherin zur Vorlage und Diskussion in der Verkehrs- und Planungskommission zu übermitteln.

Begründung:

Von offizieller Seite wurden Beträge von rund 200.000 Euro pro Ampelanlage (ohne Straßenumbau) genannt. Bei diesen Summen ist davon auszugehen, dass der 13A nun die Ampelschaltungen für ein optimales Vorankommen steuert.

Pascal Riepl

Bezirkvorsteherin Stellvertreter

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

AMPELSTEUERUNG RAINERGASSE/FAVORITENSTRASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, an der Kreuzung Rainergasse/Favoritenstraße die Ampelschaltung so zu optimieren, dass der 13A Bus sofort noch Abfertigung der Fahrgäste eine alleinige Grünphase ohne querende Fußgänger:innen erhält.

Begründung:

Der öffentliche Verkehr ist das ökologische Rückgrat der Mobilität in Wien. Pensionierungswellen der Wiener Linien, wachsender motorisierter Individualverkehr, schlechte Ampelschaltungen sowie zu wenige Busspuren machen den öffentlichen Verkehr zusehends unattraktiv. Der 13A ist eine der wichtigsten Busverbindungen der Stadt und der Wieden und muss dringend attrahiert werden.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin Stellvertreter

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

VERGRÖßERTE BAUMSCHEIBE FÜR STRAßENBAUM AM RILKEPLATZ

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 42 werden um Überprüfung gebeten, ob der neben der Einmündung der kleinen Margaretenstraße in die Wiedner Hauptstraße gelegene Baum am Rilkeplatz durch eine Wegnahme der stammnahen Pflastersteine bessere Lebens- und Entwicklungsbedingungen vorfinden würde und in diesem Fall entsprechende Maßnahmen einleiten, die sich in das Gestaltungsbild des Rilkeplatzes einfügen.

Begründung:

Eine Pflasterung bis zum Baumstamm ist nach heutigen Richtlinien nicht im Sinne des Baumschutzes für Straßenbäume. Es muss andere Maßnahmen geben um die Begehbarkeit zu gewährleisten und die Luft- und Wasserdurchlässigkeit rund um den Baumstamm wesentlich zu verbessern.



BRin Barbara Neuroth

BR Fabian Setznagel

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellen der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte und die freie Bezirksrätin Eveline Dürre den nachfolgenden

Antrag

betreffend die

Beratungsoffensive der MieterHilfe auf der Wieden

Die zuständige Amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál wird ersucht, das Beratungsangebot der Wiener MieterHilfe vor Ort im kommenden Jahr auch im vierten Bezirk auszuweiten.

Begründung

Die Stadt Wien bietet mit der MieterHilfe ein österreichweit einzigartiges Beratungsangebot rund ums Wohnrecht für alle Wiener:innen an. Die Bezirksvorsteherin organisiert bereits seit Jahren mit MieterHilfe und Mietervereinigung Rechtsberatungen im Bezirk, um Mieter:innen zu unterstützen. In den letzten Jahren hat der Beratungsbedarf weiter zugenommen: Abseits bestehender bundesgesetzlicher Regelungslücken werden auch bestehende Mieter:innen-Schutzvorschriften vielfach nicht eingehalten, wird ganz überwiegend befristet und vielfach mit überhöhten Mietzinsen vermietet. Dringend notwendige bundesgesetzliche Regulierungen lassen weiter auf sich warten, so ist ein Einfrieren der Mieten auf dem aktuellen Niveau, wie dies die Stadt Wien 2024/25 für Wiener Wohnen angekündigt hat, weiterhin nicht absehbar. Immobilienspekulation und kommerzielle touristische Plattformvermietungen führen immer häufiger zu Druck auf langjährige Mieter:innen, ihre Wohnungen zu verlassen. Vor diesem Hintergrund ist die Unterstützung und Beratung von Mieter:innen zur Wahrnehmung bestehender Rechte besonders wichtig. Die Bezirksvertretung Wieden ersucht daher darum, die Beratungsaktivitäten der MieterHilfe im kommenden Jahr auch im Vierten weiter zu verstärken.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräten den nachfolgenden

Antrag

betreffend die

Beschleunigung der Straßenbahlinie D

Die zuständige Magistratsabteilung 33 wird gebeten, unter Zusammenarbeit mit den Wiener Linien Maßnahmen im Bereich der Ampelanlagen der Straßenbahlinie D, insbesondere auf der Prinz-Eugen-Straße und dem Schwarzenbergplatz zu überprüfen, unter denen eine Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs erzielt werden könnte.

Begründung

Die Straßenbahlinie D stellt eine Hauptverkehrsverbindung in Wien dar und verfügt auf der Ringstraße über einen eigenständigen Gleiskörper, der ihr ein rasches Fortkommen ermöglicht. Leider besteht eine solche Option in der Prinz-Eugen-Straße und am Schwarzenbergplatz nicht, weswegen die Fahrzeit in diesen Straßen vergleichsweise lange dauert. Um die Straßenbahn in diesen Bereichen zu beschleunigen, könnte geprüft werden, ob die Ampelanlagen hinsichtlich der Leichtigkeit und Flüssigkeit des öffentlichen Verkehrs optimierbar sind.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

ENTFERNEN DER RESTE DES SCHANIGARTENS WIEDNER GÜRTEL

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Das Magistratische Bezirksamt für den 1./8. Bezirk die Überreste des Schanigartens „Restaurant Quinta“ am Wiedner Gürtel Nr. 12 entfernen zu lassen.

Begründung:

Das Restaurant ist seit längerem nicht mehr in Betrieb, der Schanigarten nimmt den Fußgängern Platz weg. Auf Höhe des Mistkübels gibt es eine besondere Engstelle die dringend behoben gehört.

Fabian Setznagel

Pascal Riepl

Klubobmann

Bezirksvorsteherin Stellvertreter



Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellen der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte und der Klub der Grünen Wieden nachstehenden

Antrag

betreffend die

Entfernung von Altkleidercontainern

Die zuständige Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird gebeten, die zuständigen Dienststellen um Entfernung der auf dem Gehsteig befindlichen Altkleidercontainer in der Mommsengasse gegenüber ON 25 und der Schelleingasse ON 30 zu ersuchen, damit der Gehsteig an diesen Stellen nunmehr nach der bereits erfolgten Neuplatzierung der Altstoffsammelinseln für die Fußgänger:innen freigegeben werden kann.

Begründung

An den oben genannten Adressen befinden sich Altstoffsammelinseln, die bereits vor einiger Zeit aus dem Gehsteigbereich in die Parkspur verlegt wurden, um die Mindestgehsteigbreiten für Fußgänger:innen herzustellen und Engstellen zu beseitigen. Neben den Müllcontainern bestehen offenbar auch Genehmigungen für Altkleidercontainer für Private. Diese Genehmigungen widersprechen den Zielsetzungen für Barrierefreiheit der Stadt Wien und des Bezirks und sind daher aus Sicht des Bezirks aufzuheben.

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 den folgenden

ANTRAG

betreffend

ENTNAZIFIZIERUNG DER WIEDEN

Die zuständige Amtsführende Stadträtin Veronica Kaup-Hasler wird ersucht, Maßnahmen zur Kontextualisierung des Nazi-Bildes und -zitats im öffentlichen Raum rund um das Haus Operngasse/Faulmannngasse zu prüfen und der Bezirksvorsteherin zur weiteren Beratung im Bezirk vorzulegen.

BEGRÜNDUNG

Die Wieden versucht seit Jahren eine Kontextualisierung des Nazi-Wandbildes zu verwirklichen.

2022 gab es künstlerische Interventionen bei dem Nazi-Wandbild.

Anwohner:innen wurden laut Bezirksvorsteherin bereits im Herbst 2022 zu den eingebrachten Ideen befragt.

Die Zusatztafel ist laut Medienberichten in Zusammenarbeit mit Kunst im öffentlichen Raum fertiggestellt worden und hätte vor einem Jahr bereits angebracht werden sollen.

Der Ball wurde auf Anfragen von Links von der Stadt Wien zum Bundesdenkmalamt und zum Bezirk zurückgespielt. Unabhängig von einer laufenden, unabhängigen Studie des Bundesdenkmalamtes zur Architektur des Hauses und weiterer Häuser in der Umgebung sei es aber laut einer Sprecherin des Bundesdenkmalamtes nicht nachvollziehbar, warum sich das Anbringen der Gedenktafel verzögert.

Auf stetigen Druck von Links (auch in Form von weiteren Anträgen) haben Medien von derstandard.at, Falter und Bezirkszeitung wiederholt zu dem Thema Umgang mit Erinnerungspolitik im Bezirk berichtet. Zuletzt am 14. November 2023 auf meinbezirk.at.

Die bereits zitierte Sprecherin des Bundesdenkmalamtes hält eindrücklich fest, dass „selbst wenn das Gebäude unter Denkmalschutz stehen würde, eine Kontextualisierung des Nazi-Wandbildes – wie in anderen Fällen – nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll wäre.“

Es scheint, als ob die Stadt und der Bezirk dann doch vor der Eigentümerin der Hallmann Holding International Investment GmbH kapitulieren.

Entweder fürchtet die Eigentümerin einen Denkmalschutz und/oder die Absichten der Eigentümerin, die nach einiger Überzeugungsarbeit ihren Beitrag zu dem Projekt leisten wollte, gehen in Richtung Gebäude- bzw. Fassadensanierung. Das Nazi-Wandbild soll hinter einer neuen, glänzenden Fassade verschwinden. Damit würde es ohne Kontextualisierung unter einer dicken Schicht verschwinden, um womöglich nach Jahrzehnten wieder kontextlos ans Tageslicht zu kommen. Damit hätten die Nazis mit ihrer Ideologie bis heute und darüber hinaus dort überlebt.

Das darf nicht sein!

Die Erinnerung und die Aufklärung über die NS-Ideologie und Verbrechen sind wichtiger denn je. Wir können es nicht oft genug betonen.

Von „Wehret den Anfängen!“ kann nach so langer Zeit keine Rede mehr sein.

Es muss im Interesse des Bezirkes und der Stadt Wien sein, nach 85! Jahren auf dieses Nazi-Relikt mit einer Kontextualisierung aufmerksam zu machen und damit die Menschen schlussendlich von allen unwidersprochenen Einflüssen des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum auf der Wieden zu befreien. Ein Wandbild mit Nazi-Ideologie auf der Wieden und damit an einer prominenten Stelle in Wien beeinflusst bis heute vollkommen offen, ungefiltert und ungehindert die Gesellschaft.

MACHEN WIR SCHLUSS MIT DEN NAZI-SPRÜCHEN AUF DER WIEDEN!

Mag^a Amela Pokorski

**ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023****ERRICHTUNG EINES ÖKLOS AM BRAHMSPLATZ****ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständig Magistratsabteilung 42 wird gebeten, am Brahmsplatz ein Öklo zu errichten.

Begründung:

Der Bedarf nach einer niederschwelligen Toilettenanlage, der durch das in Parks sehr beliebte Öklo gut abgedeckt werden könnte, ist groß. Der Spielplatz wird von vielen spielenden Kindern und von vielen Kindergartengruppen frequentiert.

BRin Barbara Neuroth

BR Fabian Setznagel

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend die

Errichtung eines „Tempo 30“-Piktogramms in der Waltergasse

Die zuständigen Magistratsabteilungen 28 und 46 werden gebeten, in der Waltergasse bei ON1 ein „Tempo 30“-Piktogramm zu errichten, um Autofahrende auf den verkehrsberuhigten Bereich hinzuweisen.

Begründung

Die Waltergasse kann von der Favoritenstraße befahren werden und ist größtenteils, mit Ausnahme des ersten Stücks bis zur Garage, eine Einbahn. Anwohnende berichten seit einiger Zeit von Gefahrenhäufungen im Zusammenhang mit zu schnell einfahrenden Fahrzeugen. Die Errichtung des Piktogramms würde zur Bewusstseinsbildung beitragen und könnte das Problem beseitigen.

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

betreffend

GRUNDRECHTE VON FRAUEN - GEWALTSCHUTZ FÜR FRAUEN

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, dass die Empfehlungen aus dem Bericht des Rechnungshofes Österreich aus 2023 bezüglich des Gewalt- und Opferschutzes für Frauen rasch umgesetzt werden.

BEGRÜNDUNG

Der Rechnungshof hat Österreich im August 2023 für das Fehlen einer Gesamtstrategie, bei der alle Kräfte in diesem Land an einem Strang ziehen, kritisiert.

Wir müssen an den Machtverhältnissen rütteln und endlich eine echte Gleichstellungspolitik angehen.

Wir brauchen strategische Schwerpunkte und Ziele zur Eindämmung der geschlechtsspezifischen Gewalt an Frauen sowie die umfassende Erfüllung der Istanbul-Konvention, zu der auch der Bereich der nachhaltigen Bewusstseinsbildung gehört.

Die Wieden geht seit 2021 mit SToP Stadtteile ohne Partnergewalt mit gutem Beispiel voran. Gerade weil Gewalt gegen Frauen überwiegend zu Hause stattfindet, spielen die lokale Nachbarschaft, Schulen, Ärzt:innen, uvm. aber auch Politik und Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle.

Das Ziel muss es sein, gesellschaftliche Bedingungen, die diese Gewalt ermöglichen, zu beseitigen und Strukturen zu gestalten, die Gewalt verhindern.

Auf der Wieden, aber auch in Wien und in ganzem Land brauchen wir ein politisches Umfeld, das Unterdrückung und Gewalt an der Wurzel bekämpft.

Gewalt gegen Frauen ist ein Verstoß gegen die Grundrechte von Frauen.

Mag^a Amela Pokorski



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

HALTEPLÄTZE BZW. „GRÄTZL-LADEZONEN“ AUF DER WIEDNER HAUPTSTRASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, in der Planung der Wiedner Hauptstraße pro Häuserblock Halteplätze, so genannte „Grätzl-Ladezonen“, in einer Länge von je 12 Metern einzurichten.

Begründung:

An vielen Stellen in Wien ist festzustellen, dass bei hohen Parkplatzdruck illegal auf Radwegen oder Gehsteigen geparkt wird. Um dies proaktiv zu verhindern, benötigt es freie Grätzl-Ladezonen. Mit Halteplätzen ist gewährleistet, dass Familien mit kleinen Kindern in der Nähe ihrer Wohnungen das Auto aus- und beladen können, sowie Lieferanten einen freien Stellplatz finden und somit die Sicherheit von Radfahrenden und zu Fuß Gehenden gewährleistet ist.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 den folgenden

ANTRAG

Betreffend

INKLUSIVES WOHNEN AUF DER WIEDEN

Die Amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál wird gebeten, im Sinne der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung zu prüfen, unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmaß Wohnungskontingente der Stadt Wien im Bezirk barrierefrei als unbetreute Wohnform für Menschen mit Behinderung vergeben werden können.

Begründung

Menschen mit Behinderungen - egal ob physisch, psychisch oder im Bereich der Sinneswahrnehmungen - erfahren selten ein selbstbestimmtes Leben.

Sie werden zusätzlich behindert und müssen enorme Umwege, Anstrengungen, Ignoranz und Bevormundung im Alltag in Kauf nehmen.

Ihnen wird wie anderen ausgegrenzten, nicht ernstgenommenen und ausgebeuteten Menschen das Leben schwerer gemacht als es sein müsste.

Ihr Armutsrisiko ist doppelt so hoch wie das von Menschen ohne Behinderungen.

Die Bundespolitik nimmt das Thema nicht ernst genug.

So erfüllen die beiden Regierungsparteien ÖVP und Grüne zum Beispiel ihre Beschäftigungsquote für begünstigte Behinderte nicht.

Die Wieden und Wien können hingegen wesentliche Beiträge für gezielte Inklusion leisten.

Ein guter Anfang beim Grundrecht Wohnen wäre es, nicht paternalistischen also selbstbestimmten, unbetreuten, barrierefreien und leistbaren Wohnraum im Bezirk im Rahmen der stadteigenen Wohnungskontingente zur Verfügung zu stellen.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellen der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätiinnen und Bezirksräte und die LINKS-Bezirksrätiin Mag.^a Amela Pokorski den nachfolgenden

Antrag

betreffend die

Kontextualisierung des Lueger-Reliefs am Schulgebäude Waltergasse 16

Die zuständigen Amtsführende Stadträtin für Kultur Veronica Kaup-Hasler wird ersucht, in Abstimmung mit der Magistratsabteilung 56 und dem Bezirk Pläne für eine Kontextualisierung und eine historische Einordnung des auf dem Schulgebäude Waltergasse 16 befindlichen Reliefs für Dr. Karl Lueger auszuarbeiten und diese der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung im Bauausschuss zu übermitteln.

Begründung

Aktive Erinnerungs- und Geschichtspolitik ist der Bezirksvertretung Wieden seit vielen Jahren ein großes Anliegen: Mit dem Projekt „Der Nationalsozialismus im Mikrokosmos Wieden“ und den daraus hervorgegangenen Forschungsergebnissen, die unter www.juedischewieden.at abrufbar sind, hat sich der Bezirk systematisch mit der Verfolgung, Vertreibung und Ermordung Wiedner Jüdinnen und Juden auseinandergesetzt. Die Verbrechen der Nazis konnten dabei auch auf dem von Bürgermeister Karl Lueger fast ein halbes Jahrhundert davor zu einem fixen Bestandteil seiner Politik gemachten Antisemitismus aufbauen. Gerade im ursprünglichen Geburtsbezirk Luegers kam es in den letzten Jahren zu einigen wichtigen Kontextualisierungsprojekten: Die Gedenktafel am Gebäude der TU Wien am Karlsplatz wurde mit einer transparenten Glasscheibe überplattet und historisch eingeordnet. Im Bezirksmuseum Wieden wurde in den letzten zwei Jahren die „Lueger-Ecke“ im Rahmen einer universitären Lehrveranstaltung „eingerahmt“ und kontextualisiert.

Am ursprünglich 1865 errichteten Schulgebäude wurde nach Luegers Tod im Jahr 1910 ein Relief angebracht, das den verstorbenen Bürgermeister im Kreise von Schulkindern abbildet. Die Bezirksvertretung Wieden befürwortet auch an diesem öffentlichen Pflichtschulgebäude eine kritische Kontextualisierung vorzunehmen, wie sie am Gebäude der TU Wien und im Bezirksmuseum in den letzten Jahren bereits erfolgt ist.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

KOSTENSCHÄTZUNGEN AMPEL MOMMSENGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Stadträtin Ulli Sima möge die zuständigen Magistratsabteilungen anweisen, für die Kreuzung Weyringergasse/Mommsengasse zwei Konzepte inklusive Kostenschätzung auszuarbeiten und der Bezirksvorsteherin zur Vorlage und Diskussion in der Verkehrs- und Planungskommission vorzulegen.

- Ein Konzept der Ampelerneuerung inklusive aller notwendigen Fußgängerampeln und Gehsteigvorziehungen.
- Ein Konzept ohne Ampeln (Demontage der Bestandsampel) unter Aufrechterhaltung der bestehenden Bushaltestelle des 13A, der Führung der Buslinie 13A als Gelenksbus und damit ohne Plateauanhebung sowie aller vier bestehenden Schutzwände.

Begründung:

Da die Grünen Wieden von einer zeitnahen Sanierung der Kreuzung und Ampelanlage Mommsengasse/Weyringergasse ausgehen, müssen vor der Entscheidung und Beauftragung alle Möglichkeiten durchdacht worden sein, um die beste und kostengünstigste Variante für den Bezirk und seine Bewohner:innen auswählen zu können.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend

Künstlerische Gestaltung der Feuermauer des Dr. Rudolf Kirchschläger-Studierendenheims

Die zuständigen Amtsführende Stadträtin für Kultur Veronica Kaup-Hasler wird ersucht, in Abstimmung mit dem Bezirk und der Eigentümerin Möglichkeiten für eine künstlerische Gestaltung der freistehenden Feuermauer des ÖJAB-Studierenden- und Jugendwohnheims in der Schelleingasse 36 zu entwickeln.

Begründung

Im Studierendenheim der Österreichischen JungArbeiterBewegung (ÖJAB) laufen derzeit umfangreiche Renovierungsarbeiten. Im Zuge von Gesprächen wurde seitens der Hausleitung gegenüber der Bezirksvorstehung grundsätzliche Bereitschaft gezeigt, die freistehende Feuermauer für eine künstlerische Gestaltung, wie z.B. im Zuge des Calle-Libre-Festivals, zur Verfügung zu stellen. Die Bezirksvertretung begrüßt eine solche künstlerische Gestaltung und ersucht die zuständige Stadträtin, entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten in Abstimmung mit allen Stakeholdern auszuloten.

Die NEOS Bezirksrä_utt_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndl und die

LINKS Bezirksrätin Mag^a Amela Pokorski

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirkvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14.12.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend Künstlerischer Nutzung von leerstehenden Gassenlokalen Wiener Wohnen

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál zu ersuchen, sich bei Wiener Wohnen dafür einzusetzen, dass die alternative Nutzung von leerstehenden Gassenlokalen in Objekten von Wiener Wohnen auf der Wieden durch Künstlerinnen und Künstler geprüft wird.

Begründung:

Unser Bezirk ist gespickt von leeren Gassenlokalen. Die meisten dieser Lokale befinden sich im Privatbesitz weshalb der politische Einfluss auf deren Nutzung gering ausfällt. Umso wichtiger ist es jene Lokale, die im Besitz der Stadt Wien bzw. Von Wiener Wohnen sind, durchgehend genutzt werden. So sollen diese Flächen bei vorübergehendem Leerstand durch Künstler*innen genutzt werden. So können zeitgleich Künstler*innen unterstützt werden und das Stadtbild attraktiviert werden.

Wien, am 2.12.2023

Die NEOS Bezirksräte_innen
Ana Badhofer
Anna Stürgkh
Philipp Wörndle

An die
Bezirkvorstehung Wieden
z.Hd. Frau Bezirkvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14.12.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend einem Nutzungskonzept für die Schleifmühlgasse

Die Bezirksvertretung Wieden ersucht die zuständigen Stellen der Magistratsabteilungen 18 und 46, anlässlich der Studie zu "Begegnungsgrätzel in Wieden", ein Nutzungskonzept inkl. Flächenaufstellung unter Berücksichtigung eines Gesamtkonzept für das gesamte Grätzel in Auftrag zu geben und der Frau Bezirkvorsteherin, zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission, vorzulegen.

Begründung:

Wie auf Seite 38 der veröffentlichten Studie "Begegnungsgrätzel in Wieden" vorgeschlagen, sollte ein Nutzungskonzept für die Schleifmühlgasse erstellt werden, um das Potential der Straße im Zuge einer Umgestaltung des gesamten Grätzels zu kennen und um der Bezirksvertretung die frühzeitige Möglichkeit zu Mitbestimmung im Gestaltungsprozess zu geben. Da es bereits eine Beschlusslage vom 15.12.2022 zur Umgestaltung der angrenzenden Mühlgasse gibt, ist es wichtig, dass das Nutzungskonzept in Rücksicht auf dortige Maßnahmen erstellt wird.

Wien, am 01.12.2023

Betrifft: Öffentlicher Ersatzverkehr für die Dauer von Baustellen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. Dezember 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Im Zusammenhang mit geplanten Großbaustellen auf der Wieden wird der zuständige Amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, KommR Peter Hanke, gebeten, die Wiener Linien zu beauftragen vorab Pläne für Öffentlichen Ersatzverkehr auszuarbeiten. Für den temporäre Wegfall aller Verbindungen/Stationen sollen entsprechende alternative Möglichkeiten ausgearbeitet werden, so dass es zu keinen Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger kommt.

Das Ergebnis soll vor Baubeginn der Frau Bezirksvorsteherin zur weiteren Behandlung in der Verkehrs- und Planungskommission vorgelegt werden.

Begründung

Derzeit kommt es auf der Wieden zu zahlreichen Großbaustellen, die spürbare Auswirkungen auf ganze Grätzl haben. Mehrfach werden in diesem Zusammenhang für die Dauer der Arbeiten Haltestellen und öffentliche Verkehrsverbindungen auf der Wieden schlicht ersatzlos gestrichen, was für die Bürgerinnen und Bürger negative Auswirkungen und vor allem Einschränkungen in ihrer Mobilität bedeutet.

Die NEOS Bezirksrät_innen
Ana Badhofer
Anna Stürgkh
Philipp Wörndle

An das
Bezirksamt Wieden
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Resolutionsantrag betreffend Psychischer Gesundheit

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14.12.2023 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus die verstärkte Förderung von psychischer Gesundheit in allen Angeboten seitens der Bezirksvertretung Wieden und vor allem bei Kinderbetreuungsprogrammen zu berücksichtigen. Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, dass sich die Wiedner Sozialkommission mit dem Thema auseinandersetzt und dem Bestand sowie dem Potential von Angeboten im Bezirk nachgeht.

Begründung:

In einer Welt, die von raschem Wandel, zunehmend komplexen Herausforderungen und sogar Kriegszuständen in anderen/nahegelegenen Ländern geprägt ist, muss die psychische Gesundheit aktiv und präventiv gefördert werden. 2024 soll einen Wendepunkt markieren, in dem die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Gesellschaft eine vorrangige Rolle im Angebot der Bezirksvertretung spielen. Die COVID-19-Pandemie und soziale Veränderungen haben die Bedeutung emotionaler Resilienz und psychischer Gesundheit unterstrichen, auch in Zeiten von Kriegen und Konflikten. Spielerische Kinderbetreuung, SeniorInnen-Klubs und dezidierte Veranstaltungen können als kraftvolles Werkzeug dienen, um diese Themen zu erkunden, zu verarbeiten und zu fördern.

Wir glauben, dass gerade die Nähe der Bezirksvertretung zu den BürgerInnen der Wieden das Potenziale hat, die lokale Gemeinschaft zu stärken und zu verbinden. Gemeinsam können wir Geschichten erzählen, den Austausch fördern und gemeinsame Aktivitäten erschaffen, die unsere Gemeinschaften berühren und inspirieren, und so Solidarität und Empathie fördern.

Bestehende Programme bieten die Möglichkeit, Themen der psychischen Gesundheit auf kreative Weise aufzugreifen und im Zuge beliebter Aktivitäten einfließen zu lassen. Die Bezirksvertretung kann ExpertInnen einladen, um das Bewusstsein für psychische Gesundheit zu schärfen und Vorurteile abzubauen.

Während wir uns den Herausforderungen unserer Zeit stellen, sei es in Form von Konflikten oder technologischem Fortschritt, ist es wichtig zu betonen, dass künstliche Intelligenz zwar enorme Fortschritte gemacht hat, aber nicht die emotionale Intelligenz und Empathie eines Menschen ersetzen kann. In einer Welt, die von Technologie geprägt ist, erinnert uns das Zusammenkommen daran, dass die menschliche Erfahrung und die Fähigkeit, Emotionen zu verstehen und auszudrücken, unersetztlich sind.

Die Bezirksvertretung kann die WiednerInnen vermehrt einladen, Teil der Wiedner Bezirksprogramme zu sein, kreative Ideen zu entfalten und durch den zwischenmenschlichen Austausch die Welt der Emotionen und Psyche zu erforschen. Gemeinsam können wir Brücken bauen, Widerstandsfähigkeit stärken, Empathie fördern und die Gesellschaft positiv beeinflussen.

Wien, am 05.12.2023

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte die nachfolgende

Resolution

betreffend die

Unterstützung von Schulworkshops zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus und Rassismus

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, die Durchführung von Workshops gegen Antisemitismus und Rassismus durch verstärkte Bewerbung, organisatorische Hilfestellung und – bei Erschöpfung schulbezogener Budgets oder mangelnder Budgetabdeckung – im Bedarfsfall auch finanziell, sohin mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, zu unterstützen.

Begründung

Der mörderische Terrorangriff der Hamas vom 07.10.2023 hat in der ganzen Welt auch eine Zunahme von gegen Jüdinnen und Juden gerichteten Hassverbrechen ausgelöst. Diesem Anstieg antisemitischer Taten und Agitation müssen alle Demokrat:innen entschieden entgegentreten. Der notwendige Kampf gegen Antisemitismus und Islamismus muss dabei auch mit einer klaren Haltung gegen antimuslimischen Rassismus einhergehen. Konkrete Sensibilisierungs- und Trainingsangebote sind gerade an Schulen sinnvoll und notwendig und werden von Vereinen wie ZARA oder dem Mauthausen-Komitee Österreich (MKÖ) durchgeführt. In Wien werden bereits seit September 2023 im Rahmen der „Wiener Bildungschancen“ solche Workshops für öffentliche Wiener Pflichtschulen kostenlos angeboten.

Die NEOS Bezirksräte_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndle

An die

Bezirkvorstehung Wieden

z.Hd. Frau Bezirkvorsteherin Lea Halbwidl

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung von NEOS stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14.12.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag betreffend einem Supergrätzl rund um die Schleifmühlgasse

Die zuständige Amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird gebeten, für das Grätzl rund um die Schleifmühlgasse (inklusive der Mühlgasse) die technische und verkehrsrechtliche Machbarkeit für ein Supergrätzl zu prüfen und der Frau Bezirkvorsteherin, zur weiteren Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission, zu übermitteln, sodass kein Vorgriff durch die Umgestaltung einzelner Straßenzüge ein Gesamtkonzept für die Untere Wieden verhindern.

Begründung:

Durch die Beschlusslage vom 15.12.2023 zur technischen und verkehrsrechtlichen Überprüfung einer FußgängerInnenzone in der Mühlgasse, soll kein Fleckerlteppich an Umgestaltungsmaßnahmen auf der Unteren Wieden entstehen. Stattdessen sollen diese Überlegungen seitens des Bezirks unter Berücksichtigung der Meinung und Wünsche der BürgerInnen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes stattfinden, welches Lösungsmöglichkeiten für zahlreiche ineinander greifende Themen bieten kann: Wie die Machbarkeitstudie "Begegnungsgrätzl in Wieden" zeigt, gehören derzeit über 50% der unteren Wieden dem KFZ Verkehr. Die absolute Mehrheit des öffentlichen Raumes sind vergeben an Fahrbahnen (26,8%) und Parkplätze (21,6%). Der Rest der betonierten Straßenzüge stellt eher enge Gehwege dar, was für viele ein Hindernis ist oder oft auch einfach unangenehm und unsicher ist als FußgängerIn und RollstuhlfahrerIn. Gesetzmäßig vorgeschriebene Gehsteigbreiten von 2 Metern sind in diesem Viertel selten zu finden. Auch RadfahrerInnen ist in diesem Gebiet derzeit ein Sicherheitsgefühl nicht möglich, weder beim Fahren, noch beim Abstellen des Rades aufgrund mangelnder Abstellmöglichkeiten. Schnell fahren kann und sollte man in den engen Gassen dieses Innenbezirks schon lange nicht mehr dank dem flächendeckenden Tempo 30. Es gibt allerdings noch ausreichend Durchzugsverkehr von Nicht-AnrainerInnen, während AnrainerInnen die Parkplätze ausgehen. Außerdem sind, bis auf das Planquadrat, keine Grünflächen in der gesamten Umgebung. Insgesamt viele Herausforderungen und zusätzliche Belastungen wie Lärm und Hitze verlangen nach einer Lösung für Menschen und Umwelt im gesamten Gebiet. Diese Themen nicht in einem Gesamtkonzept aufzugreifen wäre eine verpasste Chance.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023



TEMPO 30 AUF DER FAVORITENSTRASSE VON RAINERGASSE BIS WEYRINGERGASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, Tempo 30, ausgenommen Linienbusse, auf der Favoritenstraße von der Rainergasse bis zur Weyringergasse zu verordnen.

Begründung:

In der Antragsbeantwortung mit der Nummer BVP4-449514-2023 vom 30.5.2023 wird im letzten Satz festgehalten, „dass eine Ausnahme von Tempo 30 für Linienbusse rechtlich nicht möglich ist“. Das angeführte Foto zeigt das Tempo-30-Schild mit der Zusatztafel „ausgenommen Nachtbus“. Da ein Nachtbus selbstverständlich ein Linienbus ist und ich davon ausgehe, dass dieses Schild korrekt verordnet wurde, widerspricht dies dem Antragsbeantwortungstext vom 30.5.2023, weshalb ich um erneute Prüfung des Sachverhaltes bitte.

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO2-Ausstoß.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl

Bezirkvorsteherin Stellvertreter



ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

TEMPO 30 AUF DER FAVORITENSTRASSE VON WEYRINGERGASSE BIS SÜDTIROLERPLATZ

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, Tempo 30 auf der Favoritenstraße von der Weyringergasse bis zum Südtirolerplatz zu verordnen.

Begründung:

In diesem Abschnitt befindet sich die ungeregelte Kreuzung Favoritenstraße/Schelleingasse mit je zwei Fußgänger:innenübergängen und zwei Radüberfahrten.

Fahrzeuglenker:innen, die schneller als mit Tempo 30 auf diese Kreuzung zufahren, handeln bereits grob fahrlässig. Auch der 13A kann hier, aus der Bushaltestelle beschleunigend, unmöglich schneller als 30km/h fahren. Die Verordnung von Tempo 30 ist daher der richtige Schritt.

Tempo 30 führt nur zu unerheblichen Fahrzeitverlängerungen, sorgt jedoch für deutlich weniger Lärmemissionen, zu deutlich höherer Verkehrssicherheit, zu weniger Feinstaub, Luftverschmutzung und vor allem zu weniger CO2-Ausstoß.

Damit ist klar belegt, dass die Vorteile deutlich überwiegen und eine Umsetzung in Zeiten der herannahenden Klimakatastrophe unbedingt notwendig ist.

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin Stellvertreter

Betrifft: Umfassende Bürgerinfo bei Großbaustellen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. Dezember 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Im Zusammenhang mit geplanten Großbaustellen auf der Wieden mögen die Magistratsabteilungen 28 und 46 in Abstimmung mit der Bezirksvorstehung Wieden vor Beginn der Arbeiten alle betroffenen Anrainerinnen und Anrainer (auch in den angrenzenden Grätzeln und Gassen) über bevorstehende Beeinträchtigungen und deren Dauer informieren. Ebenso enthalten sein sollen in dieser Information alle möglichen alternativen Straßenführungen und Ausweichrouten.

Begründung

Derzeit kommt es auf der Wieden zu zahlreichen Großbaustellen, die spürbare Auswirkungen auf ganze Grätzeln haben. Eine Vorabinformation lediglich der direkt betroffenen Anrainerinnen und Anrainer ist zu wenig, denn die breitflächigen Umbauarbeiten haben weit größere Auswirkungen. Daher soll der Kreis der Empfängerinnen und Empfänger dieser Info viel weit gefasster sein.

Die NEOS Bezirksrät_innen

Ana Badhofer

Anna Stürgkh

Philipp Wörndl

An das

Bezirksamt Wieden

z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Lea Halbwidl

Resolutionsantrag betreffend Konzepte für die Unabhängigkeit vom privaten Auto

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Wieden stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14.12.2023 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich wegen steigender Unleistbarkeit von Autos, wachsenden Parkplatzmangels, zum Wohle des Umweltschutzes und im Sinne einer effizienten Stadtraumnutzung für mehr Konzepte zur Ermöglichung eines Besseren Angebots für mehrpersonentaugliche Individualtransportmittel aus. Dabei sollen auch „Öffentlich–private Partnerschaften“ und die Förderung für private Unternehmen berücksichtigt werden.

Begründung:

Viele Personen bzw. Familien können sich in Hinblick auf Ihre finanziellen Möglichkeiten kein Auto mehr leisten, obwohl sie es benötigen würden. Viele Personen wollen auch kein Auto mehr auf Grund wachsenden Unbills im Zusammenhang mit Parkplatzssuche und auch aus Umweltschutzüberlegungen, zumindest in Bezug auf allenfalls noch leistbare Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Für diese Personen bräuchte es noch mehr Angebot und durchdachte Konzepte zur Ermöglichung eines Besseren Angebots an Individualtransportmitteln, die fähig sind mehrere Personen und Lasten zu transportieren. Die Stadt Wien sollte dabei auch private Unternehmen zum Zug kommen lassen.

Wien, am 14.12.2023

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte den nachfolgenden

Antrag

betreffend die

Verdichtung der Intervalle der Straßenbahnlinie D

Der zuständige Amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke wird gebeten, die Wiener Linien mit der Verdichtung der Intervalle der Straßenbahnlinie D zu beauftragen, damit die Kapazitäten an den bestehenden Bedarf angepasst werden.

Begründung

Die Straßenbahnlinie D stellt eine Hauptverkehrsverbindung u.a. zwischen der Ringstraße und dem Hauptbahnhof dar und erschließt mit dem Sonnwendviertel eines der großen Wiener Stadtentwicklungsgebiete. Dabei befinden sich zahlreiche Stationen auf dem Bezirksgebiet der Wieden. Seit der Rückkehr des Tourismus nach Wien nach der Pandemie und insbesondere im aktuellen Tourismusboom erreicht der D-Wagen nicht nur während der Hauptverkehrszeiten sehr rasch seine Kapazitätsgrenzen. Dies liegt vor allem daran, dass sich an der Linie einige besonders stark frequentierte Orte wie das Museum Belvedere und der Hauptbahnhof befinden, die mitunter auch von großen Personengruppen besucht werden. Eine Angleichung der Intervalle an vergleichbare Straßenbahnlinien, wie etwa jene der Linie 1, würde dem Bedarf gerecht werden und auch den Fahrgastkomfort erhöhen.

Betrifft: Vergünstigte Parkmöglichkeiten bei Großbaustellen

Die unterzeichnenden Bezirksräte Mag. Philipp Meisel und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. Dezember 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Im Zusammenhang mit geplanten Großbaustellen auf der Wieden mögen die Magistratsabteilungen 28 und 46 in Abstimmung mit der Bezirksvorstehung Wieden vor Beginn der Arbeiten alle betroffenen Anrainerinnen und Anrainer (auch in den angrenzenden Grätzeln) über vergünstigte Parkmöglichkeiten während der Bauarbeiten, die zumeist mit einem sehr großen temporären Parkplatzverlust einher gehen, informieren.

Begründung

Derzeit kommt es auf der Wieden zu zahlreichen Großbaustellen, die spürbare Auswirkungen auf ganze Grätzel und Straßenzüge haben. Dadurch verschärft sich auch die an sich schon immer schlechter werdende Parkplatzsituation, daher soll großflächig über alternative, vergünstigte Parkmöglichkeiten informiert werden.

Bezirksorganisation Wieden

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 14. Dezember 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte die nachfolgende

Resolution

betreffend die

Vermittlungsangebote für Schulklassen im Wien Museum

Die Bezirksvertretung Wieden begrüßt und unterstützt die Nutzung der umfangreichen Vermittlungsprogramme für Schulklassen im neuen Wien Museum

Begründung

Das neu eröffnete Wien Museum am Karlsplatz bietet erstmals in Wien einen kostenlosen Eintritt zur neuen Dauerausstellung. Darüber hinaus gibt es ein vielfältiges und innovatives Vermittlungsprogramm für Schulklassen. In Hinblick auf die räumliche Nähe begrüßt die Bezirksvertretung Wieden dieses großartige Angebot im Bezirk und wird im Rahmen ihrer Möglichkeit alles unternehmen, um Bildungseinrichtungen im Vierten auf diese neuen Angebote aufmerksam zu machen und in der Durchführung von Lehrausgängen zu unterstützen.

ANTRAG DER GRÜNEN WIEDEN UND VON NEOS ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 14. DEZEMBER 2023

„WIENMOBIL HÜPFER“ WÄHREND UMBAUS DER WIEDNER HAUPTSTRASSE

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Amtsführende Stadtrat KR Peter Hanke wird ersucht die Wiener Linien anzuweisen, während der Umbauarbeiten der Wiedner Hauptstraße einen „WienMobil Hüpfer“ entlang der aufgelassenen Straßenbahnlinien 1, 62, WLB für Bezirksbewohner:innen, insbesondere ältere und gebrechliche Personen, einzurichten.

Begründung:

Während der Umbauarbeiten in der Wiedner Hauptstraße gibt es keinen Schienenersatzverkehr. Bewohner:innen müssen Gehwege mit bis zu 600 Meter Umweg in Kauf nehmen um Ersatzlinien zu erreichen. Gleichzeitig wird der motorisierte Individualverkehr für Anrainer:innen nicht oder kaum eingeschränkt. Auf diesen Flächen sollte der „WienMobil Hüpfer“ unterwegs sein.

Wie funktioniert's? ein rollstuhlgerechter Elektro-Kleinbus bringt entlang einer festen Route Passagiere an ihr Ziel, z.B. U-Bahnknotenpunkt Karlsplatz, U4 Kettenbrückengasse oder U1 Taubstummengasse.

Der monetäre Aufwand für 1 Elektro-Kleinbus samt Fahrer:innen sollte überschaubar sein, da es zu verringertem Bedarf an Rollmaterial und Bim-Fahrer:innen während der Bauarbeiten kommt.

<https://www.wienerlinien.at/wienmobil/huepfer>

Fabian Setznagel

Ana Badhofer

BR

BR:in

Barbara Neuroth

BR:in

Betrifft: Winterdienst auf der Wieden

Die unterzeichnenden Bezirksräte Irmgard Dippelreiter und Mag. Johannes Pasquali der ÖVP Wieden stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 14. Dezember 2023 gem. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Magistratsabteilung 48 (Abteilung Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark) möge bei Schneefall oder Glatteisgefahr öffentliche Gehsteige, Gehwege oder Stiegenanlagen auf der Wieden, die nicht in die gesetzliche Verpflichtung von privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern fallen, umgehend zu räumen (=“Winterdienst durchführen“) und sicher begehbar machen.

Begründung

Viele öffentliche Gehsteige, Gehwege oder Stiegenanlagen auf der Wieden sind auch tagelang nach dem Schneefall nicht sicher begehbar (siehe zB. „Presse“ Bericht vom 6.12. 2023), weil sie nicht geräumt wurden. Viele Fußgängerinnen und Fußgänger werden daher einer mehr als vermeidbaren Sturz- und Verletzungsgefahr ausgesetzt, insbesondere dann, wenn auf den Schneefall tagelang Temperaturen unter null folgen, was zusätzlich zu enormer Glatteisbildung führt.